

Monatsbericht des BMF Dezember 2010





Monatsbericht des BMF Dezember 2010

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Financuirtes haftlich a I a va	7
Finanzwirtschaftliche LageSteuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	
Termine, i ubinationen	
Analysen und Berichte	36
Die Reform der europäischen Finanzaufsichtsstrukturen	37
Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	48
Bildungsfinanzbericht 2010	
G20-Gipfeltreffen am 11. und 12. November 2010 in Seoul	67
Statistiken und Dokumentationen	 73
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
Verzeichnis der Berichte	125
Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 nach Veröffentlichungsdatum Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 nach Themenbereichen	

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der weitere Ausbau unseres Bildungssystems ist eine Schlüsselaufgabe für die Sicherung der Zukunft unseres Landes. Bildung beeinflusst nicht nur in einem wesentlichen Maße die Chancen der Menschen im Arbeits- und Privatbereich, sondern auch die Entwicklungschancen und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in einer globalisierten und wissensbasierten Wirtschaft. Für unser Wachstum werden gut ausgebildete Menschen und die durch Forschung und Entwicklung gewonnenen Erkenntnisse immer wichtiger. Der nunmehr vorgelegte Bildungsfinanzbericht 2010 gibt einen Gesamtüberblick über die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben, ausgehend vom umfassenderen Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen aus Gründen der politischen Steuerungsrelevanz insbesondere die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte.

Am 15. Oktober 2010 ist der Stabilitätsrat zu seiner zweiten Sitzung in Berlin zusammengetreten. Dem Stabilitätsrat gehören die Finanzminister des Bundes und der Länder sowie der Bundeswirtschaftsminister an. Die Einrichtung des Stabilitätsrates geht auf die Föderalismusreform II zurück. In seiner zweiten Sitzung hat der Stabilitätsrat die Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder gemäß Art. 109a Grundgesetz aufgenommen. Ziel der Haushaltsüberwachung ist es, drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Grundlage der Beratungen waren die Stabilitätsberichte 2010 des Bundes und der Länder, in denen insbesondere die vier Kennziffern -Struktureller Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungsquote, Schuldenstand und



Zins-Steuer-Quote – für die Jahre 2008 bis 2014 dargestellt sind.

Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Gruppe der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer am 11./12. November 2010 in Seoul erbrachte eine Reihe wichtiger Entscheidungen. Einen Erfolg gab es insbesondere bei der Umsetzung der G20-Agenda für stabile und krisenfestere Finanzmärkte. Deren Kernstück, die neuen Eigenkapitalregeln für Banken (Basel III), beschlossen die Staats- und Regierungschefs in großem Einvernehmen. Gleichzeitig bestand Einigkeit darüber, dass das Momentum der Reform nicht nachlassen darf und zusätzliche Maßnahmen nötig sind, um die Stabilität der Finanzmärkte weiter zu verbessern. Angenommen wurde darüber hinaus eine Reform des Internationalen Währungsfonds, die den Schwellen- und Entwicklungsländern in den Entscheidungsgremien des IWF künftig ein größeres Mitspracherecht einräumt. Zudem einigte man sich auf weitere gemeinsame Schritte zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum. Die G20 wird im kommenden Jahr unter französischem Vorsitz ihre Arbeit als zentrales Forum der internationalen Zusammenarbeit in Finanz- und Wirtschaftsfragen fortsetzen.

Zum 1. Januar 2011 werden neue europäische Finanzaufsichtsstrukturen geschaffen. Die entsprechenden Entscheidungen hierzu stehen im Einklang mit dem G20-Beschluss,

□ Editorial

einen stärkeren, global konsistenten Aufsichtsund Regulierungsrahmen für den Finanzsektor
aufzubauen. So wird ein Europäischer
Ausschuss für Systemrisiken zur Überwachung
der Stabilität des gesamten Finanzsystems
errichtet. Ferner werden drei europäische
Finanzaufsichtsbehörden im Banken-,
Versicherungs- und Wertpapiersektor
geschaffen, die gemeinsam mit den nationalen
Aufsichtsbehörden wichtige Aufgaben der
Solvenz- und Marktaufsicht wahrnehmen
werden. Auf europäischer Ebene wird damit
ein Schritt unternommen, die Finanzaufsicht

zu stärken und besser zu verzahnen. Dies ist zentral für die Stabilität des gesamten Finanzsystems und für mehr Kontrolle auf den Finanzmärkten.

Dr. Hans Bernhard Beus

Staatssekretär im Bundesministerium der

Finanzen

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

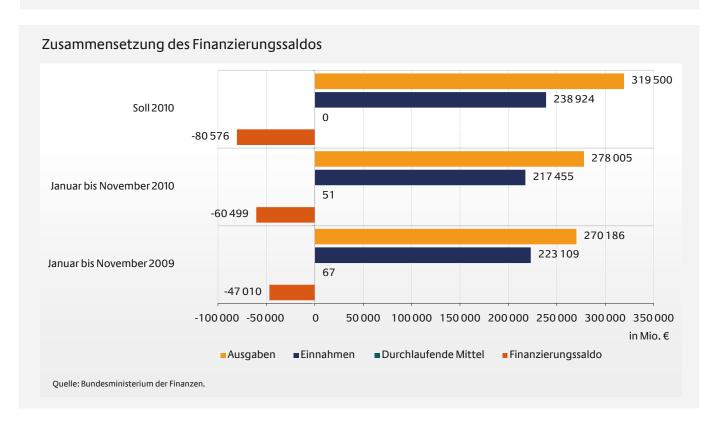
Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich November mit 278,0 Mrd. € um 7,8 Mrd. € (+ 2,9 %) über dem Ergebnis bis einschließlich November 2009. Die Veränderungsrate lag merklich unter dem in der Haushaltsaufstellung veranschlagten Wert. Die Steigerung ist wie im bisherigen Jahresverlauf wesentlich auf das vorzeitige

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010	Ist - Entwicklung ¹ Januar bis November 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	278,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	2,9
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	217,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-2,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	191,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-1,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-60,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-8,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-51,7

¹Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis Nov	ember 2010	Januar bis Nov	rember 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	48 357	17,4	47 999	17,8	0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	5 076	1,8	5 171	1,9	-1,
Verteidigung	31 320	31 188	28 648	10,3	28 206	10,4	1,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 258	5 589	2,0	5 8 1 8	2,2	-3,
Finanzverwaltung	3 662	3 944	3 3 6 8	1,2	3 309	1,2	1,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	12 631	4,5	12 800	4,7	-1,
BAföG	1 324	1 382	1 279	0,5	1 245	0,5	2
Forschung und Entwicklung	8 701	9 124	7 173	2,6	7 055	2,6	1,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	152 177	54,7	139 968	51,8	8,
Sozialversicherung	76 305	78 088	77 075	27,7	75 313	27,9	2,
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	8 341	3,0	4 635	1,7	80,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 311	32 946	11,9	32 843	12,2	0
darunter: Arbeitslosengeld II	22 374	23 900	20 621	7,4	20 634	7,6	-0
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	2 967	1,1	3 227	1,2	-8
Wohngeld	784	791	818	0,3	722	0,3	13
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	4249	1,5	4136	1,5	2,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	1 825	0,7	1 996	0,7	-8
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	1 007	0,4	938	0,3	7
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	1 613	0,6	1 435	0,5	12
Wohnungswesen	1 142	1 286	1 221	0,4	1 054	0,4	15
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	4 540	1,6	4 581	1,7	-0,
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	601	0,2	626	0,2	-4
Kohlenbergbau	1 3 7 5	1 351	1 3 1 9	0,5	1 3 7 5	0,5	-4
Gewährleistungen	601	2 050	591	0,2	451	0,2	31
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	9 772	3,5	10 413	3,9	-6
Straßen (ohne GVFG)	6 9 2 5	6 3 3 5	5 018	1,8	5 505	2,0	-8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	14 385	5,2	14 064	5,2	2
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	4 627	1,7	4744	1,8	-2
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4154	4328	3 580	1,3	3 507	1,3	2
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	33 522	12,1	37 987	14,1	-11
Zinsausgaben	38 099	36 751	32 477	11,7	36 768	13,6	-11
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	278 005	100,0	270 186	100,0	2

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

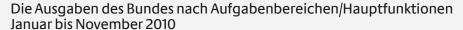
Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie auf den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

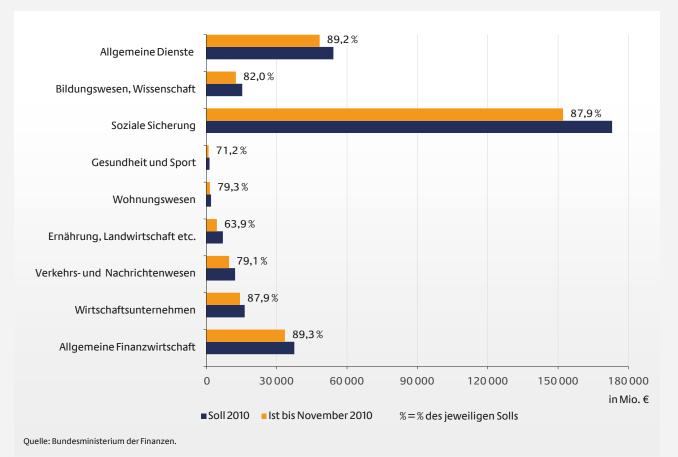
Einnahmeentwicklung

Bis einschließlich November lagen die Einnahmen des Bundes mit 217,5 Mrd. € um 5,6 Mrd. € (-2,5 %) unter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 191,6 Mrd. €. Sie gingen im Vorjahresvergleich um 3,6 Mrd. € zurück, was einer Veränderungsrate von -1,9 % entspricht. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 25,9 Mrd. € um -7,2 % unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende November - 60,5 Mrd. €. Die Erwartung, dass die geplante Nettokreditaufnahme deutlich unterschritten wird, verfestigt sich weiter. Erfahrungsgemäß verbessert das Dezember-Ergebnis den Finanzierungssaldo merklich. Nach aktueller Einschätzung erscheint hinsichtlich der Neuverschuldung am Jahresende ein Ergebnis von unter 50 Mrd. € möglich. Der Bund muss jedoch, trotz der gegenüber den Annahmen bei der Haushaltsaufstellung positiven Entwicklung, die bis dato höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik aufnehmen, um den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise entgegen zu wirken.





FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

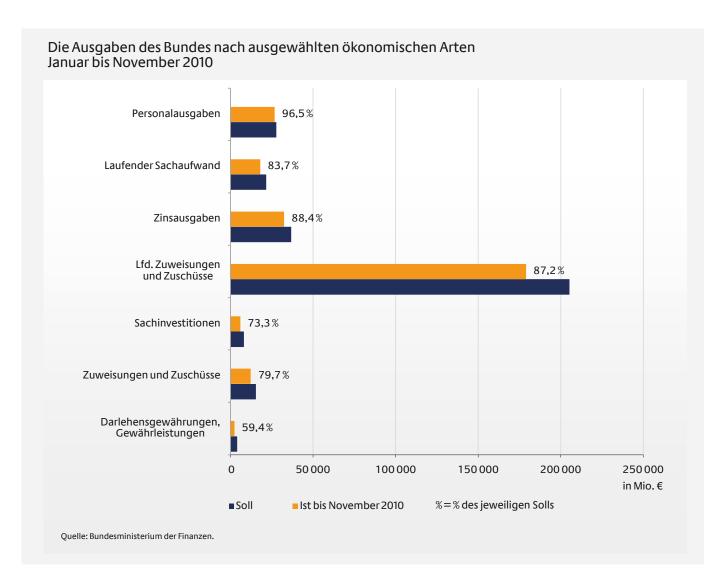
Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich November 2010 sind bereits 11,7 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,9 Mrd. € für die Umweltprämie, rund

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis N		Januar bis N		Veränderung ggü. Vorjahi
	in Mio. €	in Mio. €	201 in Mio. €	0 Anteil in %	200 in Mio. €)9 Anteil in %	in %
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	256 642	92,3	247 028	91,4	3,
Personalausgaben	27 939	27 704	26 729	9,6	26 520	9,8	0,
Aktivbezüge	20 977	20 789	19 952	7,2	19 820	7,3	0,
Versorgung	6 962	6915	6777	2,4	6 700	2,5	1,
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	18 056	6,5	17 769	6,6	1,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	1 282	0,5	1 225	0,5	4
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	8 655	3,1	8 332	3,1	3
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	8 1 1 9	2,9	8 212	3,0	-1
Zinsausgaben	38 099	36 751	32 477	11,7	36 768	13,6	-11
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	178 988	64,4	165 563	61,3	8
an Verwaltungen	14396	14503	12 702	4,6	13 076	4,8	-2
an andere Bereiche	162 892	190 769	166 524	59,9	152 647	56,5	g
darunter:							
Unternehmen	22 951	25 3 1 6	21 579	7,8	20 622	7,6	4
Renten, Unterstützungen u. a.	29 699	31 274	27 592	9,9	27 536	10,2	0
Sozialversicherungen	105 130	128 365	112 508	40,5	100 037	37,0	12
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	392	0,1	408	0,2	-3
nvestive Ausgaben	27 103	28 293	21 363	7,7	23 158	8,6	-7
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	15 415	5,5	16 456	6,1	-6
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	12 231	4,4	12 534	4,6	-2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	2 393	0,9	3 004	1,1	-20
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	791	0,3	919	0,3	-13
Sachinvestitionen	8 504	8 113	5 948	2,1	6 702	2,5	-11
Baumaßnahmen	6 830	6 5 3 2	4929	1,8	5 452	2,0	-9
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	651	0,2	770	0,3	-15
Grunderwerb	643	546	368	0,1	480	0,2	-23
ilobalansätze	0	- 516	0		0		
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	278 005	100,0	270 186	100,0	2

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



4,7 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 1,7 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,65 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.

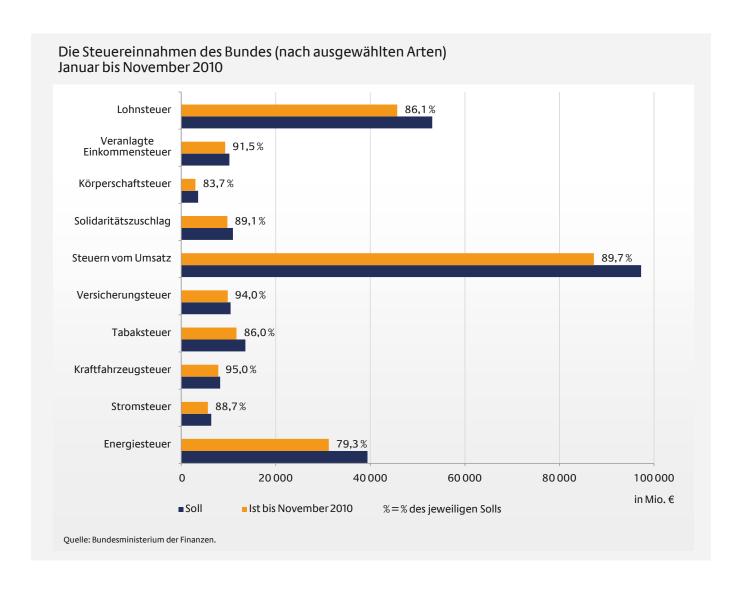
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis Nov	ember 2010	Januar bis Nov	rember 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	227 835	211 887	191 561	88,1	195 203	87,5	-1,9
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	155 696	71,6	155 864	69,9	-0,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und	83 779	73 391	67 410	31,0	68 142	30,5	-1,
Veräußerungserträge ¹) davon:							
Lohnsteuer	57 248	53 083	45 702	21,0	48 278	21,6	-5.3
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	9310	4,3		3,3	24,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 2 3 7	5343		2,7		2,6	2,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ¹	5 475	5 0 6 0		1,6		2,3	-31,4
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	3 008	1,4	1 524	0,7	97,
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	87 292	40,1	86 887	38,9	0,
Gewerbesteuerumlage	1 044	1 2 1 9	993	0,5	835	0,4	18,
Energiesteuer	39 822	39 400	31 236	14,4	31 580	14,2	-1,
Tabaksteuer	13 366	13 590	11 685	5,4	11 725	5,3	-0,3
Solidaritätszuschlag	11 927	10950	9 760	4,5	10 103	4,5	-3,
Versicherungsteuer	10 548	10 450	9 827	4,5	9 765	4,4	0,
Stromsteuer	6 2 7 8	6350	5 631	2,6	5 758	2,6	-2,
Kraftfahrzeugsteuer	3 803	8 240	7 8 3 1	3,6	3 133	1,4	:
Branntweinabgaben	2 103	2 082	1 794	0,8	1 894	0,8	-5,
Kaffeesteuer	997	1 010	908	0,4	898	0,4	1,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-9 710	-4,5	-10 245	-4,6	-5,
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-16518	-7,6	-13 171	-5,9	25,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	-1 692	-0,8	-1 735	-0,8	-2,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	-6304	-2,9	-6 211	-2,8	1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-4 571	-8 992	-8 992	-4,1	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	25 894	11,9	27 906	12,5	-7,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4 2 7 9	4 3 4 8	2,0	4 2 4 2	1,9	2,
Zinseinnahmen	574	395	317	0,1	538	0,2	-41,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4147	4 157	1,9	3 692	1,7	12,
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	217 455	100,0	223 109	100,0	-2,

¹Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2010

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im November 2010 im Vorjahresvergleich um + 2,5 %. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) überschritten das Vorjahresniveau um + 0,9 % aufgrund der Mehreinnahmen des Bundes aus den gemeinschaftlichen Steuern.

Im kumulierten Zeitraum Januar bis November 2010 wurde das Niveau der Steuereinnahmen des Vorjahreszeitraumes mit + 0,2 % leicht übertroffen. Die Steuereinnahmen des Bundes gingen im Zeitraum Januar bis November 2010 um - 2,0 % zurück.

Die gemeinschaftlichen Steuern lagen im Berichtsmonat November 2010 um + 2,6 % über dem Vorjahresniveau. Hierfür waren insbesondere höhere Einnahmen bei der Körperschaftsteuer, den Steuern vom Umsatz und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verantwortlich.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Berichtsmonat November 2010 um - 5,0 % zurückgegangen. Die aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um + 10,6 % aufgrund der Anhebung des Kindergeldes zu Jahresbeginn 2010. Demgegenüber wurden - 5,0 % weniger Zulagen zur Altersvorsorge gezahlt, weil sich die Auszahlung der Riester-Zulagen zunehmend auf den Mai-Termin konzentriert. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug dieser Leistungen sank um - 1,5 %.

Das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um gut - 200 Mio. €. Geschuldet ist dies insbesondere den deutlich höheren Erstattungen. Für den kumulierten Zeitraum Januar bis November 2010 errechnet sich für die veranlagte Einkommensteuer jedoch ein Plus von + 24,6 %, bedingt durch wesentlich geringere Abzugsbeträge (Investitionszulage, Eigenheimzulage und Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer). Auch das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer übertraf im bisherigen Jahresverlauf das Vorjahresergebnis um + 1,7 %.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wiesen im November 2010 mit + 42,1% einen sehr starken Einnahmenzuwachs auf. Allerdings schwankt bei dieser Steuer das Aufkommen von Monat zu Monat stark, sodass eine Betrachtung des kumulierten Ergebnisses aufschlussreicher ist: Von Januar bis November 2010 lag die Veränderungsrate hier bei + 2,3% gegenüber dem Vorjahresniveau.

Auch im November 2010 sind die Einbußen bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wieder etwas geringer geworden (von - 31,9 % im Vormonat auf nunmehr - 25,9 %). Sie sind aber nach wie vor aufgrund der stark gesunkenen Durchschnittsverzinsung sehr hoch. Für den kumulierten Zeitraum Januar bis November 2010 erreichte die Veränderungsrate - 31,4 %.

Das Körperschaftsteueraufkommen verbesserte sich im Berichtsmonat um 0,9 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Dabei nahmen die Vorauszahlungen und die Nachzahlungen (vor allem für weiter zurückliegende Veranlagungszeiträume) deutlich zu, während gleichzeitig geringere Erstattungen erfolgten. Im Zeitraum Januar bis November 2010 haben sich die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer mit insgesamt + 97,5 % im Zuge des kräftigen Wirtschaftsaufschwungs fast verdoppelt.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz konnte sich im Berichtsmonat November 2010 überraschend deutlich um + 3,2% verbessern.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2010

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2010	November	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis November	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 566	-5,0	110 408	-5,6	127 900	-5,4
veranlagte Einkommensteuer	-801	Х	21 905	24,6	31 100	17,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	327	42,1	11737	2,3	12 545	0,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	562	-25,9	8 002	-31,4	8 495	-31,7
Körperschaftsteuer	- 297	Χ	6017	97,5	10 160	41,6
Steuern vom Umsatz	16 589	3,2	164019	1,7	179 500	1,4
Gewerbesteuerumlage	246	44,8	2 400	16,8	3 092	20,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	159	40,6	2 146	17,5	2 738	17,2
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	26 352	2,6	326 635	0,2	375 530	0,0
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 574	0,3	31 236	-1,1	39 500	-0,8
Tabaksteuer	1 090	1,5	11 685	-0,3	13 300	-0,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	175	0,6	1 792	-5,3	1 980	-5,8
Versicherungsteuer	670	-1,2	9 827	0,6	10 620	0,7
Stromsteuer	471	-11,5	5 631	-2,2	6 2 0 0	-1,2
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	636	7,3	7 831	Х	8 550	×
Solidaritätszuschlag	590	-2,1	9 760	-3,4	11 700	-1,9
übrige Bundessteuern	118	-6,6	1318	0,2	1 495	1,4
Bundessteuern insgesamt	7 324	-0,3	79 080	5,1	93 345	4,5
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	409	26,1	3 994	-4,7	4272	-6,1
Grunderwerbsteuer	462	14,0	4789	7,9	5 190	6,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	134	13,3	1 293	-7,4	1 400	-7,3
Biersteuer	53	-2,4	657	-2,7	717	-1,7
Sonstige Ländersteuern	0	Х	260	-17,9	315	-4,8
Ländersteuern insgesamt	1 057	13,0	10 994	-28,7	11 894	-27,4
EU-Eigenmittel						
Zölle	379	29,0	3 998	20,0	4100	13,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	163	3,4	1 695	-2,3	2 240	11,1
BSP-Eigenmittel	1 632	10,2	16518	25,4	18 280	22,8
EU-Eigenmittel insgesamt	2 174	12,5	22 211	21,8	24 620	20,1
Bund ⁴	16 086	0,9	191 470	-2,0	223 735	-1,9
Länder ⁴	15 139	4,1	182 945	0,7	208 062	0,5
EU	2 174	12,5	22 211	21,8	24 620	20,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 713	-6,6	24 081	-2,9	28 452	-2,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	35 112	2,5	420 707	0,2	484 869	0,0

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3\,\}mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{1.}\,\mathrm{Juli}\,\mathrm{2009}\,\mathrm{steht}\,\mathrm{das}\,\mathrm{Aufkommen}\,\mathrm{aus}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Kfz\text{-}Steuer}\,\mathrm{dem}\,\mathrm{Bund}\,\mathrm{zu}.$

⁴ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

 $^{^{\}rm 5}$ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im November 2010

Erneut übertraf die Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin sehr lebhaften Außenhandelstätigkeit das Vorjahresergebnis um fast ein Drittel (+30,6%). Angesichts der Tatsache, dass ein Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, sank das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat um - 3,5%.

Die reinen Bundessteuern erreichten ihr Vorjahresniveau im November 2010 mit - 0,3 % nicht ganz. Bei der Energiesteuer kam es zu einem Zuwachs um lediglich + 0,3 %, bei der Tabaksteuer um + 1,5 %. Während die Kraftfahrzeugsteuer mit + 7,3 % den höchsten Anstieg verzeichnete, meldeten die Versicherungsteuer (-1,2 %), der Solidaritätszuschlag (-2,1 %) und die Stromsteuer (-11,5 %) negative Abstandsraten. Für den kumulierten Zeitraum Januar bis November 2010 (+5,1%) ist bis zum Jahresende noch die Verzerrung durch die Verlagerung der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund zum 1. Juli 2009 zu berücksichtigen. Ohne diese Verlagerung wäre es insgesamt zu einer Verminderung der Einnahmen aus den Bundessteuern um -5,3% gekommen.

Die reinen Ländersteuern erzielten eine Volumenausweitung um +13,0 %, getragen von Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer (+26,1%), der Grunderwerbsteuer (+14,0 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+13,3 %). Die Biersteuer unterschritt mit -2,4 % ihr Vorjahresniveau. Kumuliert ergibt sich zwar ein Rückgang um -28,7 %, der sich aber auf -0,3 % reduziert, wenn man die Verzerrung durch die Kraftfahrzeugsteuer herausrechnet.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im November durchschnittlich 3,69 % (Oktober 3,31%).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg Ende November auf 2,68 % (Oktober 2,54 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – sanken Ende November auf 1,03 % (1,05 % Ende Oktober).

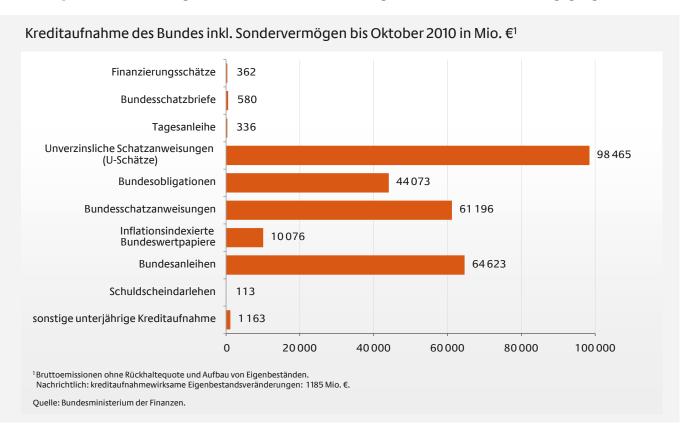
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 2. Dezember 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % beziehungsweise 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug zum 30. November 6 688 Punkte (31. Oktober: 6 601 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 sank von 2 845 Punkten am 31. Oktober auf 2 651 Punkte am 30. November.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Oktober 2010 bei 1,0 % nach 1,1 % im September und 1,2 % im August. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von August 2010 bis Oktober 2010 stieg auf 1,1 % nach 0,8 % im vorangegangenen



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Dreimonatszeitraum (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5 %).

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Oktober 1,0 % (nach 0,9 % im Vormonat).

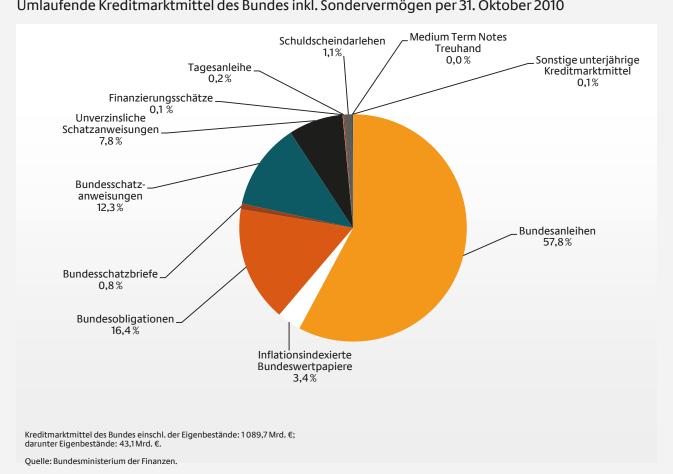
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im September - 2,21% (September: -3,08%, August: -1,69%).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Oktober 2010 betrug der Bruttokreditbedarf

von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) 280,99 Mrd. €. Davon wurden 270 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) um ein Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am 10. März, 9. Juni, 21. Juli und 6. Oktober um jeweils ein Volumen von 1,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Weiterhin wurde die 2,25 %ige inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) am 7. April um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Weiterhin wurde die 1,50 %ige inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030500, WKN 103050) am 8. September 2010 um ein Volumen von

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 31. Oktober 2010



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						i	n Mrd. €						
Anleihen	20,3	-	-	-	-	4,0	20,3	-	-	-			44,5
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-	-	-	-	-	17,0			34,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	15,0	-			45,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9	14,9	14,9	14,9	10,0	10,0	10,0	9,0			119,3
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	0,4	0,0			1,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1			0,6
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1			0,8
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1			0,1
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			0,0
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0	0,3	-	0,0	-	0,0	0,0	0,1			0,5
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-	-	-	-	0,9	-			1,7
Sonstige Schulden gesamt	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0			-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9	32,4	15,0	34,1	30,4	10,3	26,4	26,2			247,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7	3,6	0,1	1,5	13,5	0,2	1,0	2,9			37,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 1,19 Mrd. €).

Die im Oktober 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2010". Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Oktober 2010 die Tilgungen auf rund 247,61 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 37,64 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 251,53 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 23,40 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 6,06 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137313 WKN 113731	Aufstockung	6. Oktober 2010	2 Jahre fällig 14. September 2012 Zinslaufbeginn 13. August 2010 erster Zinstermin 14. Sept 2011	5 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030526 WKN 114157	Aufstockung	6. Oktober 2010	10 Jahre fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2010 erster Zinstermin 15. April 2011	1Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135416 WKN 113541	Aufstockung	13. Oktober 2010	10 Jahre fällig 4. September 2020 Zinslaufbeginn 20. August 2010 erster Zinstermin 4. September 2011	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141588 WKN 114158	Aufstockung	3. November 2010	5 Jahre fällig 9. Oktober 2015 Zinslaufbeginn 24. September 2010 erster Zinstermin 9. Oktober 2011	ca.5 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137321 WKN 113732	Neuemission	10. November 2010	2 Jahre fällig 14. Dezember 2012 Zinslaufbeginn 12. November 2010 erster Zinstermin 14. Dezember 2011	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135424 WKN 113542	Neuemission	24. November 2010	10 Jahre fällig 4. Januar 2021 Zinslaufbeginn 26. November 2010 erster Zinstermin 4. Januar 2012	ca. 6 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141588 WKN 114158	Aufstockung	1. Dezember 2010	5 Jahre fällig 9. Oktober 2015 Zinslaufbeginn 24. September 2010 erster Zinstermin 9. Oktober 2011	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137321 WKN 113732	Aufstockung	8. Dezember 2010	2 Jahre fällig 14. Dezember 2012 Zinslaufbeginn 12. November 2010 erster Zinstermin 14. Dezember 2011	ca. 5 Mrd. €
			4. Quartal 2010 insgesamt	ca. 38 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115715 WKN 111571	Neuemission	11. Oktober 2010	6 Monate fällig 13. April 2011	5 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115723 WKN 111572	Neuemission	25. Oktober 2010	12 Monate fällig 26. Oktober 2011	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115731 WKN 111573	Neuemission	8. November 2010	6 Monate fällig 11.Mai 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115749 WKN 111574	Neuemission	22. November 2010	12 Monate fällig 23. November 2011	ca.3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115756 WKN 111562	Neuemission	6. Dezember 2010	6 Monate fällig 8. Juni 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115764 WKN 111576	Neuemission	13. Dezember 2010	12 Monate fällig 14. Dezember 2011	ca. 2 Mrd. €
			4. Quartal 2010 insgesamt	ca. 23 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland dauert im Schlussquartal 2010 an.
- Die industrielle Produktionstätigkeit wurde im Oktober deutlich ausgeweitet. Die Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern hat sich jedoch merklich abgeschwächt.
- Beschäftigungsaufbau und Rückgang der Arbeitslosigkeit setzten sich fort.
- Das moderate Preisklima hält an. Die konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft spiegelt sich jedoch in weiterhin kräftigen Preisanstiegen für Rohöl und anderen Rohstoffen wider.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem breit angelegten konjunkturellen Aufschwung. Die aktuellen Konjunkturdaten deuten darauf hin, dass der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Schlussquartal dieses Jahres andauert.

Im 3. Quartal 2010 war die deutsche Wirtschaft spürbar gewachsen, wenn auch im Vergleich zum Frühjahr mit deutlich vermindertem Tempo. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde in den Sommermonaten in preis-, kalenderund saisonbereinigter Betrachtung um 0,7% gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet. Dabei zeigen die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Detailergebnisse, dass hierzu vor allem die Binnennachfrage beigetragen hat. So stiegen die privaten Konsumausgaben in realer Rechnung um (saisonbereinigt) 0,4% gegenüber dem Vorquartal an. Zugleich wurden die Investitionen in Ausrüstungen deutlich ausgeweitet (+ 3,7%). Die Bauinvestitionen gingen dagegen leicht zurück (-0,4%). Die Verringerung der Investitionen nichtöffentlicher Bauherren in Nichtwohnbauten konnte durch die öffentlichen Investitionen nicht vollständig kompensiert werden. Im Zuge einer anziehenden Binnennachfrage nahm auch das Importvolumen spürbar zu (+ 1,9 % gegenüber dem Vorquartal), sodass der rechnerische Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft – trotz gleichzeitiger Expansion der realen Exporte

(+2,3%) – mit 0,3 Prozentpunkten etwas niedriger ausfiel als im 2. Quartal.

Die Exportdynamik hat sich zu Beginn des Schlussquartals abgeschwächt. Zwar sind die Warenausfuhren der Grundtendenz nach weiterhin klar aufwärtsgerichtet, obwohl sie im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht sanken. Allerdings hat sich der Aufwärtstrend mit Blick auf den Dreimonatsdurchschnitt in den letzten Monaten spürbar abgeflacht. Die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen wird derzeit vor allem durch die Wachstumsschwäche einiger europäischer Länder belastet. Dies zeigt sich auch anschaulich im kumulierten Vorjahresvergleich der Außenhandelszahlen. So betrug der Anstieg der Warenexporte von Januar bis Oktober 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum insgesamt 19,1%. Hierbei war die Zunahme der Ausfuhren in Drittländer (+ 26,6 %) besonders ausgeprägt. Dagegen fielen die entsprechenden Raten für die Exporte in den Nicht-Euroraum der EU (+ 17,2%) sowie den Euroraum (+13,3%) deutlich niedriger aus. Insgesamt nahmen die nominalen Warenimporte Deutschlands aus den EU-Ländern im betrachteten Zeitraum mit + 17,6% stärker zu als die deutschen Exporte in diese Länder (+14,6%). Die lebhafte Importtätigkeit spiegelt sich auch in einem spürbaren Anstieg der Einnahmen bei der Einfuhrumsatzsteuer

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

kumuliert von Januar bis November 2010 gegenüber dem Vorjahr um 23,3 % wider.

In der saisonbereinigten Verlaufsbetrachtung wurden die nominalen Warenimporte im Oktober gegenüber dem Vormonat nur leicht ausgeweitet. Mit Blick auf die jüngsten Umfrageergebnisse zeichnet sich im Vergleich zum bisherigen Jahresverlauf eine weitere Abschwächung der Außenhandelstätigkeit ab. So signalisiert die Entwicklung der ifo-Exporterwartungen, dass die meisten der befragten Unternehmen zwar weiterhin mit günstigen Exportperspektiven rechnen, sich jedoch weniger zuversichtlich zeigen als noch in den Sommermonaten. Damit dürfte die Binnennachfrage als Wachstumsstütze in Deutschland weiter an Bedeutung gewinnen. Diese Entwicklungstendenz spiegelt sich auch in den jüngsten Konjunkturdaten für die Industrie wider.

Mit dem Anstieg der Industrieindikatoren im Monat Oktober ist ein guter Start in das Schlussquartal 2010 gelungen. Die industrielle Produktion stieg im Vormonatsvergleich deutlich an, wozu vor allem eine kräftige Ausweitung der Herstellung von Investitionsund Vorleistungsgütern beitrug. Der Grundtendenz nach ist die industrielle Erzeugung damit klar aufwärtsgerichtet. Die Erhöhung der industriellen Dynamik zu Beginn des letzten Jahresviertels drückt sich auch in einer günstigen Umsatzentwicklung aus. So konnte die deutsche Industrie im Oktober gegenüber dem Vormonat ein Umsatzplus von (saisonbereinigt) gut 4% verbuchen. Dabei stiegen die Inlands- und Auslandsumsätze in gleichem Maße an. Besonders günstig erwies sich die Entwicklung der Inlandsumsätze im Investitionsgüterbereich, die im Vormonatsvergleich mit einer zweistelligen Rate wuchsen. Aber auch die entsprechenden Auslandsumsätze trugen maßgeblich zum guten Gesamtergebnis bei.

Das industrielle Bestellvolumen nahm im Oktober im Vormonatsvergleich um (saisonbereinigt) gut 1½% zu, wobei die Inlandsnachfrage aufgrund einer positiven Entwicklung im Investitionsgüterbereich stärker ausgeweitet wurde als die Auslandsnachfrage. Die verhaltene Entwicklung der Auslandsnachfrage ist dabei auf eine spürbare Verringerung der Auftragseingänge aus dem Euroraum zurückzuführen. Nach dem deutlichen Rückgang der Neubestellungen im September ist der industrielle Auftragseingang im Zweimonatsvergleich nun abwärtsgerichtet.

Die Struktur der Nachfrage nach deutschen Industriegütern signalisiert derzeit eine Fortsetzung der dynamischen Investitionsentwicklung im Inland. Zugleich weist die Auftragsentwicklung am aktuellen Rand jedoch auf eine merkliche Abschwächung der ausländischen Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern hin.

Nach einer vorübergehend niedrigeren industriellen Dynamik zum Ende des 3. Quartals ist vor dem Hintergrund des aktuellen Indikatorenbildes allerdings eine Fortsetzung des Aufwärtstrends in der Industrie zu erwarten. Dies lässt sich auch aus der positiven Entwicklung der Stimmungsindikatoren ableiten, von denen zuletzt verlässliche Frühsignale ausgingen. So steht der kräftige Anstieg der Industrieproduktion im Einklang mit der Einkaufsmanager-Umfrage, die bereits im Oktober auf eine deutliche Ausweitung der Produktion im Investitionsgüterbereich hingedeutet hatte. Das entsprechende Umfrageergebnis fiel im November nochmals spürbar besser aus. So stieg der Teilindex der Produktion deutlich an, und auch die Auftragsentwicklung wurde erneut positiver beurteilt als im Vormonat. Der Anstieg des ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe setzte sich in den ersten beiden Monaten des Schlussquartals fort und signalisiert damit ebenfalls eine spürbare Zunahme des industriellen Expansionstempos. Insgesamt dürften damit zum Jahresende nochmals deutlich positive Wachstumsimpulse von der Industrie ausgegangen sein. Dagegen entwickelt sich die Produktion im Bauhauptgewerbe

 $Konjunkturent wicklung \ aus \ finanz politischer \ Sicht$

Finanzpo	litisch w	vichtige	Wirtschaft	sdaten
1111011200	II CIDCII V	VICILIAC	VVII COCITATE	Jaaccii

Gesamtwirtschaft / Einkommen	2009		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd.€		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr			г		
	bzw.Index	ggü. Vorj. in%	1. Q. 10	2. Q. 10	3. Q. 10	1. Q. 10	2. Q. 10	3. Q. 10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,2	-4,7	+0,6	+2,3	+0,7	+2,2	+4,3	+3,9
jeweilige Preise	2 397	-3,4	+0,7	+2,3	+0,7	+3,2	+5,1	+4,2
Einkommen								
Volkseinkommen	1 792	-4,2	+2,4	+1,1	+0,6	+6,7	+8,0	+5,0
Arbeitnehmerentgelte	1 226	+0,2	+1,3	+0,9	+0,7	+1,5	+2,7	+3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	566	-12,6	+4,6	+1,4	+0,5	+17,5	+20,5	+8,7
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 554	-1,0	+1,3	+0,8	+0,5	+2,1	+1,9	+3,0
Bruttolöhne und -gehälter	992	-0,2	+0,8	+1,4	+0,3	+1,4	+3,0	+3,1
Sparen der privaten Haushalte	177	-5,7	+7,2	-0,2	-3,0	+5,5	+6,4	+3,1
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	;	2009	Veränderung in % gegenüb			per		
	Mrd. €	ggü.Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjah	Vorjahr	
	bzw.Index	in%	Sep 10	Okt 10	Zweimonats-	Sep 10	Okt 10	Zweimonat
in jeweiligen Preisen					durchschnitt			durchschnit
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-4,0	+2,8		-1,2	+1,5		+1,2
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	+3,0	-1,1	+2,3	+22,5	+19,8	+21,1
Waren-Importe	665	-17,5	-1,2	+0,3	-1,0	+17,9	+21,0	+19,5
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	04.3	15.5	1.0	120	11.1	17.6	111.7	10.6
Gewerbe (Index 2005 = 100) ¹	94,3	-15,5	-1,0	+2,9	+1,1	+7,6	+11,7	+9,6
Industrie ²	93,7	-17,3	-0,8	+3,2	+1,7	+9,0	+13,5	+11,2
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,0	-0,2	+1,3	+0,4	+4,0	+6,8	+5,4
Umsätze im								
Produzierenden Gewerbe ¹	02.0	17.6	1.2	142	110	1.6.0	1127	10.0
Industrie (Index 2005 = 100) ²	92,8	-17,6	-1,2	+4,2	+1,8	+6,9	+12,7	+9,8
Inland	93,1	-14,4	-1,1	+4,1	+1,3	+4,3	+8,9	+6,6
Ausland	92,6	-21,0	-1,3	+4,1	+2,5	+10,1	+16,9	+13,4
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ¹								
Industrie ²	87,2	-21,6	-4,0	+1,6	-1,5	+13,9	+18,1	+16,0
Inland	88,6	-18,2	-0,8	+2,4	+0,3	+11,5	+14,2	+12,8
Ausland	86,1	-24,4	-6,3	+0,8	-2,9	+16,1	+21,5	+18,7
Bauhauptgewerbe	95,6	-7,0	-4,3		-1,0	-0,7		-1,0
Umsätze im Handel (Index 2005=100)	23,0	.,0	.,5	·	.,,0	٥,٠		.,0
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,6	-2,5	-1,8	+2,3	-0,9	+0,9	-0,7	+0,1
Handel mit Kfz	93,6	+0,6	+0,4	+3,3	+1,7	-1,9		-1,1

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt		2009		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr			
	Mio.	ggu. vorj. III /	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-37	-3	-9	-315	-283	-284	
Erwerbstätige, Inland	40,27	-0,0	+38	+34		+348	+405		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+33			+484			
Preisindizes		2009 Veränderung in % gegenüber			oer				
2005=100		ggü. Vorj. in%	Vorperiode		Vorjahr				
	Index	ggu. vorj. III //s	Sep 10	Okt 10	Nov 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	
Importpreise	100,5	-8,6	+0,3	-0,2		+9,9	+9,2		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,3	+0,4		+3,9	+4,3		
Verbraucherpreise	107,0	+0,4	-0,1	+0,1	+0,1	+1,3	+1,3	+1,5	
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	sais on bereinigte Salden								
	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Jul 10	Aug 10	Sep 10	Okt 10	Nov 10	
Klima	+2,7	+2,6	+3,1	+11,7	+12,7	+12,8	+14,5	+17,7	
Geschäftslage	-4,8	-4,5	-1,2	+9,7	+12,5	+15,4	+16,2	+20,3	
Geschäftserwartungen	+10,6	+9,9	+7,4	+13,7	+12,9	+10,3	+12,8	+15,2	

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

weiterhin wenig dynamisch. Zwar konnte das Produktionsniveau im Oktober gegenüber dem Vormonat gesteigert werden. Im Mehrmonatsvergleich ist die Bauproduktion jedoch nur leicht aufwärtsgerichtet.

Der private Konsum dürfte seinen Erholungskurs auch im Schlussquartal fortsetzen. Dafür sprechen das Gesamtbild der Indikatoren und die Bestimmungsgründe für den privaten Konsum. So entwickelten sich die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Oktober nach zwei Rückgängen in Folge – wieder deutlich günstiger als in den Vormonaten. Der Anstieg der Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) steht im Einklang mit den aktuellen Stimmungsindikatoren, die insgesamt eine rege Konsumtätigkeit der privaten Haushalte signalisieren. So verbesserten sich sowohl das GfK-Konsumklima als auch das ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel im November erneut deutlich. Insbesondere die günstige

Lage auf dem Arbeitsmarkt sowie moderate Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe dürften die reale Einkommenssituation der privaten Haushalte verbessern. Insgesamt dürfte somit auch im 4. Quartal mit positiven Wachstumsimpulsen von der Konsumnachfrage zu rechnen sein.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland begünstigt weiterhin die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. So lag die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) im November mit 2,93 Millionen Personen um 284 000 Personen unter dem Vorjahresniveau. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum um 0,6 Prozentpunkte auf 7,0 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging im November gegenüber dem Vormonat erneut zurück und unterschreitet nun den niedrigesten Stand vor der Krise um knapp 50 000 Personen.

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept nahm im Oktober gegenüber September um 34 000 Personen zu. Nach Ursprungswerten betrug die Erwerbstätigenzahl 41,09 Millionen Personen und lag somit deutlich über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm - laut Hochrechnung der BA – im September ebenfalls weiter zu. Gegenüber August stieg die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse um saisonbereinigt 33 000 Personen an. Damit wurde der Höchststand vor der Krise um 262 000 Personen überschritten. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (nach Ursprungswerten) spürbar um 484 000 Personen zu. Hierzu trug der Anstieg der Vollzeitbeschäftigung (+ 276 000 Personen gegenüber Vorjahr) wesentlich stärker bei als der Aufbau von Teilzeitbeschäftigung (+204 000 Personen gegenüber Vorjahr). Nach Wirtschaftsbereichen verzeichneten vor allen die Arbeitnehmerüberlassungen und die Dienstleistungsbereiche ein deutliches Beschäftigungsplus im Vergleich zum Vorjahr.

Die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt zeigen sich jedoch im Verarbeitenden Gewerbe immer noch deutlich. Hier liegen die Zahl der Arbeitnehmer sowie die geleistete Arbeitszeit weiterhin unterhalb des Vorkrisenniveaus. Dabei erholte sich die Arbeitszeit je Arbeitnehmer schneller als die geleistete Arbeitszeit insgesamt. Dies wird auch darin deutlich, dass die Anzahl der konjunkturell bedingten Kurzarbeiter in 1½ Jahren deutlich zurückgegangen ist und im September nur noch weniger als ein Fünftel des Höchststandes im Mai 2009 erreichte. Zusammengenommen deutet dies darauf hin, dass die allmähliche Normalisierung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit weiterhin noch dämpfend auf den Beschäftigungsaufbau wirkt.

Angesichts der allgemein erwarteten Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs sind auch die Aussichten für eine weitere Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt gut. So wollen die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen laut ifo-Umfrage das Beschäftigungsniveau weiter erhöhen. In diese Richtung weist auch der Stellenindex BA-X, der im November gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt anstieg.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland lag im November 1,5 % über dem Vorjahresniveau. Dies ist der höchste Anstieg in diesem Jahr. Die Teuerungsrate seit Anfang 2010 liegt jedoch im Durchschnitt weiterhin nur leicht über 1% und damit im Bereich der Herbstprojektion der Bundesregierung. Wie in den Vormonaten wurde die jährliche Teuerungsrate vor allem von Preisanstiegen bei Energieprodukten (+5,0 % gegenüber dem Vorjahr) und Nahrungsmitteln (+3,4%) geprägt. Bei den Energieprodukten waren insbesondere Mineralölerzeugnisse (+9,4%) und Strom (+3,4%) wesentlich teurer als vor einem Jahr. Bei den Nahrungsmitteln lagen vor allem die Preise für Obst (10,0 %) und Gemüse (+12,8%) sowie für Speisefette und -öle (+5,1%) spürbar über dem Vorjahresniveau. Ohne die Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Energie und Nahrungsmitteln liegt die Inflationsrate somit nur bei 0.9%.

Die konjunkturelle Erholung der Weltwirtschaft spiegelt sich in weiterhin kräftigen Preisniveauanstiegen für Rohöl und andere Rohstoffe wider. Im November war bei Rohöl der Sorte Brent in US-Dollar gerechnet ein Anstieg um 3 ¼ % zu verzeichnen (Oktober: +6%). Die Importpreise für Rohöl stiegen gegenüber dem Vorjahr um 21,8 % an. Die Einfuhr von Erdgas verteuerte sich erneut deutlich (+31,5%). Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse betrug der Zuwachs der Importpreise gegenüber dem Vorjahr 7,7%. Bei den Rohstoffen verteuerte sich Eisenerz besonders stark (+102,1%). Bei den Nahrungsmitteln fielen vor allem kräftige Preisniveausteigerungen bei Getreide und Rohkaffee ins Gewicht. Der Importpreisindex lag im Oktober 9,2 % über Vorjahresniveau. Damit war der jährliche Preisniveauanstieg

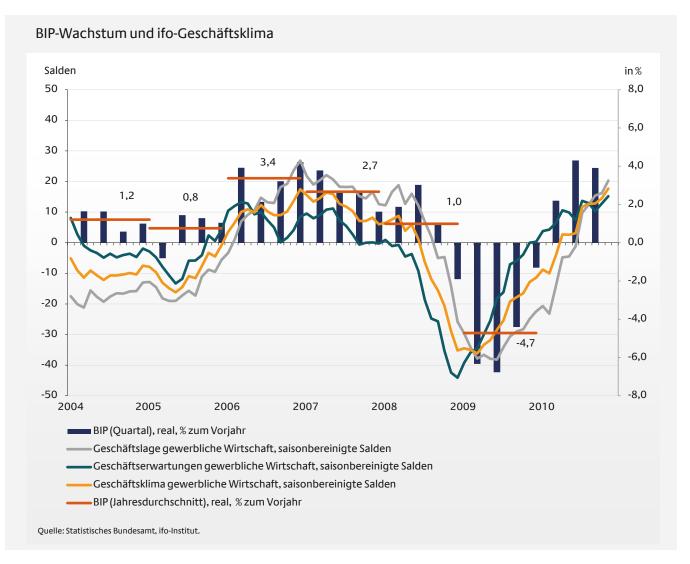
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

bei den Importen etwas schwächer als noch im September.

Bei den Erzeugerpreisen war weiterhin mit einem Anstieg um 4,3 % gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Aufwärtstrend zu beobachten. Den größten Einfluss auf die Jahresteuerungsrate hatten Preiserhöhungen für Energie (+7,2 %). Hierbei zeigte Erdgas den höchsten Preisniveauanstieg (+15,1 %). Die Erzeugung von Mineralölerzeugnissen kostete 11,9 % mehr als vor einem Jahr. Ohne die Berücksichtigung von Energie lagen die Erzeugerpreise um 3,1 % höher als im Oktober 2009. Die Preise für Vorleistungsgüter übertrafen das Vorjahresniveau um 6,0 %. Insbesondere die Preise für Metalle zogen

erheblich an. Die Verbrauchsgüter waren um 1,7% teuerer als vor einem Jahr.

Einige Indikatoren deuten darauf hin, dass das ruhige Preisklima auf der Verbraucherstufe anhalten dürfte. So sind die Preiserwartungen der Verbraucher zuletzt etwas geringer als im Vormonat ausgefallen. Die Lohnstückkosten auf Stundenbasis gingen nach einem deutlichen Rückgang im 2. Quartal zuletzt nochmals leicht zurück. Damit dürfte von den Lohnkosten kaum Preisdruck auf die Unternehmen ausgehen. Im Zuge einer Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs dürften die Preiserhöhungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen jedoch zumindest teilweise auf die Verbraucherstufe durchwirken.

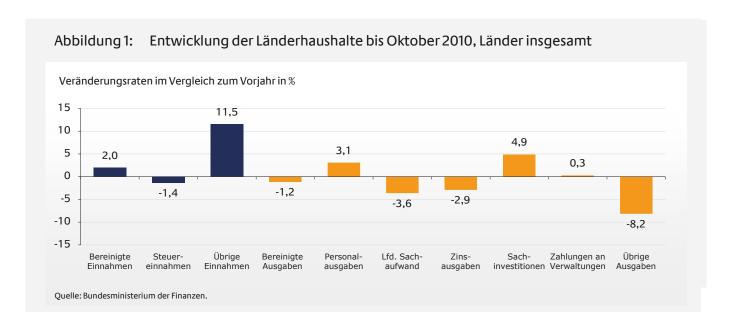


Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010

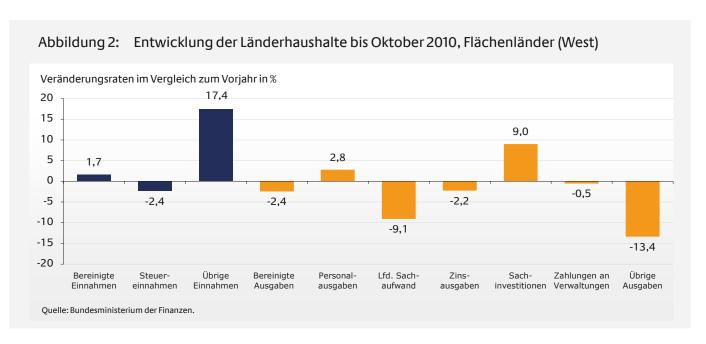
Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010

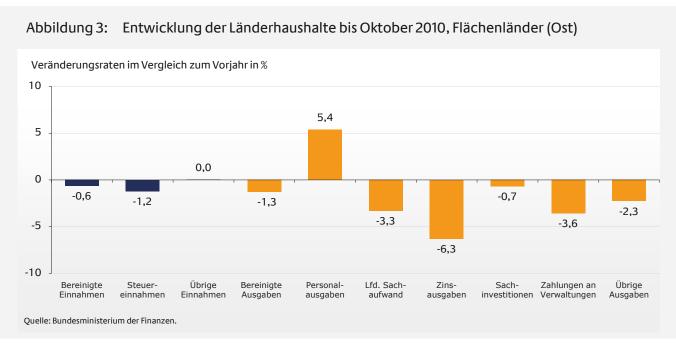
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Oktober 2010 vor.

Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,0 %, während sich die Ausgaben um - 1,2 % verringerten. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 1,4 % gesunken. Bei den Flächenländern West ist ein Rückgang um - 2,4% und bei den Flächenländern Ost ein Rückgang um - 1,2% zu verzeichnen. Die Stadtstaaten wiesen hingegen einen Zuwachs von + 6,0% aus. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit betrug am Ende des Berichtszeitraums rund - 20,3 Mrd. € und fiel damit rund 6,8 Mrd. € günstiger aus als der entsprechende Vorjahreswert. In den Planungen für das Gesamtjahr 2010 sehen die Länder insgesamt derzeit einen Finanzierungssaldo von gut - 35 Mrd. € vor.

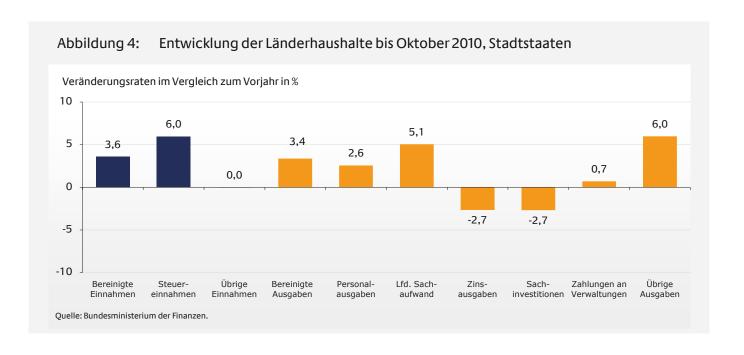


Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010





Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 7. Dezember 2010 in Brüssel

I. Legislative Beratungen

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

Bei der Richtlinie über die Verwaltungszusammenarbeit (sogenannte Amtshilferichtlinie) geht es um die gegenseitige Amtshilfe der Steuerbehörden in den Mitgliedstaaten bei der Festsetzung von Steuern. Eine der wichtigsten Neuerungen ist der Umgang mit der Berufung auf das Bankgeheimnis, um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit abzulehnen. Ein um Auskunft ersuchter Mitgliedstaat soll künftig einem anderen Mitgliedstaat Auskünfte über einen Steuerpflichtigen nicht allein deshalb verweigern können, weil diese Information sich im Besitz einer Bank oder eines anderen Geldinstituts befindet. Eine weitere Neuerung ist, dass künftig zur Erhöhung der Transparenz in steuerlichen Angelegenheiten ein automatisches Auskunftssystem zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten etabliert werden soll. Nach mehrjährigen Verhandlungen konnte der ECOFIN-Rat nunmehr eine politische Einigung erzielen. Der Kompromissvorschlag der Präsidentschaft sowohl zum automatischen Informationsaustausch als auch zum Informationsaustausch auf Ersuchen wurde von allen Mitgliedstaaten unterstützt.

II. Nichtlegislative Beratungen

Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit: Vorgehen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 28./29. Oktober 2010

Der WFA-Vorsitzende Thomas Wieser berichtete kurz mündlich über den Diskussionsstand zu den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zur wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit in seinem Ausschuss. In der anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, dass der Beratungsfortschritt rascher erfolgen müsse. Auch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble mahnte schnellere Fortschritte an und sah die Ergebnisse der Van Rompuy Task Force als die Kerngrundlage an, hinter die man nicht zurückfallen dürfe.

Finanzhilfen für Irland

Die ECOFIN-Minister stimmten formal der Gewährung finanziellen Beistands der EU für Irland im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus zu. Gleichzeitig nahmen sie die Empfehlung des Rates zur Beendigung des übermäßigen öffentlichen Defizits an Irland an, in der das Unterschreiten der Defizitobergrenze von 3 % des BIP von 2014 auf 2015 verlängert wird.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 16./17. Dezember 2010

a) Auswirkungen der Rentenreformen auf die Durchführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Auf seinem Treffen am 28./29. Oktober 2010 hat der Europäische Rat den Rat aufgefordert, die Arbeiten zu der Frage, wie den Auswirkungen von Rentenreformen bei der Durchführung des Stabilitäts- und Wachstumspakts Rechnung getragen wird, zu beschleunigen und dem Europäischen Rat im Dezember 2010 hierüber Bericht zu erstatten. Bisher ist im Rahmen von Verfahren bei einem übermäßigen Defizit eine Berücksichtigung der Nettokosten einer (teilweisen) Umstellung von Alterssicherungssystemen vom Umlageverfahren auf ein verpflichtendes Kapitaldeckungsverfahren begrenzt auf fünf Jahre sowie linear degressiv möglich. In einem Schreiben vom August 2010 haben sich Finanzminister aus neun EU-Mitgliedstaaten dafür ausgesprochen, die derzeit gültige Regelung der Berücksichtigung der Kosten von Rentenreformen flexibler auszugestalten. Die ECOFIN-Minister konnten keine Einigung zu diesem Thema erzielen. Der von der Präsidentschaft vorgelegte Kompromiss wird als Bericht der Präsidentschaft dem Europäischen Rat übermittelt werden.

b) Bankenabgabe

Der Europäische Rat hat am 28./29. Oktober 2010 festgestellt, dass weitere Arbeiten auf dem Gebiet der Abgaben und Steuern für Finanzinstitute erforderlich sind und sprach sich für eine weiterreichende Koordinierung zwischen den verschiedenen bestehenden Abgabesystemen aus, um Doppelbelastungen zu vermeiden. Der Rat wurde ersucht, hierzu beim Europäischen Rat im Dezember 2010 Bericht zu erstatten. Aus Sicht Deutschlands ist insbesondere Folgendes relevant: (i) eine Bankenabgabe sollte darauf abzielen, ein Restrukturierungs- und Abwicklungsverfahren für Banken zu unterstützen, (ii) die

gemeinsame Bemessungsgrundlage für eine Bankenabgabe sollte die Passivseite der Bilanz, abzüglich der gesicherten Einlagen und des Eigenkapitals, sein, und (iii) eine Bankenabgabe sollte den Anwendungsbereich der aufsichtlichen Verantwortlichkeiten spiegeln. Der ECOFIN-Rat nahm den Bericht an.

Gemeinsamer Bericht von WPA und Kommission über die Gesundheitssysteme in der EU

In seinen Schlussfolgerungen zur langfristigen Tragfähigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen vom 5. Mai 2009 hatte der Rat den Wirtschaftspolitischen Ausschuss (WPA) und die Kommission unter anderem dazu aufgefordert, sich mit der Effektivität und der Effizienz des Einsatzes öffentlicher Mittel in den Mitgliedstaaten der EU weiter systematisch auseinanderzusetzen. Die Gesundheitsausgaben sind einer der größten Posten in den gesamtstaatlichen Haushalten und wachsen rasch. Der vom Wirtschaftspolitischen Ausschuss und der Kommission gemeinsam erstellte Bericht diskutiert verschiedene Steuerungsmöglichkeiten in den nationalen Gesundheitssystemen, wie beispielsweise innerhalb der Vergütungssysteme oder durch Eigenbeteiligungen von Patienten. Der ECOFIN-Rat nahm hierzu Ratsschlussfolgerungen an.

Krisenbewältigung im Finanzdienstleistungsbereich: Vorgehen im Anschluss an die Mitteilung der Kommission

In ihrer Mitteilung vom 20. Oktober 2010 legt die Kommission die Eckpunkte der für kommendes Jahr geplanten Legislativvorschläge dar. Der neue Rahmen für das Krisenmanagement soll die Behörden mit wirksamen Instrumenten und Befugnissen ausstatten, um Bankenkrisen frühzeitig zu erkennen und abzuwenden und Kosten für den Steuerzahler möglichst zu vermeiden. Als übergreifendes Ziel soll eine Abwicklung von Banken möglich werden,

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

ohne die allgemeine Finanzstabilität zu gefährden. Um die grenzüberschreitenden Auswirkungen einer Insolvenz europaweit tätiger Institute zu bewältigen, hält die Kommission wirksame Regelungen zur Kooperation und Koordination der nationalen Behörden für erforderlich. Es ist geplant, den neuen europäischen Finanzaufsichtsbehörden, insbesondere der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), koordinierende und unterstützende Aufgaben zu übertragen, ohne hierdurch in die finanzpolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten einzugreifen. Der ECOFIN-Rat billigte hierzu Ratsschlussfolgerungen.

Verhaltenskodex im Bereich der Unternehmensbesteuerung

Die Mitgliedstaaten haben im Dezember 1997 einen Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung angenommen. Der Kodex sieht vor, dass Mitgliedstaaten schädliche wettbewerbsverzerrende steuerliche Maßnahmen zur Förderung ihres Wirtschaftsstandorts zurücknehmen und keine neuen derartigen Maßnahmen ergreifen sollen. Der Rat beauftragte die Hochrangige Gruppe "Verhaltenskodex", die Einhaltung dieses Kodexes zu überwachen. Die Gruppe berichtet dem Rat regelmäßig zum Ende jeder Präsidentschaft über die Fortschritte ihrer Arbeit. Der ECOFIN-Rat billigte die Schlussfolgerungen zum Bericht der Gruppe "Verhaltenskodex", in denen er die Arbeit der Gruppe begrüßt und diese auffordert, ihre Arbeit fortzuführen.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

17./18. Januar 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
14./15. Februar 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung in Lübeck
bis 25. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
2. Juli 2010	Zuleitung an Kabinett
7. Juli 2010	Kabinettbeschluss
13. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
2. bis 4. November 2010	Steuerschätzung in Baden-Baden
15. Oktober 2010	Stabilitätsrat
11. November 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
23. bis 26. November 2010	2./3. Lesung Bundestag
17. Dezember 2010	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

☐ Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Januar 2011	Dezember 2010	28. Januar 2011
Februar 2011	Januar 2011	21. Februar 2011
März 2011	Februar 2011	21. März 2011
April 2011	März 2011	21. April 2011
Mai 2011	April 2011	20. Mai 2011
Juni 2011	Mai 2011	20. Juni 2011
Juli 2011	Juni 2011	20. Juli 2011
August 2011	Juli 2011	22. August 2011
September 2011	August 2011	22. September 2011
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

¹Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Die Reform der europäischen Finanzaufsichtsstrukturen	37
Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	48
Bildungsfinanzbericht 2010.	
G20-Gipfeltreffen am 11. und 12. November 2010 in Seoul	

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

Die Reform der europäischen Finanzaufsichtsstrukturen

Die Errichtung eines Europäischen Finanzaufsichtssystems

1	Die künftigen europäischen Aufsichtsstrukturen	37
	Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken	
	Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden	
	Bewertung	
	Weiterer Zeitplan und Ausblick	

- Zum 1. Januar 2011 werden neue europäische Finanzaufsichtsstrukturen geschaffen: Zur Überwachung der Stabilität des gesamten Finanzsystems wird ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken errichtet.
- Ferner werden drei europäische Finanzaufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor geschaffen, die gemeinsam mit den nationalen Aufsichtsbehörden Aufgaben der Solvenz- und Marktaufsicht wahrnehmen werden.
- Auf europäischer Ebene wird damit ein wichtiger Schritt unternommen, die Finanzaufsicht zu stärken und besser zu verzahnen. Dies ist von zentraler Bedeutung für die Stabilität des gesamten Finanzsystems und für mehr Kontrolle auf den Finanzmärkten.
- Die Errichtung der neuen Strukturen steht in einer Linie mit dem G20-Beschluss, einen stärkeren, global konsistenten Aufsichts- und Regulierungsrahmen für den Finanzsektor aufzubauen.

1 Die künftigen europäischen Aufsichtsstrukturen

Am 17. November 2010 hat der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat) die Rechtstexte zur Errichtung eines Europäischen Finanzaufsichtssystems (European System of Financial Supervision, ESFS) gebilligt. Das ESFS wird sich zusammensetzen aus einem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB), drei neuen europäischen Finanzaufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities, ESAs) im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor, einem behördenübergreifenden Ausschuss (Joint Committee) sowie den nationalen Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten.

Bereits am 22. September 2010 hatte das Europäische Parlament die Rechtstexte angenommen. Die neuen europäischen Finanzaufsichtsstrukturen sollen zum 1. Januar 2011 errichtet werden.

1.1 Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass Schwächen bei der Überwachung der Stabilität des gesamten Finanzsystems (sogenannte makroprudentielle Aufsicht) mitverantwortlich waren für die Turbulenzen im Finanzsektor. Um makroprudentielle Erkenntnisse künftig besser in die Finanzaufsicht einzubeziehen, soll der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) zur frühzeitigen Erkennung von Risiken für die

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

Stabilität des gesamten Finanzsystems in Europa beitragen.

Aufgaben des ESRB

Der ESRB wird die Stabilität des gesamten Finanzsystems überwachen, indem er systemische Risiken analysiert, frühzeitig vor ihnen warnt und Empfehlungen zur Beseitigung dieser Risiken abgibt. Adressaten der Warnungen und Empfehlungen können ein oder mehrere Mitgliedstaaten, eine oder mehrere Europäische Finanzaufsichtsbehörden oder eine oder mehrere nationale Aufsichtsbehörden sein. Empfehlungen können auch an die Europäische Kommission gerichtet werden. Warnungen und Empfehlungen werden gleichzeitig mit Zuleitung an den jeweiligen Adressaten an den ECOFIN-Rat und, wenn sie an nationale Aufsichtsbehörden adressiert sind, an die künftigen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden gesendet.

Die Warnungen und Empfehlungen des ESRB haben keine bindende Wirkung. Sie werden aber mit einem "handele oder rechtfertige"-Mechanismus ("act-or-explain") versehen. Stellt der ESRB fest, dass seine Empfehlung nicht befolgt wurde und die Adressaten keine überzeugende Begründung hierfür geliefert haben, setzt er die Adressaten, den ECOFIN-Rat und gegebenenfalls die betreffende Europäische Finanzaufsichtsbehörde hiervon in Kenntnis. Darüber hinaus kann der ESRB – nach Unterrichtung des ECOFIN-Rates – seine Empfehlungen auch veröffentlichen, um so die Durchsetzungskraft der Empfehlung zu erhöhen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist es unerlässlich, dass der ESRB über die für seine Arbeit erforderlichen Informationen verfügt. Adressaten des Informationsanspruchs sind primär die künftigen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden. Liegen die vom ESRB angeforderten Informationen den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden nicht vor oder werden sie nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt, kann der ESRB die Daten

vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB), von den nationalen Aufsichtsbehörden oder den nationalen Statistikbehörden anfordern. Liegen die Daten bei den genannten Behörden nicht vor, kann der ESRB die Daten von dem betreffenden Mitgliedstaat anfordern. Der ESRB wird Informationen in der Regel in zusammengefasster oder aggregierter Form anfordern, d. h. so, dass einzelne Finanzinstitute nicht zu erkennen sind. Reichen dem ESRB diese Informationen nicht für die Erfüllung seiner Aufgaben, so kann er mit begründetem Antrag auch Informationen in anderer als zusammengefasster oder aggregierter Form anfordern. In diesem Fall muss der ESRB erläutern, warum er die Informationen über das betreffende Finanzinstitut für systemrelevant und angesichts der vorherrschenden Marktlage für erforderlich hält. Das Sekretariat des ESRB, das in dessen Auftrag die Daten erhebt und verarbeitet, hat für die vertrauliche Behandlung von individuellen Unternehmensdaten zu sorgen.

Organisation des ESRB

Der ESRB wird einen Verwaltungsrat, einen Lenkungsausschuss, einen Beratenden Fachausschuss, einen Beratenden Wissenschaftlichen Ausschuss und ein Sekretariat haben.

Der Verwaltungsrat (General Board) des ESRB ist das Entscheidungsorgan. Stimmberechtigte Mitglieder werden sein: der Präsident und der Vizepräsident der EZB, die 27 Zentralbankgouverneure der nationalen Zentralbanken, ein Vertreter der Kommission, die drei Vorsitzenden der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, der Vorsitzende und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Beratenden Wissenschaftlichen Ausschusses sowie der Vorsitzende des Beratenden Fachausschusses. Durch die Aufnahme des Vorsitzenden und der beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Beratenden Wissenschaftlichen Ausschusses in den Verwaltungsrat wurde der Forderung des Europäischen Parlaments

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

nachgekommen, den ESRB auch für unabhängige Sachverständige zu öffnen und nicht allein Vertreter von Zentralbanken und Aufsehern in dem Gremium zu versammeln. Mitglieder ohne Stimmrecht sollen je ein Vertreter der nationalen Aufsichtsbehörden sowie der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) sein. Der Vertreter der nationalen Aufsichtsbehörden kann je nach behandeltem Themengebiet wechseln, so dass gewährleistet ist, dass auch die Expertise aus dem Versicherungs- und Wertpapiersektor eingebracht werden kann.

Für die Beschlussfassung im Verwaltungsrat gilt das Prinzip "eine Stimme pro Mitglied". Abstimmungen erfolgen grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. Ausgenommen hiervon sind Beschlüsse über Empfehlungen und Beschlüsse über die Veröffentlichung von Warnungen und Empfehlungen. Diese Beschlüsse erfordern eine Zweidrittelmehrheit.

Den Vorsitz des ESRB wird die ersten fünf Jahre der Präsident der EZB übernehmen. In drei Jahren sind Regelungen zu treffen, wie der Vorsitz im Anschluss an diese erste Amtszeit ernannt beziehungsweise gewählt werden soll. Diese Regelung zum Vorsitz ist ein Kompromiss zwischen der Forderung des Europäischen Parlaments, dass der EZB-Präsident automatisch den Vorsitz des Verwaltungsrates des ESRB wahrnehmen soll, und dem Wunsch des Rates, dass der Vorsitzende des ESRB von den Mitgliedern des Erweiterten EZB-Rates gewählt wird. Der Vorsitzende des ESRB wird zwei Stellvertreter haben. Während der erste stellvertretende Vorsitzende von und aus der Mitte der Mitglieder des Erweiterten Rates der EZB gewählt wird, ist der zweite stellvertretende Vorsitzende der Vorsitzende des Gemeinsamen Ausschusses der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden.

Der Lenkungsausschuss des ESRB wird den Entscheidungsprozess des Verwaltungsrats unterstützen, indem er dessen Sitzungen vorbereitet, die zu erörternden Unterlagen prüft und die Fortschritte der laufenden Arbeit des ESRB überwacht. Der Lenkungsausschuss setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: dem Vorsitzenden und dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden des ESRB, dem Vizepräsidenten der EZB, vier zusätzlichen Zentralbankgouverneuren, einem Mitglied der Kommission, den drei Vorsitzenden der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, dem Vorsitzenden des WFA, dem Vorsitzenden des Beratenden Wissenschaftlichen Ausschusses und dem Vorsitzenden des Beratenden Fachausschusses.

Der Beratende Fachausschuss und der Beratende Wissenschaftliche Ausschuss werden dem ESRB in den für seine Arbeit maßgeblichen Fachfragen beratend und unterstützend zur Seite stehen. Der Beratende Fachausschuss wird sich zusammensetzen aus je einem Vertreter der nationalen Zentralbanken pro Mitgliedstaat, je einem Vertreter der nationalen Aufsichtsbehörden pro Mitgliedstaat, je einem Vertreter der künftigen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, zwei Vertretern der Europäischen Kommission, einem Vertreter des WFA und einem Vertreter des Beratenden Wissenschaftlichen Ausschusses. Auch im Beratenden Fachausschuss kann der Vertreter der nationalen Aufsichtsbehörden je nach behandeltem Themengebiet wechseln, um zu ermöglichen, dass auch die Expertise aus dem Versicherungs- und Wertpapiersektor eingebracht werden kann. Im Beratenden Wissenschaftlichen Ausschuss werden fünfzehn Sachverständige zusammentreffen, die ein breites Spektrum an Kenntnissen und Erfahrungen repräsentieren. Die benannten Personen sollen keiner der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden angehören. Sie werden aufgrund ihrer allgemeinen Kompetenz sowie ihres unterschiedlichen Hintergrunds in wissenschaftlichen Disziplinen oder in anderen Bereichen, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen. Gewerkschaften oder als Anbieter oder Verbraucher von Finanzdienstleistungen, ausgewählt. Die Mitglieder des Beratenden Wissenschaftlichen Ausschusses werden vom Lenkungsausschuss

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

vorgeschlagen und vom Verwaltungsrat bestätigt.

Die Europäische Zentralbank wird das Sekretariat des ESRB zur Verfügung stellen, das für analytische, statistische, administrative und logistische Unterstützung sorgen soll. Das Sekretariat bereitet die Sitzungen des ESRB vor und unterstützt den Verwaltungsrat, den Lenkungsausschuss, den Beratenden Fachausschuss und den Beratenden Wissenschaftlichen Ausschuss bei der Arbeit. Das Sekretariat wird sich bei seinen Analysen auf die fachliche Beratung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, der nationalen Zentralbanken und der nationalen Aufsichtsbehörden stützen. Ferner wird das Sekretariat die zur Erfüllung der Aufgaben des ESRB erforderlichen Informationen erheben.

Überprüfungsklausel

Das Europäische Parlament und der Rat werden die Verordnung zur Errichtung des ESRB drei Jahre nach ihrem Inkrafttreten auf der Grundlage eines Berichts der Europäischen Kommission überprüfen. Sie werden nach Stellungnahme der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden entscheiden, ob Aufgaben und Organisation des ESRB verändert werden müssen.

1.2 Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden

Neben dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken werden drei neue Europäische Finanzaufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities, ESAs) errichtet. Die drei ESAs sind die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority, EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority, EIOPA) sowie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, ESMA). Sie werden

aus den bereits bestehenden europäischen Ausschüssen der Aufseher, den sogenannten Level-3-Ausschüssen CEBS (Committee of European Banking Supervisors), CESR (Committee of European Securities Regulators) und CEIOPS (Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors) hervorgehen und ihren Sitz jeweils an denselben Orten haben, d. h. EBA in London, ESMA in Paris und EIOPA in Frankfurt am Main.

Aufgaben der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden und die nationalen Aufsichtsbehörden werden sich die Aufgaben teilen. Während die nationalen Aufsichtsbehörden für die tägliche Aufsicht verantwortlich bleiben, werden die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden vornehmlich harmonisierende Aufgaben wahrnehmen, um die Zusammenarbeit der nationalen Aufseher zu intensivieren und ein einheitliches Aufsichtshandeln sicherzustellen. Der behördenübergreifende Gemeinsame Ausschuss wird dabei sicherstellen, dass sektorübergreifende Themen einheitlich behandelt werden. Die Aufgaben der ESAs im Einzelnen sind:

Entwicklung technischer Standards: Um ein einheitliches Aufsichtshandeln sicherzustellen und die einheitliche Anwendung des Unionsrechts zu gewährleisten, werden die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden technische Standards entwickeln. Um ihnen Rechtskraft zu verleihen, wird die Kommission diese Entwürfe gemäß Art. 290 oder Art. 291 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) entweder als delegierte Akte oder als Durchführungsakte billigen. Die technischen Standards gelten unmittelbar. Die Bereiche, in denen die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden technische Standards entwickeln können, werden in der Richtlinien der einzelnen Finanzsektoren (z. B. Bankenrichtlinie, Transparenzrichtlinie, OGAW-Richtlinie etc.) festgelegt. In der ebenfalls gemeinsam mit den EU-Verordnungen zur Errichtung von

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

ESRB und ESAs verabschiedeten sogenannten Omnibusrichtlinie I wird eine erste Gruppe dieser Bereiche festgelegt. Beispiele für Regelungsbereiche, in denen die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden technische Standards entwickeln können, sind:

- in der Prospektrichtlinie (2003/71/EG): technische Standards zur Konkretisierung der Pflicht, einen Prospekt durch Nachträge zu aktualisieren;
- in der Geldwäscherichtlinie (2005/60/EG): Sind richtlinienkonforme
 Maßnahmen im Hinblick auf die
 Sorgfaltspflichten gegenüber Kunden und die Aufbewahrung von Aufzeichnungen nach den Rechtsvorschriften eines
 Drittlandes nicht zulässig, können die Art und das Mindestmaß der von den Kredit- und Finanzinstituten zusätzlich zu ergreifenden Maßnahmen durch technische Standards festgelegt werden;
- in der OGAW-Richtlinie (2009/65/EG): technische Standards in unterschiedlichen Bereichen des Investmentaufsichtsrechts, z. B. Einzelheiten zum Risikomanagement, Wohlverhaltensregeln, Anlagevorschriften und Aussetzungen von Rücknahmen.

Erstellung von Leitlinien und Empfehlungen: Um kohärente, effiziente und wirksame Aufsichtsverfahren zu schaffen und eine gemeinsame, einheitliche und konsistente Anwendung des Unionsrechts sicherzustellen, werden die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden auch Leitlinien und Empfehlungen für nationale Aufsichtsbehörden und Finanzinstitute erstellen, Kommt eine nationale Aufsichtsbehörde diesen Leitlinien oder Empfehlungen nicht nach, soll sie die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden unter Angabe von Gründen unterrichten. Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden veröffentlichen die Tatsache, dass ein nationaler Aufseher den Leitlinien oder Empfehlungen nicht nachkommt. Sie können auch beschließen, dass die von der nationalen Aufsichtsbehörde geltend gemachten Gründe für die Nichteinhaltung der Leitlinien oder Empfehlungen ebenfalls veröffentlicht werden. Sieht die Leitlinie oder Empfehlung dies vor, müssen auch die Finanzinstitute selbst mitteilen, ob sie der entsprechenden Leitlinie oder Empfehlung nachkommen.

Überwachung der Anwendung des EU-Rechts: Für die Integrität, Effizienz und ordnungsgemäße Funktionsweise der Kapitalmärkte, die Stabilität des Finanzsystems und neutrale Wettbewerbsbedingungen für Finanzinstitute in der EU ist es unabdingbar, dass das Unionsrecht korrekt angewendet wird. Aus diesem Grund wird ein Mechanismus vorgesehen, mit dem die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden im Fall der Verletzung von EU-Recht handeln können: Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden können Verletzungen des EU-Rechts durch nationale Aufsichtsbehörden zunächst untersuchen und eine Empfehlung zur Beseitigung der Rechtsverletzung abgeben. Kommt die betroffene nationale Aufsichtsbehörde dieser Empfehlung nicht nach, kann die Europäische Kommission gegenüber der betroffenen nationalen Aufsichtsbehörde eine Stellungnahme abgeben und diese auffordern, die Rechtsverletzung zu beseitigen. Kommt die nationale Aufsichtsbehörde auch dieser Stellungnahme nicht nach, können die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden direkt gegenüber dem betroffenen Finanzinstitut einschreiten und dieses zum Ergreifen der Maßnahmen verpflichten, die zur Erfüllung seiner Pflichten im Rahmen des Unionsrechts erforderlich sind. Ein solcher Durchgriff der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden auf ein Finanzinstitut setzt voraus, dass die umgehende Beseitigung der EU-Rechtsverletzung erforderlich ist, um neutrale Wettbewerbsbedingungen auf dem Markt aufrechtzuerhalten beziehungsweise um die ordnungsgemäße Funktionsweise und die Integrität des Finanzsystems zu gewährleisten. Ferner müssen die einschlägigen Anforderungen des Unionsrechts unmittelbar auf Finanzinstitute anwendbar sein.

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

Maßnahmen im Krisenfall: Im

Krisenfall werden die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden aktiv die erforderlichen Maßnahmen der nationalen Aufsichtsbehörden koordinieren. Stellt der ECOFIN-Rat in Abstimmung mit der Kommission, dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken und gegebenenfalls mit den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden fest, dass eine Krisensituation vorliegt, können die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden die nationalen Aufsichtsbehörden durch Erlass von Beschlüssen im Einzelfall dazu verpflichten, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um auf solche krisenhaften Entwicklungen zu reagieren, indem sie sicherstellen, dass Finanzmarktteilnehmer und die nationalen Aufsichtsbehörden die im Unionsrecht festgelegten Anforderungen erfüllen.

Kommen die nationalen Aufsichtsbehörden den Entscheidungen der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden in Krisenfällen nicht nach, sehen die Verordnungen zur Errichtung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden auch in Krisenfällen sogenannte Durchgriffsrechte der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden direkt auf Finanzinstitute vor. In Krisenfällen setzt ein solches direktes Einschreiten der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden gegenüber Finanzinstituten ebenfalls voraus, dass die einschlägigen Anforderungen des Unionsrechts unmittelbar auf Finanzinstitute anwendbar sind. Daneben ist erforderlich, dass eine wesentliche Verletzung des EU-Rechts vorliegt, deren Beseitigung dringend erforderlich ist, um das ordnungsgemäße Funktionieren und die Integrität der Finanzmärkte oder die Stabilität des Finanzsystems in der Union wiederherzustellen.

Bindende Entscheidungen zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden: Zwecks Gewährleistung einer effizienten und wirksamen Aufsicht sowie einer ausgewogenen Berücksichtigung der

Positionen der zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden in den verschiedenen Mitgliedstaaten sollen die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden Differenzen zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden auch in den Aufsichtskollegien verbindlich schlichten können. Finden nationale Aufseher keine Einigung, entscheiden daher die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden den Streit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden in den Bereichen, die in den Richtlinien der Finanzsektoren festgelegt werden. Eine erste Festlegung dieser Bereiche erfolgt in der Omnibusrichtlinie I. Danach können die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden in den Bereichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden verbindlich entscheiden, in denen Kooperation, Koordination oder gemeinsame Entscheidungen der nationalen Aufsichtsbehörden vorgesehen sind. Maßnahmen, die Gegenstand von Entscheidungen zur Streitbeilegung sein können, sind im Bankenbereich z.B. die Einstufung von Zweigniederlassungen als bedeutend, die Anerkennung interner Modelle und die Risikobewertung auf Gruppenebene.

Auch bei Entscheidungen zur Beilegung von Streitigkeiten sehen die EU-Verordnungen zur Errichtung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden vor, dass diese direkt gegen Finanzinstitute vorgehen können, wenn die nationalen Aufsichtsbehörden diesen Entscheidungen nicht nachkommen. Dies setzt ebenfalls voraus, dass die einschlägigen Anforderungen des Unionsrechts unmittelbar auf Finanzinstitute anwendbar sind.

Im Fall von sektorübergreifenden Meinungsverschiedenheiten wird die Streitbeilegung durch den Gemeinsamen Ausschuss der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (Joint Committee) erfolgen, indem der Ausschuss gemeinsame Positionen und parallele Entscheidungen der drei Europäischen Finanzaufsichtsbehörden herbeiführt.

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

Direkte Aufsichtsbefugnisse über Ratingagenturen: Wie bereits vom Europäischen Rat im Juni 2009 vereinbart, erhält die ESMA direkte Aufsichtsbefugnisse über Ratingagenturen. Die genauen Befugnisse werden in der Ratingagenturenverordnung (Verordnung (EG) Nr. 1060/2009) festgelegt, die derzeit für diese Zwecke angepasst wird.

Aufgaben im Zusammenhang mit dem Verbraucherschutz/Verbot von

Transaktionen: Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden werden eine Führungsrolle bei der Förderung der Transparenz, Einfachheit und Fairness auf dem Markt für Finanzprodukte und -dienstleistungen für Verbraucher im gesamten Binnenmarkt übernehmen. Sie sollen z. B. Verbrauchertrends erfassen und analysieren, Initiativen der nationalen Aufsichtsbehörden zur Vermittlung von Wissen und Bildung über Finanzfragen koordinieren und an der Entwicklung allgemeiner Offenlegungsvorschriften mitwirken. Aufgabe der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden wird es auch sein, neue und bestehende Finanztätigkeiten zu überwachen. Für diese Zwecke können sie Leitlinien und Empfehlungen herausgeben, um die Sicherheit und Solidität der Märkte und die Angleichung im Bereich der Regulierungspraxis zu fördern. Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden können auch Warnungen aussprechen, wenn eine Finanztätigkeit eine ernsthafte Bedrohung darstellt.

Schließlich können die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden in Krisensituationen oder in Fällen, die in Richtlinien geregelt sind, bestimmte Finanztransaktionen oder Finanzprodukte zeitlich beschränkt verbieten, wenn dies zum Schutz der Finanzstabilität oder der Integrität und Funktionsweise der Finanzmärkte erforderlich ist.

Wirksame Funktionsweise von Aufsichtskollegien: Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden übernehmen auch eine führende Rolle, um das einheitliche und kohärente Funktionieren von Aufsichtskollegien sicherzustellen, die für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute zuständig sind. Ferner fördern sie die kohärente Anwendung des Unionsrechts in diesen Aufsichtskollegien. Zu diesem Zweck haben die Mitarbeiter der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden die Möglichkeit, sich an den Aktivitäten der Aufsichtskollegien zu beteiligen. Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden können z. B.

- in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden alle relevanten Informationen erfassen und austauschen, um die Tätigkeit des Kollegiums zu erleichtern sowie ein zentrales System einrichten und verwalten, mit dem diese Informationen den nationalen Aufsichtsbehörden im Kollegium zugänglich gemacht werden;
- die Durchführung unionsweiter Stresstests veranlassen und koordinieren und gegebenenfalls eine Empfehlung an die nationalen Aufsichtsbehörden aussprechen, Problempunkte zu beheben, die bei den Stresstests festgestellt wurden.

Befugnisse der Europäischen
Finanzaufsichtsbehörden im Hinblick auf
systemrelevante Institute: Die Europäischen
Finanzaufsichtsbehörden werden gemeinsam
mit dem Europäischen Ausschuss für
Systemrisiken Indikatoren entwickeln,
um systemische Risiken beziehungsweise
systemische Relevanz identifizieren und
messen zu können. Sie werden auch
geeignete Verfahren zur Durchführung von
Stresstests erarbeiten, um dabei zu helfen,
systemrelevante Institute zu identifizieren.
Diese Institute sollen dann einer verschärften
Aufsicht unterliegen.

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden werden auch einen Beitrag dazu leisten, dass wirksame und kohärente Sanierungs- und Abwicklungspläne, Verfahren im Krisenfall und Präventivmaßnahmen zur Minimierung

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

von systemischen Auswirkungen von Insolvenzen entwickelt und aufeinander abgestimmt werden.

Im Banken- und Wertpapierbereich werden EBA beziehungsweise ESMA zur Stärkung des Europäischen Systems der nationalen Einlagensicherungssysteme beziehungsweise des Europäischen Systems der nationalen Anlegerentschädigungssysteme beitragen. Sie sollen die ihnen eingeräumten Befugnisse wahrnehmen, um die ordnungsgemäße Anwendung der Einlagensicherungs-beziehungsweise Anlegerentschädigungsrichtlinie sicherzustellen und damit zu gewährleisten, dass die nationalen Einlagensicherungssysteme beziehungsweise die nationalen Anlegerentschädigungssysteme durch Beiträge der Finanzinstitute ausreichend finanziert werden und dass innerhalb eines harmonisierten Unionsrahmens ein hohes Schutzmaß für alle Einleger beziehungsweise Anleger gewährleistet wird. EBA und ESMA tragen ferner dazu bei, dass Verfahren für die Abwicklung insolvenzbedrohter Finanzinstitute entwickelt werden, die so konzipiert sind, dass das Insolvenzrisiko nicht weitergegeben wird und die Institute geordnet und rasch abgewickelt werden können. Diese Verfahren schließen gegebenenfalls kohärente und belastbare Finanzierungsmechanismen ein, wobei EBA und ESMA zur Bewertung der Notwendigkeit eines Systems solcher Finanzierungsmechanismen beitragen.

Für den Versicherungsbereich sieht die Verordnung zur Errichtung der EIOPA vor, dass diese einen Beitrag zur Beurteilung der Notwendigkeit eines mit angemessenen Finanzmitteln ausgestatteten und ausreichend harmonisierten europäischen Netzwerks von nationalen Sicherungssystemen für Versicherungen leisten kann. Weiterhin kann EIOPA von der Europäischen Kommission ersucht werden, einen Beitrag zur Bewertung bestimmter Entwicklungen und Fortschritte z. B. bei der Kooperation der Aufsichtsbehörden innerhalb der Aufsichtskollegien, bei den

Aufsichtspraktiken bei der Festsetzung der Kapitalaufschläge sowie bei dem Nutzen einer verstärkten Gruppenaufsicht und eines verstärkten Kapitalmanagements innerhalb einer Gruppe von Versicherungsoder Rückversicherungsunternehmen zu leisten. EIOPA kann in den Bericht auch Themen wie den gleichwertigen Schutz der Versicherungsnehmer und der Begünstigten von Unternehmen der gleichen Gruppe, insbesondere in Krisensituationen, aufnehmen. Dies schließt einen Bericht über neue Entwicklungen und Fortschritte hinsichtlich koordinierter nationaler Krisenbewältigungsvorkehrungen, ein. Dieser Bericht befasst sich auch mit der Frage, ob ein System kohärenter und glaubwürdiger Finanzierungsmechanismen mit geeigneten Finanzierungsinstrumenten notwendig ist.

Allgemeine harmonisierende Aufgaben:

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden werden darüber hinaus eine Vielzahl weiterer harmonisierender Aufgaben wahrnehmen. Sie werden z.B. bei der Schaffung einer gemeinsamen Aufsichtskultur in der EU und einer Kohärenz der Aufsichtsverfahren eine aktive Rolle spielen. Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden können auch die Tätigkeiten der nationalen Aufsichtsbehörden vergleichenden Analysen ("peer review") unterziehen. Sie werden ferner eine Koordinatorfunktion wahrnehmen. Ihre Aufgabe ist es auch, die in ihre Zuständigkeitsbereiche fallenden Marktentwicklungen zu verfolgen und zu bewerten.

Widerspruchsrecht der Mitgliedstaaten bei haushaltspolitischen Auswirkungen

Zum Schutz des Haushaltsrechts der nationalen Parlamente räumen die EU-Verordnungen zur Errichtung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden den Mitgliedstaaten das Recht ein, gegen Entscheidungen der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden in Krisenfällen und zur Streitbeilegung einen Widerspruch

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

einzulegen, wenn diese Entscheidungen haushaltspolitische Auswirkungen haben. Über den Widerspruch entscheidet der ECOFIN-Rat. Folgender Entscheidungsmechanismus wird dabei vorgesehen:

- Widerspruch gegen die
 Entscheidung einer Europäischen
 Finanzaufsichtsbehörde zur
 Streitbeilegung zwischen nationalen
 Aufsehern: Es bedarf der einfachen
 Mehrheit der abgegebenen Stimmen im
 ECOFIN-Rat, um die Entscheidung der
 Europäischen Finanzaufsichtsbehörde
 aufrechtzuerhalten.
- Widerspruch gegen die
 Entscheidung einer Europäischen
 Finanzaufsichtsbehörde in einer
 Krisensituation: Es bedarf der einfachen
 Mehrheit der Mitglieder des ECOFIN-Rates,
 um die Entscheidung der Europäischen
 Finanzaufsichtsbehörde aufzuheben.
 Weiterhin kann der ECOFIN-Rat erneut
 um Entscheidung gebeten werden. Gemäß
 Protokollerklärung vom 2. Dezember 2009
 kann der betroffene Mitgliedstaat dabei
 zuvor den Europäischen Rat anrufen.

Durch dieses Entscheidungsverfahren wird sichergestellt, dass einerseits das Widerspruchsrecht nicht missbraucht werden kann, aber andererseits ein notwendiger Widerspruch erhoben werden kann. Um einen Missbrauch des Widerspruchsrechts auszuschließen, wurde darüber hinaus eine Anti-Missbrauchsklausel aufgenommen, durch die ein Widerspruch bei nur unwesentlichen Auswirkungen ausgeschlossen wird.

Organisation der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden

Entscheidungsorgan jeder Europäischen Finanzaufsichtsbehörde ist der Rat der Aufseher (Board of Supervisors). Stimmberechtigte Mitglieder dieses Rates sind die Präsidenten der 27 nationalen Aufsichtsbehörden. Der Rat der Aufseher

trifft seine Entscheidungen grundsätzlich mit einfacher Mehrheit nach dem Prinzip "pro Mitglied eine Stimme". Ausgenommen sind von dieser Regel zum einen Entscheidungen zur Entwicklung technischer Standards, zur Erstellung von Leitlinien und Empfehlungen sowie zu Haushaltsfragen der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden. Diese Entscheidungen werden mit qualifizierter Mehrheit mit Stimmgewichtung getroffen. Zum anderen unterliegen Beschlüsse, mit denen die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden Streitigkeiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden verbindlich beilegen, besonderen Abstimmungsregeln: Die Streitentscheidungen werden von einem sogenannten Panel vorbereitet. Das Panel besteht aus dem jeweiligen Vorsitzenden der jeweiligen Europäischen Finanzaufsichtsbehörde und zwei Mitgliedern des jeweiligen Rates der Aufseher, bei denen es sich nicht um Vertreter der Aufsichtsbehörden handelt, die im Streit liegen. Die Entscheidung des Panels gilt als angenommen, wenn sie vom Rat der Aufseher mit einfacher Mehrheit bestätigt wird. Betrifft die Entscheidung eine Maßnahme, die an sich vom Heimatlandaufseher zu treffen ist, gilt sie nur dann als angenommen, wenn die Entscheidung des Panels nicht von einer Sperrminorität mit Stimmgewichtung innerhalb des Rates der Aufseher abgelehnt wird.

Neben dem Rat der Aufseher verfügt jede der drei Europäischen Finanzaufsichtsbehörden über einen Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat nimmt administrative Aufgaben wahr: Er sorgt u. a. dafür, dass die jeweilige Europäische Finanzaufsichtsbehörde ihren Auftrag erfüllt und die ihr zugewiesenen Aufgaben wahrnimmt. Der Verwaltungsrat schlägt das Jahres- und Mehrjahresarbeitsprogramm vor, übt bestimmte Haushaltsbefugnisse aus und legt die Personalplanung der Behörde fest. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden der jeweiligen Europäischen Finanzaufsichtsbehörde und sechs weiteren Mitgliedern, die von den stimmberechtigten

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

Mitgliedern des Rates der Aufseher aus deren Mitte gewählt werden.

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden sollen ferner jeweils einen Vorsitzenden und einen Exekutivdirektor haben. Diese werden im offenen Auswahlverfahren gesucht und vom Rat der Aufseher ernannt. Das Europäische Parlament kann der Ernennung der Vorsitzenden widersprechen. Die Exekutivdirektoren müssen durch das Europäische Parlament bestätigt werden.

Finanzierung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden finanzieren sich durch Pflichtbeiträge der nationalen Aufsichtsbehörden, einen Zuschuss der Union aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union sowie durch Gebühren, die im entsprechenden Unionsrecht vorgesehen werden. Die Beiträge der nationalen Aufsichtsbehörden richten sich nach der Stimmgewichtung der Mitgliedstaaten bei Abstimmungen im Rat.

Überprüfungsklausel

Auch die EU-Verordnungen zur Errichtung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden sehen jeweils eine Überprüfungsklausel vor. Danach soll die Europäische Kommission alle drei Jahre einen allgemeinen Bericht über die Erfahrungen aus den Tätigkeiten der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden und über die in den Verordnungen festgelegten Verfahren veröffentlichen. In diesem Bericht soll sie insbesondere Folgendes bewerten:

- die Angleichung der Aufsichtsverfahren,
- das Funktionieren der Aufsichtskollegien,
- Fortschritte bei der Angleichung in den Bereichen Krisenprävention, -management und -bewältigung, einschließlich Finanzierungsmechanismen,

- die Rolle der Europäischen
 Finanzaufsichtsbehörden im Hinblick auf systemische Risiken, und
- die Anwendung des Widerspruchsrechts der Mitgliedstaaten bei haushaltspolitischen Auswirkungen.

In dem Bericht soll u. a. auch geprüft werden, ob es erforderlich ist, die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden an einem Standort zusammenzuführen oder die Architektur des Europäischen Finanzaufsichtssystems zu vereinfachen, um eine noch stärkere Verzahnung zu ermöglichen.

Daneben soll die Kommission in einem jährlichen Bericht bewerten, ob den Europäischen Finanzaufsichtsbehörden direkte Aufsichtsbefugnisse über Finanzinstitute oder Infrastrukturen mit europaweiten Bezügen übertragen werden sollen.

2 Bewertung

Das Bundesministerium der Finanzen begrüßt sehr, dass es gelungen ist, in diesem wichtigen Dossier zwischen dem Rat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament eine Einigung zu erzielen. Durch die gefundene Einigung wird nun sichergestellt, dass zum 1. Januar 2011 europäische Aufsichtsstrukturen geschaffen werden, die einen Beitrag zur Sicherung der Finanzstabilität und zur Verbesserung der Qualität und Kohärenz der Aufsicht in der EU leisten werden.

Auf europäischer Ebene wird damit ein wichtiger Schritt unternommen, die Finanzaufsicht in Europa zu stärken und besser zu verzahnen. Dies ist ein zentrales Element für die Stabilität des gesamten Finanzsystems und für mehr Kontrolle auf den Finanzmärkten. Das Vorhaben steht in einer Linie mit dem G20-Beschluss, einen

DIE REFORM DER EUROPÄISCHEN FINANZAUFSICHTSSTRUKTUREN

stärkeren, global konsistenteren Aufsichts- und Regulierungsrahmen für den Finanzsektor aufzubauen.

3 Weiterer Zeitplan und Ausblick

Die neuen Strukturen werden zum 1. Januar 2011 ihre Arbeit aufnehmen. Gegenwärtig laufen daher bei den bestehenden Ausschüssen der Aufseher CESR, CEBS und CEIOPS die administrativen Vorbereitungen auf Hochtouren. Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesen Prozess insbesondere als Sitzstaat der EIOPA eingebunden. Mit dieser EU-Behörde wird Deutschland in den kommenden Monaten ein Sitzabkommen abschließen, das Regelungen hinsichtlich der Unterbringung und Ausstattung der EIOPA sowie die

speziellen Vorschriften für das Personal der Behörde festlegt.

In den nächsten Jahren werden die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden durch die Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben die Zusammenarbeit der nationalen Aufseher intensivieren und ein einheitliches Aufsichtshandeln sicherstellen. Mit der Entwicklung technischer Standards werden die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden einen Beitrag zur Schaffung eines einheitlichen Regelwerks im Finanzsektor in der EU leisten. Dabei wird - wie bereits die Überprüfungsklausel zeigt - mit dem neuen europäischen Aufsichtsrahmen ein evolutionäres Modell geschaffen, das Raum für die Weiterentwicklung der europäischen Aufsichtsstrukturen in der Zukunft lässt.

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern

Zweite Sitzung des Stabilitätsrates am 15. Oktober 2010

1	Einleitung	48
	Verfahren der Haushaltsüberwachung	
3	Ergebnisse der Haushaltsüberwachung 2010	50
3.1	Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage	50
	Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung	
	Evaluierung der Haushaltslage von Bremen, Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein	
4.1	Grundlagen der Prüfung	55
4.2	Einrichtung des ersten Evaluationsausschusses	56
4.3	Verfahren der Prüfung	56
	Zusammenfassung	

- Der Stabilitätsrat hat in seiner zweiten Sitzung am 15. Oktober 2010 die Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder aufgenommen. Grundlage der Haushaltsüberwachung sind die Stabilitätsberichte, die der Bund und die Länder vorgelegt haben.
- In den Stabilitätsberichten werden die Entwicklungen der relevanten Kennziffern Struktureller Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungsquote, Schuldenstand und Zins-Steuer-Quote – für die Jahre 2008 bis 2014 dargestellt sowie eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung vorgelegt.
- Der Stabilitätsrat hat festgestellt, dass in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage bestehen. Zur weiteren Prüfung hat der Stabilitätsrat einen Evaluationsausschuss eingesetzt.

1 Einleitung

Der Stabilitätsrat ist am 15. Oktober 2010 zu seiner zweiten Sitzung in Berlin unter dem Vorsitz von Staatssekretär Werner Gatzer – in Vertretung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble – und dem Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz, Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum (Berlin), zusammengetreten. Die Errichtung des Stabilitätsrates geht zusammen mit der Einführung der Schuldenbremse auf die Föderalismusreform II zurück. Dem Stabilitätsrat gehören die Finanzminister des Bundes und der Länder sowie der Bundeswirtschaftsminister an. In seiner

zweiten Sitzung hat der Stabilitätsrat die Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder gemäß Art. 109a Grundgesetz aufgenommen. Ziel der Haushaltsüberwachung ist es, drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können.¹

¹Die Beschlüsse und Beratungsunterlagen des Stabilitätsrates, einschließlich der von Bund und Ländern vorgelegten Stabilitätsberichte und Haushaltskennziffern, sind auf der Webseite www.stabilitaetsrat.de veröffentlicht.

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Im zweiten Abschnitt dieses Beitrags wird das Verfahren der Haushaltsüberwachung im Stabilitätsrat überblicksartig dargestellt. Anschließend werden im dritten Abschnitt die zentralen Ergebnisse der Haushaltsüberwachung im Jahr 2010 zusammengefasst. Im Einzelnen werden die Kennziffern des Bundes und der Länder sowie die Ergebnisse der Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung vorgestellt. Im vierten Abschnitt werden das Verfahren zur Prüfung einer drohenden Haushaltsnotlage und die Arbeitsweise des neu eingesetzten Evaluationsausschusses erläutert.

2 Verfahren der Haushaltsüberwachung

Grundlage der Haushaltsüberwachung im Stabilitätsrat sind die Stabilitätsberichte, die der Bund und die Länder dem Stabilitätsrat spätestens bis Mitte September jedes Jahres vorlegen müssen. Im Zentrum der Stabilitätsberichte stehen einerseits die Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage und andererseits die Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung auf Basis einheitlicher Annahmen.

Das zentrale Element der laufenden Haushaltsüberwachung durch den Stabilitätsrat bildet das Kennziffernsystem. Es umfasst die vier Kennziffern Struktureller Finanzierungssaldo, Kreditfinanzierungsquote, Zins-Steuer-Quote und Schuldenstand (vergleiche Monatsbericht des BMF Mai 2010). Der Bund und die Länder weisen diese Kennziffern in ihren Stabilitätsberichten grundsätzlich für einen Zeitraum von sieben Jahren aus. Dabei werden zwei Zeiträume unterschieden: der Zeitraum der aktuellen Haushaltslage, der die Ist-Werte der zwei vorangegangenen Jahre und die Haushaltsplanungen des laufenden Jahres umfasst, sowie der Zeitraum der Finanzplanung, der die aktuellen Entwürfe für das folgende Jahr sowie die weiteren Ansätze der Finanzplanung beinhaltet.

Für jede der vier Kennziffern hat der Stabilitätsrat Schwellenwerte beschlossen, deren Überschreitung auf eine Auffälligkeit hinweist. Wenn mindestens zwei Schwellenwerte in einem der beiden Zeiträume überschritten werden, gilt eine Kennziffer in diesem Zeitraum als auffällig. Wenn mindestens drei von vier Kennziffern in einem Zeitraum auffällig sind, gilt der Zeitraum insgesamt als auffällig. Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage liegen vor, wenn mindestens einer der beiden Zeiträume auffällig ist. In diesem Fall leitet der Stabilitätsrat grundsätzlich die Evaluation der Haushaltslage der betroffenen Gebietskörperschaft ein.

Die Schwellenwerte des Bundes ergeben sich bei den Kennziffern Kreditfinanzierungsquote, Schuldenstand und Zins-Steuer-Quote jeweils durch den gleitenden Durchschnitt der letzten fünf Jahre zuzüglich 8 Prozentpunkte. Bei der Kennziffer Struktureller Finanzierungssaldo werden ab dem Jahr 2011 als Schwellenwerte die Obergrenzen des grundgesetzlich vorgegebenen Abbaupfads bis 2016 zuzüglich 50 € je Einwohner herangezogen. Bis zum Jahr 2010 weist die Kennziffer noch die Nettokreditaufnahme des Bundes aus, die analog zur Maßgabe der bis 2010 geltenden investitionsbezogenen Regel des ehemaligen Art. 115 Grundgesetz – der Höhe der Investitionen gegenübergestellt wird.

Die Schwellenwerte der Länder für den Zeitraum der aktuellen Haushaltslage werden in Bezug zum Länderdurchschnitt ermittelt (vergleiche Tabelle 1). Damit kann identifiziert werden, wie die relative Position eines Landes im Verhältnis zur Ländergesamtheit ist. Wenn ein Land dauerhaft und unabhängig vom konjunkturellen Verlauf bei der Mehrzahl der Kennziffern erheblich schlechter als der Länderdurchschnitt abschneidet, liegen Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage vor. Bei den Kennziffern der Länder im Zeitraum der Finanzplanung ist zur Ermittlung der Schwellenwerte die Bildung eines jahresbezogenen Länderdurchschnitts nicht sachgerecht, weil die Finanzpläne in

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgestellt werden und daher auf einem abweichenden Informationsstand bezüglich der konjunkturellen Entwicklung und der erwarteten Steuereinnahmen basieren. Aus diesem Grund werden die Schwellenwerte im Finanzplanungszeitraum aus den Schwellenwerten des laufenden Jahres abgeleitet.

Neben den Kennziffern enthalten die Stabilitätsberichte eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung auf der Basis einheitlicher Annahmen. Während die Überschreitung der Schwellenwerte der Kennziffern auf eine aktuell drohende Haushaltsnotlage hinweist, soll die Projektion gegebenenfalls eine entsprechende zukünftige Entwicklung aufzeigen. Die Gebietskörperschaften müssen in den Berichten eine "Standardprojektion" der Haushaltsentwicklung vorlegen. Darüber hinaus kann eine eigene Projektion dargestellt werden. Im Rahmen der "Standardprojektion" wird ermittelt, bei welcher Ausgabenrate bis zum Ende des Projektionszeitraums unter einheitlichen Annahmen zur Einnahmenentwicklung eine Überschreitung des Schwellenwerts der Kennziffer Schuldenstand gerade noch vermieden wird. Die ermittelten Zuwachsraten der Ausgaben werden am Länderdurchschnitt gemessen (vergleiche für eine ausführliche Darstellung zur Methodik der Projektion den Monatsbericht des BMF Mai 2010). Das Ergebnis wird anschließend einer qualitativen

Bewertung durch den Stabilitätsrat unterzogen.

3 Ergebnisse der Haushaltsüberwachung 2010

Der Bund und die Länder haben in ihren Stabilitätsberichten 2010 die Kennziffern zur Haushaltsüberwachung für den Zeitraum der aktuellen Haushaltslage (2008 bis 2010) und für den Zeitraum der Finanzplanung (2011 bis 2014) dargestellt sowie die Ergebnisse der Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung für die Ausgangsjahre 2009 und 2010 vorgelegt.

3.1 Kennziffern zur Beurteilung der Haushaltslage

Die Kennziffern des Bundes und der Länder im betrachteten Zeitraum von 2008 bis 2014 spiegeln die Entwicklung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise – vom Vorkrisenjahr 2008 über den Höhepunkt der Krise 2009/10 bis zu ihrem absehbaren Ende – wider. Die hohen Steuerausfälle der Jahre 2009 und 2010 und der damit einhergehende Anstieg der Neuverschuldung treffen sowohl den Bund als auch die Länder.

Kennziffern des Bundes

Beim Bund (vergleiche Tabelle 2) ist die Kennziffer Struktureller Finanzierungssaldo im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage auffällig. Zudem überschreitet die Kennziffer

Tabelle 1: Schwellenwerte für die Länder

Kennziffer	Aktuelle Haushal	tslage (2008 bis 20	Finanzpl	011 bis 2014)		
Remizmen		Flächenländer	Stadtstaaten		Flächenländ	der und Stadtstaaten
Finanzierungssaldo	Länderdurchschnitt abzgl.	200 € je	Einw.	Schwellenwert 2010 abzgl.	100	€ je Einw.
Kreditfinanzierungsquote	Länderdurchschnitt zzgl.	3 Prozent	punkte	Schwellenwert 2010 zzgl.	4	Prozentpunkte
Zins-Steuer-Quote	Länderdurchschnitt	140%	150%	Schwellenwert 2010 zzgl.	1	Prozentpunkt
Schuldenstand	Länderdurchschnitt je Einw.	130% 220%		Schwellenwert 2010 zzgl.	200	€ je Einw. und Jahr

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Kreditfinanzierungsquote in den Jahren 2010 und 2011 den Schwellenwert. Bei den übrigen Kennziffern Zins-Steuer-Quote und Schuldenstand gibt es beim Bund keine Auffälligkeiten. Insgesamt betrachtet liegen beim Bund somit keine Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage vor.

Der krisenbedingte Anstieg der Nettoneuverschuldung des Bundes schlägt sich erkennbar in den Kennziffern Struktureller Finanzierungssaldo und Kreditfinanzierungsquote nieder. Sowohl 2009 als auch 2010 überschreitet die Nettokreditaufnahme die Höhe der Investitionen. Damit wird die Kennziffer Struktureller Finanzierungssaldo auffällig, die - wie dargestellt - bis 2010 analog zur Regelung des ehemaligen Art. 115 Grundgesetz definiert ist. Die Kreditfinanzierungsquote stieg entsprechend von 3,9 % im Jahr 2008 auf 11,1% im Jahr 2009 (Ist-Wert) und 24,9% im Jahr 2010 (Soll-Wert). Ab 2011 wird der Bund die Kreditfinanzierungsquote gemäß den Vorgaben der Schuldenregel im Grundgesetz schrittweise bis auf 7,5 % im Jahr 2014 abbauen.

Mit der hohen Neuverschuldung geht auch eine Verschlechterung der Kennziffern Zins-

Steuer-Quote und Schuldenstand einher. Die Zins-Steuer-Quote steigt von 16,8 % im Jahr 2008 (Ist-Wert) auf 17,2 % im Jahr 2010 (Soll-Wert), während sich die Schuldenstandsquote von 37,2 % des BIP im Jahr 2008 (Ist-Wert) auf 43,3 % des BIP im Jahr 2010 (Soll-Wert) erhöht. Da auch in den Jahren des Finanzplanungszeitraums bis 2014 weiterhin eine Nettoneuverschuldung (wenn auch mit fallender Tendenz) vorgesehen ist, wird die Schuldenstandsquote des Bundes gegenüber dem aktuellen Wert weiter bis auf etwa 45 % steigen.

Die im November 2010 aktualisierte BMFProjektion des öffentlichen Gesamthaushalts
zeigt, dass der Bundeshaushalt für das Jahr
2010 mit einem um 30 Mrd. € geringeren
Defizit rechnen kann als noch im
Haushaltsplan angenommen. Danach dürfte
das Defizit circa 49 ½ Mrd. € betragen. Dies ist
vor allem auf die dynamische wirtschaftliche
Erholung zurückzuführen. In den Kennziffern,
die dem Stabilitätsrat vorgelegt wurden, ist die
erwartete Verbesserung nicht abgebildet. Die
Aufgabe der strukturellen Konsolidierung des
Bundeshaushalts bleibt dennoch immens.

Tabelle 2: Kennziffern des Bundes zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung im Stabilitätsrat (Berichtsjahr 2010)

		Aktı	ielle Haushalts	lage	Finanzplanung				
BUND		Ist	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplan	Finanzplan	Finanzplan	
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Struktureller Finanzierungssaldo ¹	Mrd. € / € je	11,5	34,1	80,2	-545	-423	-387	-289	
Schwellenwert	Einw.	24,3	27,1	28,3	-595	-473	-437	-339	
Kreditfinanzierungsquote	in%	3,9	11,1	24,9	18,3	12,8	10,3	7,5	
Schwellenwert		19,7	17,5	16,6	16,6	16,6	16,6	16,6	
Zins-Steuer-Quote	in%	16,8	16,2	17,2	15,8	15,2	16,8	18,8	
Schwellenwert	111 /0	26,7	26,2	25,6	25,6	25,6	25,6	25,6	
Schuldenstand	in % d. BIP	37,2	40,5	43,3	44,9	45,2	45,1	44,7	
Schwellenwert		45,2	45,7	46,6	46,6	46,6	46,6	46,6	

¹ In den Jahren 2008 bis 2010 weist die Kennziffer die Nettokreditaufnahme und der Schwellenwert die Höhe der Investiven Ausgaben analog zur investitionsbezogenen Regel des alten Artikel 115 GG aus (in Mrd. €).

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Entwicklung in den Ländern

Auch in den Länderhaushalten haben sich die krisenbedingten Steuerausfälle und Mehrausgaben erkennbar niedergeschlagen (vergleiche Tabelle 3). Die Ländergesamtheit erzielte noch im Jahr 2008 einen (um finanzielle Transaktionen bereinigten) Strukturellen Finanzierungsüberschuss von + 68 € je Einwohner. Im Jahr 2010 sehen dagegen die Haushaltspläne der Länder insgesamt ein Strukturelles Finanzierungsdefizit von – 375 € je Einwohner vor. Entsprechend verschlechterte sich die Kreditfinanzierungsquote der Ländergesamtheit von 0,5 % im Jahr 2008 (Ist-Wert) auf 8,7% im Jahr 2010 (Soll-Wert). Die Zins-Steuer-Quote aller Länder zusammen steigt von 10,0 % im Jahr 2008 (Ist-Wert) auf 11,3 % im Jahr 2010 (Soll-Wert), während sich gleichzeitig der Schuldenstand der Ländergesamtheit je Einwohner von 6 006 € im Jahr 2008 (Ist-Wert) auf 6 587 € im Jahr 2010 (Soll-Wert) erhöht.

Für die Haushaltsüberwachung im Stabilitätsrat ist jedoch weniger die Entwicklung der Kennziffern der Ländergesamtheit maßgeblich. Um zu identifizieren, ob in einem einzelnen Land eine drohende Haushaltsnotlage vorliegt, ist die relative Position des Landes gegenüber dem Länderdurchschnitt zu untersuchen.

Die Kennziffernanalyse zeigt, dass einige Länder lediglich bei einzelnen Kennziffern in wenigen Jahren den Schwellenwert überschreiten, ohne aber insgesamt Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage aufzuweisen. Beispielsweise ist dies bei der Kreditfinanzierungsquote im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage in den Ländern Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz der Fall. In Hamburg gibt es zudem einzelne Überschreitungen bei den Kennziffern Finanzierungssaldo und Schuldenstand. Sachsen-Anhalt überschreitet im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage die Schwellenwerte der Kennziffern Schuldenstand und

Zins-Steuer-Quote, ohne aber bei der Kreditfinanzierungsquote und dem Finanzierungssaldo auffällig zu sein. Sachsen-Anhalt ist damit das einzige Empfängerland von Konsolidierungshilfen gemäß Art. 143d Abs. 2 Grundgesetz, bei dem der Stabilitätsrat keine Anzeichen einer drohenden Haushaltsnotlage festgestellt hat.

Bei den anderen vier
Konsolidierungshilfenländern Berlin,
Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein
hat der Stabilitätsrat auf der Grundlage der
Kennziffern festgestellt, dass Anzeichen
für eine drohende Haushaltsnotlage
bestehen. In allen vier Ländern ist der
Zeitraum der aktuellen Haushaltslage bei
mindestens drei Kennziffern auffällig. In
Bremen und im Saarland ist zudem auch
der Finanzplanungszeitraum bei allen vier
Kennziffern auffällig.

Alle vier Länder überschreiten bei den Kennziffern Zins-Steuer-Quote und Schuldenstand den jeweiligen Schwellenwert in nahezu jedem Jahr des Berichtszeitraums (Ausnahme: Schleswig-Holstein bei der Zins-Steuer-Quote in den Jahren 2008 und 2011). Damit wird die aus der Vergangenheit resultierende überdurchschnittlich hohe Verschuldungslast deutlich, die von den Ländern zu tragen ist. Bei einem Schuldenstand von 6 250 € je Einwohner im Länderdurchschnitt 2009 verzeichnete Bremen 24 256 €, Berlin 17 140 €, das Saarland 10 304 € und Schleswig-Holstein 8 545 € je Einwohner. Die Zins-Steuer-Quote betrug 2009 im Länderdurchschnitt 10,1%, in Bremen dagegen 22,7%, im Saarland 19,1%, in Berlin 16,2% und in Schleswig-Holstein 14,9%.

Differenzierter ist das Bild bei den Kennziffern Struktureller Finanzierungssaldo und Kreditfinanzierungsquote. Der Strukturelle Finanzierungssaldo ist nur in Bremen und im Saarland, nicht aber in Berlin und in Schleswig-Holstein auffällig. Bei der Kreditfinanzierungsquote sind dagegen alle vier Länder im Zeitraum der aktuellen Haushaltslage auffällig, im

Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern

Finanzplanungszeitraum wiederum nur Bremen und das Saarland, nicht aber Berlin und Schleswig-Holstein. Beispielsweise wiesen bei einer durchschnittlichen Kreditfinanzierungsquote der Länder im Jahr 2009 von 5,8 % das Saarland 24,9 %, Bremen 23,8 %, Berlin 13,2 % und Schleswig-Holstein 11,3 % auf. Das durchschnittliche Finanzierungsdefizit der Länder je Einwohner im Jahr 2009 betrug – 403 €, wobei

Tabelle 3: Kennziffern der Länder zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung im Stabilitätsrat (Berichtsjahr 2010)

				Finanzieru	ngssaldo in € je	Einwohner			
	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2008	152	291	59	-119	187	-21	-55	-34	-406
2009	-77	-35	-78	-395	166	-281	-275	-301	-803
2010	-223	-279	-254	-530	-146	-380	-353	-524	-710
2011	-246	-277	-237	-422	-125	-373	-348	-431	-646
2012	-80	-172	-110	-342	-81	-313	-337	-277	-554
2013	-19	-131	-45	-247	-115	-250	-325	-227	-477
2014			35	-152	-97	-183		-226	
	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länderdurch- schnitt	Schwellen wert
2008	465	73	-91	133	69	-674	163	68	-132
2009	82	-40	-354	-127	-361	-1 286	-389	-203	-403
2010	97	-303	-587	-424	-772	-1 507	-956	-375	-575
2011	139	-227	-505	-244	-749	-1 417	-727		-675
2012	188	-205	-434	-142	-613	-1 312	-665		-675
2013	183	-144	-367	45	-510	-1 193	-439		-675
2014	177	-26	-292		-413	-1 073	-360		-675
				Kreditf	inanzierungsqu	ote in %			
	Baden- Württemberg	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2008	-2,3	-1,3	0,1	2,7	-1,1	1,6	2,1	4,7	13,8
2009	-1,4	-1,2	2,0	11,8	1,2	9,7	9,2	9,0	24,9
2010	6,8	-0,6	4,2	14,9	-0,2	9,3	11,8	13,9	21,8
2011	5,1	-0,7	4,6	12,6	-0,2	8,1	11,5	11,0	19,9
2012	2,3	-0,9	3,1	10,2	-0,2	6,5	10,8	7,5	17,2
2013	1,0	-1,0	1,5	7,4	-0,3	5,1	10,2	5,9	15,5
2014			-0,7	4,7	-0,3	3,6		5,7	
	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länderdurch- schnitt	Schwellen wert
2008	-4,0	-0,5	5,7	-0,3	-2,3	12,1	-1,0	0,5	3,5
2009	-3,1	0,9	11,3	0,7	13,2	23,8	7,3	5,8	8,8
2010	-3,8	7,2	16,4	8,3	12,6	23,1	16,0	8,7	11,7
2011	-4,7	5,2	17,4	6,5	12,2	21,7	7,1		15,7
2012	-5,0	2,1	14,1	4,2	9,3	19,5	6,2		15,7
2013	-4,4	-0,6	11,5	-0,6	8,2	17,5	6,2		15,7
		-2,4	8,9		6,6	15,7	6,4		15,7

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

noch Tabelle 3: Kennziffern der Länder zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung im Stabilitätsrat (Berichtsjahr 2010)

			•			•		•		
					Zins-Steuer	-Quote in %				
	Baden- Württem- berg	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen
2008	7,3	3,1	12,6	9,3	9,8	11,4	11,4	12,3	17,3	4,4
2009	6,7	3,1	11,7	10,0	10,0	12,0	11,6	13,0	19,1	5,0
2010	8,2	4,2	13,1	11,1	10,8	11,1	11,7	14,1	21,5	5,2
2011	8,8	4,8	12,8	11,5	11,4	12,4	12,6	12,1	21,4	4,9
2012	8,5	5,0	12,4	11,6	11,7	13,1	13,2	12,7	22,7	5,6
2013	7,3	4,8	11,9	11,7	11,9	12,8	13,6	13,2	22,6	5,5
2014			11,9	12,0	11,7	12,3		13,5		5,4
	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder- durch- schnitt	Schwellen- wert Flä- chenländer	Schwellen- wert Stadt- staaten	
2008	15,9	13,7	11,5	15,6	20,0	11,6	10,0	13,9	14,9	
2009	14,7	14,9	11,7	16,2	22,7	11,7	10,1	14,2	15,2	
2010	15,2	18,1	12,9	17,8	24,7	13,6	11,3	15,8	16,9	
2011	15,4	16,3	13,4	18,4	23,9	13,7		16,8	17,9	
2012	16,7	17,3	13,4	18,6	24,6	14,1		16,8	17,9	
2013	16,3	18,6	13,6	18,4	25,0	14,4		16,8	17,9	
2014	15,8	18,9		17,7	24,4	14,6		16,8	17,9	
				:	Schuldenstand i	n € je Einwoh	nner			
	Baden- Württem- berg	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachser
2008	3 878	2 601	6773	5 034	5 927	6 3 0 1	6322	6 3 6 9	9 184	2 849
2009	3 879	2 606	6929	5 5 1 3	5 9 7 9	6 477	6734	6711	10 304	2 392
2010	4 125	2 606	7 188	6 0 7 0	5 9 7 9	6 766	7 109	7 297	11 074	2 3 7 4
2011	4319	2 671	7387	6 5 3 6	5 9 7 9	7 012	7 482	7 685	11 607	2 356
2012	4 426	2 671	7526	6 932	5 9 7 9	7 2 1 3	7 849	8 098	11 961	2 338
2013	4 500	2 671	7 606	7 237	5 9 7 9	7 3 7 0	8 210	8 493	12 251	2 320
2014			7 605	7 451	5 9 7 9	7 484		8 892		2 302
	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder- durch- schnitt	Schwellen- wert Flä- chenländer	Schwellen- wert Stadt- staaten	
2008	8 259	7 891	6724	16 340	23 085	12 223	6 006	7 808	13 213	
2009	8 368	8 545	6 9 5 9	17 140	24 256	12 733	6 2 5 0	8 125	13 751	
	0.000	9 104	7 3 2 3	17 959	25 839	13 748	6 5 8 7	8 563	14 491	
2010	8 680									
	8 908	9 680	7 592	18 757	28 659	14482		8 763	14 691	
2011	_		7 592 7 758	18 757 19 370	28 659 29 847	14 482		8 763 8 963	14 691	
2010 2011 2012 2013	8 908	9 680								

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

Bremen – 1286 € und das Saarland – 803 € verzeichneten, während Berlin – 361 € und Schleswig-Holstein – 354 € erzielen konnten.

3.2 Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung

Für den Bund bildet die erstmalig erstellte Projektion die Basis für die künftige Überprüfung der Ausgabenzuwachsraten im Hinblick auf das Ziel der Stabilisierung der Schuldenstandsquote. Die Modellrechnung auf Basis des Abbaupfades der Schuldenbremse ergibt für das Jahr 2016 eine Schuldenstandsquote des Bundes von 43,7% des BIP. Auf Basis des Projektionsverfahrens resultiert eine jahresdurchschnittliche Ausgabenzuwachsrate für den Zeitraum 2009 bis 2016 von 0.15 % und für den Zeitraum 2010 bis 2017 von 0,49 %. Mit diesen Zuwachsraten wird eine drohende Haushaltsnotlage im Sinne der Modellrechnung gerade noch vermieden. Sie sind nur im Modellzusammenhang zu interpretieren und stellen keine konkrete Zielmarke für die tatsächliche Finanzpolitik dar. Diese durchschnittlichen Ausgabenzuwachsraten dienen als Referenzmaßstab für die Bewertung der Haushaltslage des Bundes in den folgenden Jahren.

Auch für die Länder beträgt der Projektionszeitraum sieben Jahre, die Rechnungen werden ebenfalls auf Grundlage der Haushaltsergebnisse 2009 und der Haushaltsansätze 2010 durchgeführt. Wenn die Zuwachsraten eines Landes in beiden Projektionsrechnungen den Durchschnitt aller Länder um mehr als 3 Prozentpunkte unterschreiten, wird zunächst von einem Hinweis auf eine drohende Haushaltsnotlage ausgegangen, da dies eine relativ schlechtere Ausgangslage aufzeigt. Die Ergebnisse der Projektionsrechnungen der Länder zeigen für Bremen, das Saarland und Berlin auffällige Werte, die den Schwellenwert verletzen. Da Bremen und das Saarland in der mittelfristigen Projektion für beide Zeiträume den Schwellenwert nicht einhalten, verstärken sich die Hinweise auf eine drohende Haushaltsnotlage in beiden Ländern.

4 Evaluierung der Haushaltslage von Bremen, Berlin, Saarland und Schleswig-Holstein

Aufgrund der Ergebnisse der kennzifferngestützten Analyse und der Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung hat der Stabilitätsrat in seiner zweiten Sitzung am 15. Oktober 2010 einen Evaluationsausschuss zur vertieften Prüfung der Haushaltslage in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein eingerichtet. Darüber hinaus wurde ein Eckpunktepapier beschlossen, das – neben dem Stabilitätsratsgesetz und der Geschäftsordnung – die Arbeitsgrundlage des Evaluationsausschusses bildet.

4.1 Grundlagen der Prüfung

Das Stabilitätsratsgesetz sieht die vertiefte Prüfung der Haushaltslage des Bundes oder eines Landes vor, wenn die kennzifferngestützte Analyse oder die Projektion auf eine drohende Haushaltsnotlage hinweisen. Der Stabilitätsrat hat die vorbereitende Prüfung auf einen Evaluationsausschuss übertragen, dem der Bund und vier Länder auf Staatssekretärsebene angehören. Die personelle Zusammensetzung wird durch Beschluss des Stabilitätsrates festgelegt. Bis zu seiner nächsten Sitzung wird der Ausschuss dem Stabilitätsrat einen Bericht und eine Beschlussempfehlung vorlegen, ob in den betroffenen Gebietskörperschaften eine Haushaltsnotlage droht. Sofern der Stabilitätsrat auf der Grundlage des Berichts eine drohende Haushaltsnotlage für einzelne Gebietskörperschaften feststellt, wird der Evaluationsausschuss Sanierungsprogramme mit den Betroffenen vorbereiten.

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

4.2 Einrichtung des ersten Evaluationsausschusses

In der Sitzung am 15. Oktober 2010 hat der Stabilitätsrat den ersten Evaluationsausschuss eingerichtet, der die Haushaltslage von Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein überprüft. Der Bund, Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sind Mitglieder des Evaluationsausschusses. Die zu überprüfenden Länder nehmen an den Sitzungen des Evaluationsausschusses teil. Bis zur nächsten Sitzung des Stabilitätsrates im Mai 2011 wird der Evaluationsausschuss die Haushaltslage der vier Länder prüfen und dem Stabilitätsrat eine Beschlussempfehlung geben.

4.3 Verfahren der Prüfung

Die kennzifferngestützte Beurteilung der Haushaltslage auf der ersten Stufe des Haushaltsüberwachungsverfahrens basiert auf finanzwirtschaftlichen Indikatoren, die ein hohes Maß an Vergleichbarkeit zwischen den Gebietskörperschaften einer Ebene ermöglichen. Mit dem strukturellen Finanzierungssaldo und der Nettokreditaufnahme werden zudem wesentliche haushaltspolitische Steuerungsgrößen herangezogen. Die Kennziffern Schuldenstand und Zins-Steuer-Quote erfassen die finanzpolitische Entwicklung der Vergangenheit. Diese Kennziffern können damit ein umfassendes Bild der Haushaltslage wiedergeben.

Das Haushaltsüberwachungsverfahren ist so ausgestaltet, dass die schematische Beurteilung der Haushaltslage anhand von Kennziffern und Projektion auf der ersten Stufe durch eine Einzelfallprüfung auf der zweiten Stufe ergänzt wird. Dabei können Besonderheiten der Haushalte Berücksichtigung finden, die nicht durch die kennzifferngestützte Analyse erfasst werden. Der Evaluationsausschuss geht als Arbeitshypothese davon aus, dass die Kennziffern sachgerecht auf eine drohende Haushaltsnotlage hinweisen

und prüft, ob diese Arbeitshypothese widerlegt werden kann. Zunächst werden mögliche Argumente benannt, die einer drohenden Haushaltsnotlage entgegenstehen könnten. Sowohl die betroffene Gebietskörperschaft als auch die Mitglieder des Evaluationsausschusses können dabei Argumente vorbringen. Mögliche Argumente sind beispielsweise Einmaleffekte, die im Kennziffernsystem zur Auffälligkeit führen; ein positiver Trend in der zeitlichen Entwicklung der Kennziffernwerte; beschlossene Sanierungsmaßnahmen, die sich noch nicht in den Kennziffern niederschlagen; die Berücksichtigung der Finanzsituation der kommunalen Ebene bei den Ländern beziehungsweise der Sozialversicherungen beim Bund und die fehlende Berücksichtigung der Nettokreditaufnahme ausgegliederter Bereiche.

Die Argumente werden vom
Evaluationsausschuss geprüft und bewertet,
ob sie in einer Gesamtschau hinreichend
gewichtig sind, um der Arbeitshypothese
zu widersprechen. Die Mitglieder des
Evaluationsausschusses legen dem
Stabilitätsrat einen Bericht mit einer
entsprechenden Beschlussempfehlung vor.
Auf seiner nächsten Sitzung befindet der
Stabilitätsrat darüber, ob der jeweiligen
Gebietskörperschaft eine Haushaltsnotlage
droht.

Die Föderalismusreform II sieht die Gewährung von Konsolidierungshilfen für fünf Länder vor, die sich zu einem schrittweisen Abbau ihres strukturellen Defizits bis 2020 verpflichten müssen. Diesen Ländern werden Hilfen in Höhe von insgesamt 800 Mio. € jährlich von 2011 bis 2019 gewährt, um ihnen die Einhaltung der neuen Schuldenregel gemäß Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz ab 2020 zu ermöglichen. Die Schuldenregel sieht vor, dass die Haushalte der Länder grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Dabei können im Auf- und Abschwung symmetrisch konjunkturelle Auswirkungen berücksichtigt werden. Berlin, Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein

HAUSHALTSÜBERWACHUNG VON BUND UND LÄNDERN

erhalten Konsolidierungshilfen und sind im Haushaltsüberwachungsverfahren des Stabilitätsrats dem dargestellten Evaluationsprozess zu unterziehen.

Wenn der Stabilitätsrat auf Vorlage der Beschlussempfehlung des Evaluationsausschusses im Mai 2011 in einem oder mehreren der vier zu überprüfenden Länder eine drohende Haushaltsnotlage feststellt, vereinbart der Rat mit den betroffenen Ländern Programme zur Sanierung der Landeshaushalte. Durch die Vereinbarung von Sanierungsprogrammen mit dem Stabilitätsrat erhalten die betreffenden Länder politische Rückendeckung für ihre notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen.

5 Zusammenfassung

Mit der zweiten Sitzung des Stabilitätsrates am 15. Oktober 2010 hat die regelmäßige Haushaltsüberwachung des Bundes und der Länder begonnen. Ihr Ziel ist es, drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Grundlagen für die Beurteilung der Haushaltslage von Bund und Ländern sind eine kennzifferngestützte Analyse und eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung. Der Stabilitätsrat hat festgestellt, dass es in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage gibt. Zur umfassenden Prüfung, ob in den vier betreffenden Ländern eine Haushaltsnotlage droht, hat der Stabilitätsrat einen Evaluationsausschuss eingerichtet.

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

Bildungsfinanzbericht 2010¹

1	Vorbemerkung	58
	Hauptergebnisse des Bildungsfinanzberichts	
3	Ausblick: Zu den Bildungsausgaben des Bundes bis 2013	66

- Die Bildungsausgaben in Deutschland summierten sich 2008 auf 155 Mrd. €.
- 6,2 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts werden für Bildungsausgaben verwendet. Fast vier Fünftel der Bildungsausgaben werden durch die öffentliche Hand finanziert.
- Die öffentlichen Bildungsausgaben stiegen seit 1995 überproportional im Vergleich zum Gesamtetat. Die Bundesregierung erhöht in den Jahren 2010 bis 2013 die Ausgaben für Bildung und Forschung um 12 Mrd. €.

1 Vorbemerkung

Bund und Länder betrachten die Schaffung beziehungsweise den Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems als Schlüsselaufgabe für die Sicherung der Zukunft unseres Landes. Bildung beeinflusst nicht nur in einem wesentlichen Maße die Chancen des Individuums im Arbeits- und Privatbereich, sondern auch die Entwicklungschancen und die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften in einer globalisierten und wissensbasierten Weltwirtschaft. Für das Wachstum der Volkswirtschaften sind die Humanressourcen und die durch Forschung und Entwicklung gewonnenen Erkenntnisse zunehmend wichtiger. Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und individuelle Entwicklung wird in einem beträchtlichen Umfang von der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens beeinflusst. Der Beobachtung der Finanzausstattung des Bildungswesens messen deshalb Politik, Bildungsadministration und Wissenschaft eine große Bedeutung zu.

Nach Art. 91b Abs. 2 des Grundgesetzes haben Bund und Länder vereinbart, zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich zusammenzuwirken, entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten und Berichte in Auftrag zu geben. Um diese Aufgabe zu erfüllen, wird in Deutschland ein Bildungsmonitoring aufgebaut, das kontinuierlich datengestützte Informationen über Rahmenbedingungen, den Input, die Gestaltung, die Verläufe, die Ergebnisse und Wirkungen von Bildungsprozessen bereitstellt.

Da die adäquate Ausstattung des
Bildungswesens mit Finanzressourcen
von großer Bedeutung für dessen
Leistungsfähigkeit ist, hat das
Bundesministerium für Bildung und
Forschung im Einvernehmen mit der
Kultusministerkonferenz das Statistische
Bundesamt beauftragt, in den Jahren 2008 bis
2010 jährlich einen Bildungsfinanzbericht zu
erstellen.

Im Bildungsfinanzbericht 2010 werden, ausgehend vom umfassenderen Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, das einen Gesamtüberblick über die öffentlichen und privaten Ausgaben in diesen

Bildungsfinanzbericht als Teil des Bildungsmonitoring

¹ Der vollständige Bildungsfinanzbericht 2010 ist im Internetangebot des Statistischen Bundesamts www.destatis.de verfügbar.

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

Bereichen gibt, die wichtigsten verfügbaren Informationen zu den Bildungsausgaben zusammengefasst. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen aus Gründen der Steuerungsrelevanz insbesondere die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte.

Von besonderer Bedeutung für die Steuerungsrelevanz des Bildungsfinanzberichts ist die Aktualität der Ergebnisse. Deshalb wurden Informationen über die Haushaltsplanung zum laufenden Haushaltsjahr 2010 in den Bericht aufgenommen, da Informationen über die Ist-Ausgaben erst nach Abschluss des Haushaltsjahres in einer Gliederung nach Ausgabenbereichen vorliegen.

Bei der Erstellung des Bildungsfinanzberichts 2010 wurde das Statistische Bundesamt durch die Arbeitsgruppe "Bildungsfinanzbericht" beraten und unterstützt. Diesem Gremium gehören Vertreter der Bundes- und Landesministerien für Bildung und Wissenschaft, des Bundesministeriums für Finanzen, der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL), des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, der Wissenschaft und der statistischen Ämter an.

Datengestützte Analyse der Bildungsfinanzen

Beim Bildungsfinanzbericht handelt es sich um eine datengestützte Analyse der Bildungsfinanzen. Er ist eine objektive und neutrale Informationsquelle und enthält sich politischer Wertungen und Empfehlungen. Der Bericht richtet sich in erster Linie an politische Entscheidungsträger und Nutzer auf Bundes- und Länderebene sowie an die Bildungsadministration. Darüber hinaus sollen auch Informationsbedürfnisse der Wissenschaft und der Öffentlichkeit befriedigt werden.

Um eine kohärente Darstellung der statistischen Ergebnisse zu den Bildungsfinanzen sicherzustellen und Irritationen bei den Nutzern auszuschließen, ist eine enge Verzahnung des Bildungsfinanzberichts mit den anderen Publikationen und Datenlieferungen der amtlichen Statistik erforderlich. Vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach Daten, die eine Anschlussfähigkeit zu internationalen Statistiken bieten, werden Daten in internationaler Abgrenzung (Datenmeldung an UNESCO, OECD und Eurostat) in den Bildungsfinanzbericht einbezogen.

Definitionen der Bildungsausgaben

Bildungsprozesse finden in allen Lebensabschnitten, in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und außerhalb von Bildungseinrichtungen (z.B. in Jugendverbänden, Unternehmen, Verwaltungen, Freizeiteinrichtungen) statt. Dabei sind die Aufgaben und Leistungen der Bildungseinrichtungen unterschiedlich und teilweise mit Komplementärleistungen (z. B. Forschung und Entwicklung an Hochschulen) verbunden. Ein abgestimmtes, überschneidungsfreies und das gesamte Bildungswesen umfassendes System monetärer Statistiken, das unmittelbar Informationen über die Bildungsausgaben bereitstellt, gibt es daher nicht und wird es voraussichtlich auch in Zukunft nicht geben.

Um Aussagen über die Bildungsausgaben treffen zu können, sind Informationen aus verschiedenen Datenquellen heranzuziehen und zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Dies erfordert aufgrund der methodischen Unterschiede zwischen den Statistiken, der Lücken im System der monetären Bildungsstatistiken und des unterschiedlichen Zeitpunkts der Datenverfügbarkeit eine Vielzahl von Datenanpassungen, die teilweise nur mithilfe spezieller Schätz- und Fortschreibungsmethoden durchgeführt werden können. Die dabei angewandten Methoden werden in erster Linie vom Analysezweck bestimmt.

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

Im Mittelpunkt der monetären Analysen des Bildungswesens steht zum einen die Frage nach dem Gesamtwert der erbrachten Bildungsleistungen und der den Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel. Zum anderen interessiert, in welchem Umfang sich Bund, Länder und Gemeinden beziehungsweise Unternehmen und die privaten Haushalte an der Finanzierung der Bildung beteiligen. Die Analysen können für einzelne Bildungseinrichtungen, für Bildungsbereiche (z. B. Hochschulen) oder für das gesamte Bildungswesen durchgeführt werden. Sie können sich auf die Ausgaben für den Bildungsprozess beziehen, aber auch die Finanzierung der Lebenshaltungskosten der Bildungsteilnehmer berücksichtigen. Sie können sich auf das Bundesgebiet beziehen, aber auch auf einen Vergleich mit den Einrichtungen anderer Länder oder Staaten abzielen. Da das Bildungswesen der einzelnen Länder und Staaten unterschiedlich strukturiert ist und die Statistiksysteme unterschiedlich ausgestaltet sind, wurden diverse Ausgabenbegriffe und Abgrenzungen entwickelt, die dem jeweiligen Analyseziel unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Statistiken am ehesten entsprechen.

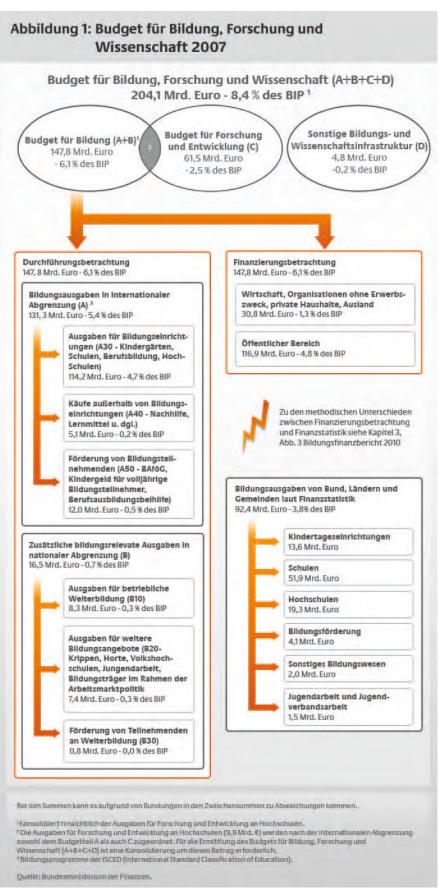
Für die monetäre Betrachtung der Gesamtleistung des Bildungswesens oder einzelner Bildungsbereiche stehen die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für Personal, Sachaufwand und Investitionen im Mittelpunkt. Da viele öffentliche Bildungseinrichtungen – insbesondere die öffentlichen Schulen – über keinen eigenständigen Haushalt oder kein eigenständiges Rechnungswesen verfügen, werden die Basisdaten den Haushaltsrechnungen von Bund, Ländern und Gemeinden entnommen, gegebenenfalls um bildungsfremde Leistungen bereinigt oder vervollständigt. Dies führt zu Abweichungen von den Basisstatistiken (Jahresrechnungsstatistik, Hochschulfinanzstatistik).

Für internationale Vergleiche sind die Bildungsausgaben entsprechend der methodischen Vorgaben der internationalen Organisationen abzugrenzen und nach ISCED-Stufen (International Standard Classification of Education) zu gliedern. Nach diesen Vorgaben sind u. a. auch die öffentlichen Ausgaben für Schülerbeförderung, die Ausgaben der Studentenwerke, Stipendien und dergleichen einzubeziehen. Für die allgemeine Verständlichkeit des Bildungsfinanzberichts wäre es optimal, wenn ein identischer Ausgabenbegriff in allen Kapiteln des Berichts angewendet würde. Dies ist jedoch nicht möglich, da für internationale Vergleiche eine Gliederung nach der ISCED erforderlich ist, während auf nationaler Ebene aus Gründen der Steuerungsrelevanz eine Gliederung nach Bildungsbereichen (z. B. Schule, Hochschule) oder Schul-beziehungsweise Hochschularten zweckmäßiger ist. Dennoch wurde das Bildungsbudget so gegliedert, dass im nationalen Bildungsbudget auch die Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung ablesbar sind (Abbildung 1).

Die öffentliche Hand finanziert rund vier Fünftel der Bildungsausgaben in Deutschland. Daher stehen die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden auch im Mittelpunkt des Bildungsfinanzberichts. Für die Steuerungsrelevanz von großer Bedeutung ist hier, dass die Informationen möglichst bis zum aktuellen Rand bereitgestellt und dass die Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten berücksichtigt werden. Die aktuellen Entwicklungen lassen sich – auch wegen der Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten – am besten auf der Basis der nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzten Bildungsausgaben darstellen.

Bei den Grundmitteln handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich). Sie zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mittel aus dem Finanzausgleich, Kreditmarktmittel,

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010



BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben des Aufgabenbereichs.

2 Hauptergebnisse des Bildungsfinanzberichts

Grundlage für die Darstellung der öffentlichen und privaten Ausgaben ist das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2007, wobei einzelne Daten für 2008 vorläufig berichtet werden, um größtmögliche Aktualität zu gewährleisten. Daneben werden die Bildungsausgaben von Bund und Ländern bis 2010 anhand der Haushaltsansatzstatistik nachgewiesen und die Ausgaben der Gemeinden für die Jahre 2008 bis 2010 fortgeschrieben.

Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft stieg von rund 204 Mrd. € (2007) auf rund 215 Mrd. € (2008)

In der Abgrenzung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft wurden im Jahr 2007 in Deutschland vom öffentlichen und privaten Bereich 204,1 Mrd. € für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben (Abbildung 1). Im Jahr 2008 waren es nach vorläufigen Berechnungen 215,3 Mrd. €. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt waren dies 8,4% im Jahr 2007 beziehungsweise 8,6% im Jahr 2008.

Bildungsbudget stieg von 147,8 Mrd. € im Jahr 2007 um rund 5 % auf 155,0 Mrd. € im Jahr 2008

Von den Gesamtausgaben des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft entfielen im Jahr 2007 insgesamt 147,8 Mrd. € auf das Bildungsbudget (einschließlich 9,9 Mrd. € für Forschung und Entwicklung an Hochschulen), 51,6 Mrd. € auf Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie 4,8 Mrd. € auf Museen, Fachinformationszentren und die sonstige Wissenschaftsinfrastruktur. Nach vorläufigen Berechnungen belief sich das Bildungsbudget 2008 auf 155,0 Mrd. €.

Trotz der Steigerung des Bildungsbudgets verringerte sich der Anteil der öffentlichen und privaten Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 6,8 % im Jahr 1995 auf 6,1% im Jahr 2007. Nach vorläufigen Berechnungen ist der Anteil 2008 auf 6,2 % gestiegen. Der Rückgang gegenüber 1995 ist in erster Linie auf Ausgabenkürzungen im Bereich der Weiterbildung und den relativ stärkeren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen.

Mehr als drei Viertel des Bildungsbudgets entfielen 2007/2008 auf formale Bildungseinrichtungen

Mit 114,2 Mrd. € entfielen mehr als drei Viertel des Bildungsbudgets im Jahr 2007 auf die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Schulen, Berufsbildung, Hochschulen). Nach vorläufigen Berechnungen wurden diese Ausgaben 2008 um 6,3 Mrd. € auf 120,5 Mrd. € gesteigert. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen betrugen 2007 und 2008 jeweils 5,1 Mrd. €. Für die Finanzierung des Lebensunterhalts von Bildungsteilnehmern in formalen Bildungsgängen stellten die öffentlichen Haushalte 2007 insgesamt 12,0 Mrd. € (2008: 12,3 Mrd. €) zur Verfügung (BAföG, Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmer). Für nonformale Angebote wie die betriebliche Weiterbildung, die Lehrerfortbildung und die sonstige Weiterbildung sowie für Horte, Krippen, Jugendarbeit und dergleichen wurden 2007 insgesamt 16,5 Mrd. € (2008: 17,1 Mrd. €) ausgegeben.

Rund vier Fünftel (116,9 Mrd. €) des Bildungsbudgets wurden in Deutschland durch die öffentliche Hand finanziert

Gemessen anhand des Bildungsbudgets werden in Deutschland 2007 rund vier Fünftel der Bildungsausgaben durch die öffentliche Hand finanziert. Die Mittel für das verbleibende Fünftel stammen von den

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck, Unternehmen sowie aus dem Ausland, Auf der Ebene der Bildungsbereiche zeigt sich, dass vor allem der Schul-und Hochschulbereich durch ein öffentlich finanziertes Bildungsangebot geprägt ist. Im Elementarbereich, der dualen Ausbildung und der Weiterbildung sind die privaten Haushalte, Unternehmen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck traditionell stärker an der Finanzierung beteiligt. Die Bildungsausgaben der Unternehmen gehen jedoch als Aufwand in die Gewinn- und Verlustrechnung ein und werden daher zu einem erheblichen Teil über Steuerminderungen refinanziert. Bei Berücksichtigung dieser steuerlichen Effekte würde der tatsächliche Anteil der Unternehmen geringer ausfallen und der öffentliche Anteil zunehmen.

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Gesamtetat ist überproportional gestiegen

Vom Bildungsbudget der öffentlichen Haushalte in Höhe von 116,9 Mrd. € im Jahr 2007 werden 92,4 Mrd. € in der haushaltssystematischen Abgrenzung der Finanzstatistik nachgewiesen. Gemessen mit der Finanzstatistik betrug der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden 2007 insgesamt 18,2% (2006: 17,7%, 1995: 13,9%). Entsprechend dieser Abgrenzung stiegen nach vorläufigen Ergebnissen die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte im Jahr 2008 auf 93,4 Mrd. € und 2009 auf 98,9 Mrd. €. Als Ergebnis politischer Entscheidungen stiegen die öffentlichen Bildungsausgaben im Vergleich zu den gesamten öffentlichen Ausgaben überproportional.

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP nahezu unverändert

Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) blieb im Vergleich zum Jahr 2006 nahezu konstant. Bund, Länder und Gemeinden stellten 2007 dem Bildungsbereich Mittel in Höhe von 3,8 % des BIP zur Verfügung. 2006 waren es in Abgrenzung der Finanzstatistik 3,8 % und 1995 insgesamt 4,1%.

Öffentliche Bildungsausgaben je Einwohner lagen 2007 insgesamt 20,7% über dem Niveau von 1995, bezogen auf die unter 30-Jährigen betrug die Steigerung 38,2%

Die öffentlichen Bildungsausgaben je Einwohner beliefen sich im Jahr 2007 auf 1123 €. Davon entfielen 87 € auf den Bund, 803 € auf die Länder und 232 € auf die Gemeinden. Im Vergleich zu 1995 gaben Bund, Länder und Gemeinden 20,7% mehr je Einwohner aus. Aufgrund der demografischen Veränderungen ist es zweckmäßig, die Bildungsausgaben auch auf die Bevölkerung der unter 30-Jährigen zu beziehen, da der größte Teil der Bildungsausgaben auf Bildungseinrichtungen entfällt, die in erster Linie von jungen Menschen besucht werden. Bezogen auf die Altersgruppe der unter 30-Jährigen beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Haushalte 2007 pro Person auf 3 556 €. Das waren 4,4 % mehr als 2006 (3 405 €) beziehungsweise 38,2 % mehr als 1995 (2 573 €).

Mehr als die Hälfte der Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden wurden für Schulen aufgewendet

Bund, Länder und Gemeinden haben 2007 nach dem Grundmittelkonzept insgesamt 92,4 Mrd. € für Bildung aufgewendet. Davon entfielen 13,6 Mrd. € auf die Kindertageseinrichtungen, 51,9 Mrd. € auf die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, 19,3 Mrd. € auf die Hochschulen, 4,1 Mrd. € auf die Förderung von Schülern und Studierenden, 2,0 Mrd. € auf das sonstige Bildungswesen und 1,5 Mrd. € auf die Jugendund Jugendverbandsarbeit.

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

Bund, Länder und Gemeinden erhöhten die Bildungsausgaben im Zeitraum von 1995 bis 2007 um 16,4 Mrd. € auf 92,4 Mrd. €

Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Bildung wurden im Zeitraum von 1995 (75,9 Mrd. €) bis 2007 (92,4 Mrd. €) um 21,6 % beziehungsweise 16,4 Mrd. € erhöht. Die Ausgaben in den einzelnen Bildungsbereichen und in den einzelnen Ländern entwickelten sich unterschiedlich. Gegenüber 1995 wurden die Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder (bereinigt um die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis) um 57,4% erhöht, für Schulen um 16,7 %, für Hochschulen um 19,0 % und für die Förderung von Schülern um 20,4%. Dagegen lagen die Ausgaben für Jugend- und Jugendverbandsarbeit (bereinigt um die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis) unter dem Niveau von 1995.

Für 2010 öffentliche Bildungsausgaben in Höhe von 102,8 Mrd. € geplant

Nach vorläufigen Ergebnissen gaben die öffentlichen Haushalte 2008 insgesamt 93,4 Mrd. € und 2009 insgesamt 98,9 Mrd. € für Bildung aus. Für 2010 ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen, da die Haushaltsansätze mit 102,8 Mrd. € deutlich über denen des Jahres 2009 liegen. Einschließlich der Ausgaben aus dem "Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder" liegen die Haushaltsansätze 2010 um 4,5 % über denen von 2009. In den einzelnen Ländern variiert die Entwicklung der Bildungsausgaben in den jeweiligen Bildungsbereichen.

Bildungsausgaben je Schüler in den Flächenländern Ost höher als in den Flächenländern West

Von 1995 bis 2007 sind die öffentlichen Bildungsausgaben im früheren Bundesgebiet gestiegen. Mit Ausnahme von Sachsen sind in den Flächenländern Ost und Berlin die Ausgaben dagegen zurückgegangen. Der Rückgang der Bildungsausgaben in Ostdeutschland folgte der demografischen Entwicklung, welche eine Reduzierung der Ausgaben für Schulen und Kindertageseinrichtungen ermöglichte. Trotz der Ausgabenkürzungen sind die Ausgaben je Schüler an den öffentlichen Schulen in den Flächenländern Ost von 3 700 € im Jahr 1995 auf 5 300 € im Jahr 2007 gestiegen, während sie in den Flächenländern West 2007 mit 4 800 € nur geringfügig über dem Wert von 1995 (4 300 €) lagen.

Länder stellten 2007 insgesamt 71,5 % der Bildungsausgaben

Bund, Länder und Gemeinden stellten 2007 insgesamt 92,4 Mrd. € für Bildung zur Verfügung. Der Großteil der Bildungsausgaben (Grundmittel) entfällt auf die Länder. Diese stellten 2007 insgesamt 66,1 Mrd. € beziehungsweise 71,5 % der Bildungsausgaben bereit. Der Anteil des Bundes lag bei 7,8 % (7,2 Mrd. €), und der Anteil der Gemeinden betrug 20,7% (19,1 Mrd. €).

Ausgaben je Bildungsteilnehmer (Primar-bis Tertiärbereich) über OECD-Durchschnitt

Die Bildungsausgaben pro Teilnehmer vom Primar- bis Tertiärbereich lagen 2007 in Deutschland kaufkraftbereinigt bei 8 300 US-Dollar. Der OECD-Durchschnitt betrug 8 200 US-Dollar und der EU19-Durchschnitt 8 000 US-Dollar.

Ausgaben je Bildungsteilnehmer im allgemeinbildenden Schulbereich unterhalb, in beruflichen Bildungsprogrammen über OECD-Durchschnitt

Allerdings bestanden zwischen den Bildungsbereichen deutliche Unterschiede. Im Schulbereich waren die Ausgaben je Schüler im Primärbereich (5 500 US-Dollar) und im Sekundarbereich I (6 900 US-Dollar) in Deutschland niedriger als der OECD-Durchschnitt (6 700 US-Dollar

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

beziehungsweise 7 600 US-Dollar). Im Sekundarbereich II lagen sie mit 9 600 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt (8 700 US-Dollar). Dies ist in erster Linie auf die hohen Ausgaben der Betriebe im Rahmen des Dualen Systems zurückzuführen. Im Tertiärbereich lagen die Ausgaben je Studierenden 2007 in Deutschland mit 13 800 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt (12 900 US-Dollar), da die deutschen Hochschulen relativ forschungsintensiv sind. Werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung herausgerechnet, so betragen die Ausgaben je Studierenden statt 13 800 US-Dollar nur noch 8 500 US-Dollar (ISCED 5A/6) und liegen damit deutlich unter den Werten anderer OECD-Staaten und dem OECD-Durchschnitt von 9000 US-Dollar.

Anteil der Bildungsausgaben am BIP in Deutschland deutlich niedriger als in anderen OECD-Staaten

Nach der nationalen Abgrenzung des Bildungsbudgets wurden im Jahr 2007 in Deutschland 6,1% des BIP für Aus-und Weiterbildung aufgewendet. Internationale Vergleiche beziehen sich in der Regel auf die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, berufliche Ausbildung, Hochschulen). In internationaler Abgrenzung (OECD) wurden in Deutschland 2007 insgesamt 4,7% des BIP für öffentliche und private Bildungseinrichtungen verwendet. Gemessen an der Wirtschaftskraft waren die Ausgaben in Deutschland deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt (5,7%). Während im Vergleich zu 1995 andere vergleichbare OECD-Staaten ihre Bildungsausgaben in Relation zum BIP zum Teil kräftig gesteigert haben, ging der BIP-Anteil in Deutschland von 5,1% auf 4,7% zurück. Dies trifft aber auch für andere Industriestaaten wie Österreich, Frankreich oder Spanien zu. Dagegen haben beispielsweise Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten die Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung gesteigert.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass nach Auffassung der Länderfinanzseite der vorliegende Bericht die Bildungsausgaben in Deutschland stark unterzeichnet.² Nach dem Nettoausgabenkonzept, das die Länderfinanzseite favorisiert, müssten jährlich für den Bildungsbereich um 4,5 Mrd. € höhere öffentliche Ausgaben ausgewiesen werden. Die Finanzseite weist ferner darauf hin, dass die unterstellten Sozialbeiträge von 8,2 Mrd. € (2007) für die aktiven Beamten zu niedrig seien, da sich die tatsächlichen Zahlungen für das pensionierte Personal im Bildungsbereich nach den Berechnungen der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) 2007 bereits auf 13,3 Mrd. € beliefen. Die hier getroffenen Annahmen ständen zudem im Widerspruch zum Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung. Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben zuletzt mit Beschluss vom 18. Dezember 2008 um eine Überprüfung des statistischen Konzepts gebeten. Des Weiteren ist die Länderfinanzseite der Auffassung, dass durch die Nichterfassung der Kosten für die Überlassung von Bauten für die Bildung deren Ausgaben um 10 Mrd. € zu niedrig ausgewiesen würden. Sie nimmt den Standpunkt ein, dass eine Einbeziehung auf Basis kalkulatorischer Unterbringungskosten erfolgen müsse. Abschließend vertritt die Finanzseite die Meinung, dass quantifizierbare Steuervergünstigungen in der Bildungsfinanzstatistik zu berücksichtigen seien. Eine mit dem Bundesministerium der Finanzen abgestimmte Stellungnahme der Finanzministerkonferenz kommt zu dem Ergebnis, dass der vorliegende Bericht die bildungsrelevanten Leistungen aus Kindergeld und -freibetrag um etwa 0,6 Mrd. € unterzeichne und im Steuerrecht noch weitere bildungspolitisch motivierte Tatbestände von 0,8 Mrd. € zu berücksichtigen seien.

 $^{^{\}rm 2}$ Die unterschiedlichen Auffassungen zur Methodik werden im Anhang A6 des Bildungsfinanzberichts näher erläutert.

BILDUNGSFINANZBERICHT 2010

3 Ausblick: Zu den Bildungsausgaben des Bundes bis 2013

Der Bildungsfinanzbericht dokumentiert auch die Rolle des Bundes in der Bildungsfinanzierung. Ein ergänzender Ausblick bis 2013 zeigt, dass sich die Bedeutung des Bundes in der Bildungsfinanzierung noch verstärken wird.

Die Bundesregierung wird für die zentralen Zukunftsbereiche Bildung und Forschung in den Jahren 2010 bis 2013 zusätzlich 12 Mrd. € verausgaben, je zur Hälfte für Bildung und Forschung. Für die Bildung als Querschnittsaufgabe wurde ein Bündel von Maßnahmen aus verschiedenen Bereichen entwickelt. Als Schwerpunkte stehen dabei im Vordergrund: die Stärkung des Fachkräftenachwuchses und der Hochschulen sowie die frühkindliche Bildung. Darüber hinaus werden Bildungsund Teilhabeleistungen für besonders benachteiligte Kinder und Jungendliche bereitgestellt. Damit vollzieht die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode einen wesentlichen Schritt, um ihren Anteil am 10-%-Ziel für Bildung und Forschung zu erbringen.

G20-GIPFELTREFFEN AM 11. UND 12. NOVEMBER 2010 IN SEOUL

G20-Gipfeltreffen am 11. und 12. November 2010 in Seoul

Industrie- und Schwellenländer einigen sich bei Kernthemen der internationalen Finanz- und Währungspolitik

1	Einleitung	67
	Lage der Weltwirtschaft und das G20-Framework for Growth	
	Finanzmarktregulierung	
	Reform der internationalen Finanzinstitutionen	
5	Globale Finanzsicherheitsnetze	70
6	Weitere Themen	71
7	Fazit	72

- Die G20 verständigte sich auf den "Seoul Action Plan", der nationale und international abgestimmte Maßnahmen auf dem Weg zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum der Weltwirtschaft enthält.
- Mit der Einigung auf die Umsetzung neuer Eigenkapitalregelungen und auf ein Maßnahmenpaket zur Regulierung systemrelevanter Finanzinstitute sind Kernelemente der Finanzmarkt-Reformagenda beschlossen worden.
- Mit Blick auf die Reform des Internationalen Währungsfonds bestätigten die Staats- und Regierungschefs die durch die Finanzminister und Zentralbankgouverneure im Oktober erzielte Einigung.

1 Einleitung

Im Mittelpunkt des fünften Gipfeltreffens der G20 in Seoul am 11. und 12. November 2010, bei dem die Staats- und Regierungschefs erneut von ihren Finanzministern begleitet wurden, stand die Diskussion um die Sicherung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs, insbesondere um den Abbau globaler Ungleichgewichte. Die G20 einigte sich über den weiteren gemeinsamen Weg zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum sowie auf die nächsten Schritte zur Verbesserung der Aufsicht und Regulierung der Finanzmärkte. Damit ist die Bundesregierung dem Ziel, dass alle Finanzmärkte, Finanzmarktakteure und Finanzinstrumente einer angemessenen Aufsicht und Regulierung unterworfen

werden, ein entscheidendes Stück nähergekommen. Gleichzeitig besteht Einigkeit darüber, dass das Reformmomentum nicht nachlassen darf und zusätzliche Maßnahmen nötig sind, um die Stabilität der Finanzmärkte weiter zu verbessern.

Die G20 hat sich sowohl auf die Umsetzung neuer Eigenkapitalanforderungen für Banken verständigt (Basel III), die der Baseler Ausschuss, der Vertreter von Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden aus 27 Industrie- und Schwellenländern vereinigt, im September vorgeschlagen hat, als auch auf ein Maßnahmenpaket zur Regulierung systemrelevanter Finanzinstitute (Systematically Important Financial Institutions, SIFI). Zudem hat die G20 die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) begrüßt. Zur Belebung des Welthandels

G20-GIPFELTREFFEN AM 11. UND 12. NOVEMBER 2010 IN SEOUL

wurden engagierte Verhandlungen zum Abschluss der Doha-Runde 2011 vereinbart. Darüber hinaus standen weitere Themen wie Entwicklung, Energie, Klima und Anti-Korruption auf der Agenda.

2 Lage der Weltwirtschaft und das G20-Framework for Growth

In Seoul diskutierte die G20 über Wege und Maßnahmen, um gemeinsam ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes weltwirtschaftliches Wachstum sicherzustellen. Die Staats- und Regierungschefs betonten in Seoul, dass sich die Weltwirtschaft von der Krise – auch dank der ergriffenen Maßnahmen – bereits deutlich erholt habe, diese Erholung gleichwohl noch fragil sei und auch ungleichmäßig verlaufe. Eine enge Kooperation in der G20 bleibe deshalb wichtig.

Vor diesem Hintergrund haben sich die G20-Staats- und Regierungschefs im Rahmen des "G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth" auf den "Seoul Action Plan" verständigt, der umfassende - sowohl gemeinsame als auch länderspezifische -Maßnahmen auf dem Weg zu stärkerem und nachhaltigerem Wachstum benennt. Dazu zählt die bereits auf dem G20-Gipfel in Toronto im Juni 2010 vereinbarte Haushaltskonsolidierung (Verpflichtung der Industrieländer zur Haushaltskonsolidierung, d. h. mindestens Halbierung der Defizite bis 2013 und mindestens Stabilisierung der staatlichen Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bis 2016 als Beitrag zum Wachstumsprozess). Hinzu kommt eine Erhöhung der Wechselkursflexibilität, damit Wechselkurse stärker die ökonomischen Fundamentaldaten widerspiegeln. Die G20 verständigte sich darüber hinaus darauf, übermäßige globale Ungleichgewichte abzubauen. Zur Bewertung der Art und der möglichen Ursachen von globalen Ungleichgewichten soll eine Reihe von Indikatoren entwickelt werden, deren

genaue Ausarbeitung (mit Hilfe des IWF und anderer internationaler Organisationen) im Jahr 2011 unter französischer G20-Präsidentschaft erfolgen soll. Im Rahmen der Diskussion wurde deutlich, dass der Abbau der globalen Ungleichgewichte nicht durch die Festlegung einer quantitativen Zielgröße für Leistungsbilanzsalden – wie sie zwischenzeitlich diskutiert wurde – erreicht werden kann. Die Bundesregierung hatte sich bereits im Vorfeld des Gipfeltreffens für einen breiten Ansatz und die Einigung auf ein Set von Indikatoren eingesetzt. Eine Diskussion der neu zu entwickelnden Indikatoren soll zunächst durch die G20-Finanzminister und Zentralbankgouverneure in der ersten Jahreshälfte 2011 stattfinden, deren Empfehlungen dann beim kommenden G20-Gipfel im November 2011 auf Ebene der Staatsund Regierungschefs beraten werden.

Neben den genannten Maßnahmen im Bereich der Geld- und Währungspolitik und der Fiskalpolitik bekräftigt die G20 die wichtige Rolle eines freien Welthandels sowie des Verzichts auf protektionistische Maßnahmen für die Erholung der Weltwirtschaft. Auch die weitere Umsetzung der Finanzmarktreformen sowie der beim G20-Gipfel in Toronto im Juni benannten Strukturreformen bleibt wichtig, um die globale Nachfrage zu stärken, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, zu einer ausgewogeneren globalen Wirtschaft beizutragen und das Wachstumspotenzial zu erhöhen.

3 Finanzmarktregulierung

Die Einigung auf eine Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken (Basel III) und ihre Umsetzung gehören zu den Kernelementen einer stabileren globalen Finanzmarktarchitektur. Hierfür hat sich die Bundesregierung seit dem ersten G20-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 2008 in Washington mit Nachdruck eingesetzt. Nach den neuen ab 2013 schrittweise einzuführenden Standards werden die Mindestkapitalanforderungen

G20-GIPFELTREFFEN AM 11. UND 12. NOVEMBER 2010 IN SEOUL

für Banken mehr als verdoppelt. Darüber hinaus werden Banken verpflichtet, eine zusätzliche Kapitalreserve vorzuhalten, die in Stressphasen abgebaut werden kann. Bei übermäßig hohem Kreditwachstum sind Banken außerdem gehalten, ein weiteres Kapitalpolster zur Eindämmung prozyklischer Effekte anzulegen. Ergänzt werden die neuen Kapitalanforderungen durch eine risikounabhängige Höchstverschuldungsquote und eine Mindestliquiditätsquote.

Mit dieser grundlegenden Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen wird ein entscheidender Schritt getan, um die Risikotragfähigkeit der einzelnen Banken zu erhöhen und das Finanzsystem als Ganzes widerstandsfähiger zu machen. Die Banken haben bis 2019 Zeit, ihr Eigenkapital den neuen Anforderungen anzupassen. Die mehrjährige Umsetzungsfrist ermöglicht es, die notwendige Kreditversorgung der Realwirtschaft weiterhin sicherzustellen und somit die wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden.

Zu den zentralen Anliegen, für die sich die Bundesregierung in Seoul eingesetzt hat, gehört eine G20-weite Verständigung auf den Umgang mit systemrelevanten Finanzinstituten. In Seoul wurde ein wichtiges Zwischenziel erreicht. Zur Regulierung und Beaufsichtigung systemrelevanter Finanzinstitute haben die beteiligten Staatsund Regierungschefs ein Maßnahmenpaket vereinbart, nach dem Restrukturierungsund Abwicklungsmöglichkeiten für systemrelevante Finanzinstitute eingerichtet, die Verlusttragfähigkeit erhöht, die Aufsicht intensiviert, die Marktinfrastrukturen gestärkt sowie gegebenenfalls ergänzende Aufsichts- und Regulierungsmaßnahmen eingeführt werden. Zur Erhöhung der Verlustabsorptionsfähigkeit von SIFIs wird als eine von mehreren Optionen die Einführung von Eigenkapitalinstrumenten wie Pflichtwandelanleihen geprüft. Für Finanzinstitute mit globaler Systemrelevanz sollen firmenspezifische Pläne für die grenzüberschreitende Restrukturierung

und Abwicklung eingeführt sowie firmenspezifische Abkommen für die grenzüberschreitende Krisenkooperation zwischen den Aufsichtsbehörden abgestimmt werden. Eine Risikobewertung dieser Institute soll durch internationale Aufsichtskollegien erfolgen. Die ergänzenden Aufsichtsmaßnahmen können gemäß der länderspezifischen Situation z. B. die Möglichkeit zur Erhöhung der Liquiditätsanforderungen, zur Begrenzung von Geschäftsfeldern, zur Erhebung von Bankenabgaben und zur Anordnung von Restrukturierungsmaßnahmen umfassen. Der Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board, FSB) wurde aufgefordert, seine Arbeiten bis 2011 abzuschließen.

In den übrigen Bereichen der
Finanzmarktreform haben die Staats- und
Regierungschefs bekräftigt, die früheren G20Beschlüsse zur Stärkung der regulatorischen
Anforderungen für Hedgefonds und für
Ratingagenturen sowie die Empfehlungen
des FSB zur Regulierung der außerbörslichen
Derivatemärkte, zur Vergütung und zur
Verwendung externer Ratings umzusetzen.
Die internationalen Standardsetzer wurden
außerdem aufgefordert, ihre Arbeiten zum
Umgang mit nicht-kooperativen Jurisdiktionen
fortzusetzen.

Die Bundesregierung hat sich in Seoul nachdrücklich dafür eingesetzt, dass die Staatsund Regierungschefs erneut die vollständige und international konsistente Umsetzung der G20-Beschlüsse in ihren Ländern bekräftigen, um vergleichbare Wettbewerbsbedingungen innerhalb der G20 sicherzustellen.
Gleichzeitig haben sie den FSB unterstützt, die Umsetzungserfolge konsequent zu überprüfen und die Bereiche zu identifizieren, in denen die regulatorischen Anforderungen weiter verbessert werden müssen.

Als Schwerpunkte zukünftiger Finanzmarktreformen hat die G20 folgende Bereiche identifiziert: Die Stärkung der Aufsicht über das Schattenbankensystem und der makroprudentiellen Aufsicht – inklusive

G20-GIPFELTREFFEN AM 11. UND 12. NOVEMBER 2010 IN SEOUL

der Schaffung institutioneller Strukturen auf internationaler und nationaler Ebene – die Regulierung der Rohstoffderivatemärkte, den Umgang mit Finanzmarktrisiken, die aus der Anwendung neuester Technologien entstehen können, die stärkere Berücksichtigung von Aspekten der Finanzmarktregulierung, die spezifisch für Schwellen- und Entwicklungsländer bedeutsam sind, sowie die Stärkung des Verbraucherschutzes.

4 Reform der internationalen Finanzinstitutionen

Die internationalen Finanzinstitutionen haben bei der Krisenbekämpfung eine entscheidende Rolle gespielt. Daher hat sich die G20 bereits auf früheren Gipfeln darauf verständigt, ihre Fähigkeit zur Sicherung der Finanzstabilität, zur Förderung von Wachstum und zur Unterstützung von Entwicklungsländern zu stärken. Nachdem die Beschlüsse zur Kapitalerhöhung bei der Weltbank und den anderen multilateralen Entwicklungsbanken bereits vorliegen und die G20 die Stimmrechtsreform der Weltbank bereits auf ihrem Gipfel in Toronto im Juni 2010 begrüßt hatten, stand in Seoul die Modernisierung des IWF im Mittelpunkt.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten die Einigung, die kurz zuvor beim Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure in Gyeongju erzielt und vom IWF bestätigt wurde und die im Wesentlichen folgende Punkte vorsieht:

- Verdoppelung der IWF-Quoten (reguläre Hauptfinanzquelle des IWF) und entsprechende Rückführung der bilateral vereinbarten außerplanmäßigen Neuen Kreditvereinbarungen;
- Stärkung des Einflusses von Schwellenund Entwicklungsländern durch Umverteilung von Quotenanteilen zugunsten dynamischer Schwellenund Entwicklungsländer sowie unterrepräsentierter Staaten in Höhe

- von mehr als 6 % und Aufgabe von zwei Sitzen von europäischen Industrieländern im Exekutivdirektorium zugunsten von Schwellen- und Entwicklungsländern;
- Künftig Wahl aller Exekutivdirektoren und Beibehaltung der Regelung, dass das IWF-Exekutivdirektorium 24 Sitze hat.

Mit diesen Beschlüssen spiegelt der IWF die veränderten weltwirtschaftlichen Gewichte der Mitgliedstaaten wider, und seine Legitimität und Effektivität wird gestärkt. Die Diskussion in Seoul hat dennoch gezeigt, dass damit die Reform des IWF nicht abgeschlossen ist: So stehen insbesondere noch Arbeiten zur Stärkung des Lenkungsausschusses des IWF (IMFC) und eine weitergehende Diskussion zum Auswahlverfahren für die Leitungspositionen in den internationalen Finanzinstitutionen nach fachlicher Kompetenz und unabhängig von der Nationalität an. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure wurden in Seoul beauftragt, ihre Arbeiten an noch ausstehenden Reformschritten bei Weltbank und IWF fortzusetzen.

5 Globale Finanzsicherheitsnetze

Während der Finanzkrise haben plötzliche Devisenabflüsse insbesondere Schwellenländer vor immense Schwierigkeiten gestellt. Korea hat daher eine Stärkung der globalen Finanzsicherheitsnetze prominent auf die Agenda des Gipfels gesetzt. In Seoul haben die G20-Staats- und Regierungschefs die folgenden bereits im Vorfeld des Gipfels erzielten Ergebnisse begrüßt:

Der IWF hat sein Instrumentarium verbessert: Der Anwendungsbereich der bestehenden Flexible Credit Line (FCL) wurde erweitert, ihre Wirksamkeit damit erhöht. FCLs sollen synchron an mehrere Länder gleichzeitig vergeben werden können. Außerdem wurde mit der

Analysen und Berichte

G20-GIPFELTREFFEN AM 11. UND 12. NOVEMBER 2010 IN SEOUL

Precautionary Credit Line (PCL) ein neues Instrument geschaffen.

 Die Einrichtung eines Dialogs zur Abstimmung von regionalen, finanziellen Unterstützungsvereinbarungen und dem IWF.

Die G20-Staats- und Regierungschefs sehen aber weiteren Handlungsbedarf, mit dem sich die französische G20-Präsidentschaft 2011 befassen wird: So sollen Wege gefunden werden, um Schocks zu begegnen, die von systemischer Natur sind. Außerdem soll die Abstimmung zwischen regionalen finanziellen Unterstützungsvereinbarungen und dem IWF auf allen Gebieten weiter verbessert werden. Das Ziel ist ein stabileres internationales Währungssystem insbesondere mit Blick auf die Volatilität von Kapitalströmen.

6 Weitere Themen

Darüber hinaus standen weitere Themen in den Bereichen Handel, Entwicklung, Klima/ Energie und Anti-Korruption auf der Agenda des G20-Gipfeltreffens.

Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben in Seoul ihren Willen zu einem ehrgeizigen und ausgewogenen Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) bekräftigt. Dabei haben sie das Jahr 2011 als entscheidendes Zeitfenster für die Schlussphase der Verhandlungen identifiziert und ihre Verhandlungsführer angewiesen, ihre Anstrengungen für einen Abschluss im Jahr 2011 weiter zu intensivieren. Die G20 bekräftigte zudem die beim Gipfel in Toronto beschlossene Verlängerung ihrer Selbstverpflichtung, bis Ende 2013 keine neuen Handels- und Investitionshemmnisse aufzubauen. Gleichzeitig verpflichteten sich die G20-Mitgliedstaaten, bereits ergriffene protektionistische Maßnahmen wieder zurückzunehmen.

Die G20 hat in Toronto im Juni 2010 beschlossen, die Entwicklungspolitik im Sinne einer

Förderung des Wirtschaftswachstums und des Privatsektors in den Entwicklungsländern auf die G20-Agenda zu setzen und hierzu eine Arbeitsgruppe einzurichten. In Seoul wurden die ersten Ergebnisse präsentiert: Mit Verabschiedung des "Seoul Development Consensus for Shared Growth" und dem dazugehörigen "Multi-Year Action Plan on Development" hat sich die G20 darauf verständigt, sich beim Thema Entwicklung auf wirtschaftliches Wachstum, auf globale Partnerschaft und auf globale und regionale systemische Themen zu konzentrieren. So will die G20 beispielsweise mit der "Global Partnership for Financial Inclusion" eine breite Allianz aus G20-Ländern, nicht-G20-Ländern und weiteren wichtigen Partnern wie internationalen Organisationen, dem Privatsektor und Finanzaufsichtsbehörden ins Leben rufen, um in den kommenden Jahren weitere konkrete Schritte für die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen in Entwicklungsländern einzuleiten. Grundlage hierfür ist der in Korea beschlossene G20-Aktionsplan zu finanzieller Inklusion, der unter anderem die Umsetzung von Prinzipien innovativer finanzieller Inklusion und die Verbesserung der Datengrundlage für KMU-Finanzierung vorsieht

Beim G20-Gipfel im September 2009 in Pittsburgh waren die Staats- und Regierungschefs übereingekommen, ineffiziente Subventionen für fossile Energien, die einen übermäßigen Verbrauch fördern, abzubauen. Diese Verpflichtung wurde in Seoul nochmals bekräftigt, verbunden mit der Aufforderung an die zuständigen Minister, die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen voranzutreiben. Die internationalen Organisationen wurden gebeten, den Fortgang der Arbeiten zum Abbau der Subventionen zu überprüfen und beim kommenden Gipfel in Frankreich über die Fortschritte zu berichten. Die Staats- und Regierungschefs hoben erneut die wichtige Bedeutung von transparenten Ölmärkten für die Weltwirtschaft hervor und baten die internationalen Organisationen, Vorschläge

Analysen und Berichte

G20-GIPFELTREFFEN AM 11. UND 12. NOVEMBER 2010 IN SEOUL

zum Ausbau der Datenbank JODI (Joint Oil Data Initiative) zu unterbreiten, wobei insbesondere ein zeitlicher Rahmen und mögliche Umsetzungsstrategien zur Verbesserung der Datenbasis vorgeschlagen werden sollen. Das wichtige Instrument des Dialogs zwischen Produzenten und Konsumenten soll weiter ausgebaut, die Arbeiten zu den Schnittstellen zwischen physischen Ölmärkten und Finanzmärkten weiter vorangetrieben werden. In einem nächsten Schritt soll die Beobachtung der Preisvolatilität auch auf andere fossile Energieträger ausgeweitet werden. Die Staats- und Regierungschefs begrüßten darüber hinaus die Vorschläge, welche die in Toronto neu eingesetzte Expertengruppe zum Schutz der maritimen Umwelt (Global Marine Environment Protection, GMEP) seit ihrer Einsetzung gemacht hat und beschlossen, den Austausch fortzuführen.

Auch der Diskussion der globalen Herausforderungen der Klimapolitik wurde beim G20-Gipfel in Seoul entsprechender Raum gegeben. Der mexikanische Präsident Felipe Caldéron berichtete über den Stand der Vorbereitungen der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (VN) im Dezember in Cancún. Die G20 hat ihre Unterstützung für die Klimaverhandlungen und eine erfolgreiche Vertragstaatenkonferenz in Cancún ausgedrückt und sich abermals zum Übereinkommen von Kopenhagen (Copenhagen Accord) bekannt. Zudem wurde der Bericht der von VN-Generalsekretär Ban Ki-moon eingesetzten Arbeitsgruppe zur Klimafinanzierung begrüßt und die G20-Finanzminister damit beauftragt, sich mit diesem Bericht ausführlich auseinanderzusetzen. Gemeinsam mit einigen Partnern hat sich die Bundesregierung erfolgreich dafür eingesetzt, dass zudem ein Verweis auf die erfolgreiche VN-Konferenz zur Biodiversität in die Erklärung aufgenommen wurde.

Die G20-Staats- und Regierungschefs verabschiedeten in Seoul zudem den G20-Antikorruptions-Aktionsplan. Über die Implementierung des Aktionsplans soll jährlich bei den Gipfeltreffen berichtet werden. Breite Beachtung fand schließlich auch der von der koreanischen Präsidentschaft organisierte "Business Summit", bei dem über 100 Top-Manager und Vertreter von Spitzenverbänden zentrale Themen der Gipfelagenda diskutierten. Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die wichtige Rolle des Privatsektors bei der Bewältigung globaler Herausforderungen durch ihren Beschluss, einen "G20 Business Summit" künftig regelmäßig im Kontext der Gipfeltreffen zu veranstalten.

7 Fazit

Das nunmehr fünfte Gipfeltreffen der G20 kann aus Sicht der Bundesregierung als Erfolg gewertet werden. Es ist den Staats- und Regierungschefs mit Unterstützung ihrer Finanzminister gelungen, entscheidende Fortschritte bei der Sicherstellung eines starken, nachhaltigen und ausgewogenen weltwirtschaftlichen Wachstums zu erzielen und auf diese Weise den Weg für die Fortsetzung und Intensivierung der Zusammenarbeit zu diesen Fragen zu bereiten. Dies gelang ungeachtet der zum Teil sehr unterschiedlichen Interessen der G20-Mitglieder im Zusammenhang mit der Diskussion über geeignete Maßnahmen zum Abbau der globalen Ungleichgewichte. Auch durch die Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung und der Verabschiedung eines zentralen Elements der Reformagenda in Gestalt der Basel-III-Regelungen hat die G20 unter Beweis gestellt, dass sie willens und in der Lage ist, auch zukünftig als zentrales Forum der internationalen Zusammenarbeit in Finanzund Wirtschaftsfragen zusammenzuarbeiten. Mit Blick auf die G20-Agenda unter französischer Präsidentschaft im kommenden Jahr stellt es aus Sicht der Bundesregierung einen Erfolg dar, dass Fragen der Aufsicht und Regulierung der internationalen Finanzmärkte weiterhin zentral auf der Agenda bleiben.

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
1	Kreditmarktmittel	74
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
•	2009 bis 2014	76
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen	
J	Soll 2011	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009.	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	100
Abb. 1	l Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	100
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Oktober 2010	101
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2010	103
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	114
Abb. 1	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	
11	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden Staatsschuldenquote und Leistungshilanzsaldo	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	30. September 2010			31. Oktober 2010
		in M	lio.€	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	36 000	1 000	0	37 000
Anleihen ¹	624 986	5 000	0	629 986
Bundesobligationen	196 000	0	17 000	179 000
Bundesschatzbriefe ²	8 867	28	8	8 8 8 6
Bundesschatzanweisungen	129 000	5 000	0	134000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	85 839	7 959	8 956	84841
Finanzierungsschätze ³	669	47	89	627
Tagesanleihe	2 058	41	59	2 040
Schuldscheindarlehen	12 444	0	52	12 391
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	898	0	0	898
Kreditmarktmittel insgesamt	1 096 811			1 089 721

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:		Stand:
	30. September 2010		31. Oktober 2010
		in Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	233 889		232 952
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	336 633		341 728
langfristig (mehr als 4 Jahre)	526 289		515 041
Kreditmarktmittel insgesamt	1 096 811		1 089 721

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 30. September 2010	Belegung am 30. September 2009					
	in Mrd. €							
Ausfuhren	120,0	107,7	106,6					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	33,5	30,4					
Bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	2,0	1,2					
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	137,3					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	105,3	137,3					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-					
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0		-					

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
			in M	rd. €		
1. Ausgaben	292,3	319,5	305,8	301,0	301,5	301,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,5	9,3	- 4,3	- 1,6	+0,2	-0,1
2. Einnahmen ¹	257,7	238,9	257,0	260,6	269,6	276,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,7	-7,3	+7,6	+1,4	+3,5	+2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	227,8	211,9	229,2	232,8	241,8	250,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	-7,0	+8,2	+1,6	+3,8	+3,5
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-80,6	- 48,8	- 40,5	- 32,0	- 24,5
in % der Ausgaben	11,8	25,2	16,0	13,4	10,6	8,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	269,0	317,8	317,9	318,7	321,1	308,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	+ 6,4	+ 0,1	- 3,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,2
6. Tilgungen (+)	228,5	237,5	273,1	279,2	289,5	284,2
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-80,2	- 48,4	- 40,1	- 31,6	- 24,1
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	27,1	28,3	32,3	29,0	26,4	25,9
Veränderung gegen Vorjahr in %	+11,5	+5,9	+14,3	- 10,2	- 9,1	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^{1}\,\}mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$ ohne Münzeinnahmen.

 $^{^2\,} Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	o . €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	27 704	27 799	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	20 789	20 749	20611	20 454	20313
Ziviler Bereich	9 2 6 9	9 342	9 2 4 8	9 2 5 6	9 267	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 447	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	6915	7 050	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 435	2 443	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 481	4606	4 643	4 665	4 701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	22 336	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 466	1 350	1 328	1311	1 313
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 469	10 429	10 305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	10557	10 699	10746	10 798
Zinsausgaben	38 099	36 751	35 343	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	36 751	35 343	36 354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	36 751	35 343	36 354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	36708	35 302	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	2	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	188 756	186 513	186 057	185 563
an Verwaltungen	14396	14503	15 094	14563	14800	14783
Länder	8 754	8 682	9354	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	21	18	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 799	5 721	5824	5 8 1 9	5 793
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	190 769	173 662	171 950	171 257	170 780
Unternehmen	22 951	25 316	25 056	24767	24919	25 732
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	31 274	28 159	27 889	26 350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	128 365	114657	113 755	114 436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 529	1 584	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4284	4 2 0 5	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	1	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	291 310	274 234	272 897	276 681	283 566
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	8 504	8 113	7 499	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6 8 3 0	6 532	6014	5 9 6 0	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	910	898	882	895
Grunderwerb	643	546	576	647	740	704

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Soll	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	o. €		
Vermögensübertragungen	15 619	15 754	14 975	14 773	14 591	14 415
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	15 342	14581	14416	14 234	14 059
an Verwaltungen	5 8 5 2	5 138	5 092	4927	4786	4 640
Länder	5 8 0 4	5 0 7 4	5 0 3 1	4848	4 693	4 5 4 7
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	60	59	77	91	91
Sondervermögen	0	4	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 338	10204	9 489	9 489	9 449	9419
Sonstige - Inland	6 462	6 9 4 5	6 179	6410	6379	6376
Ausland	2 876	3 259	3 3 1 0	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	394	358	356	356
an andere Bereiche	429	413	394	358	356	356
Sonstige - Inland	148	157	157	138	136	136
Ausland	282	256	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	4 838	10 250	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	4028	9 444	6189	3 8 6 4	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	4 027	9 443	6188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	5 400	2 150	0	0
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	2 426	2 368	2 527	2 439	2 228
Ausland	1 618	1 601	1 675	1511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	27 532	28 706	32 724	29 399	26 755	26 305
^a Darunter: Investive Ausgaben	27 103	28 293	32 330	29 041	26 398	25 948
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 516	-1 158	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	305 800	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse	
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €			
0	Allgemeine Dienste	55 490	48 881	25 097	17 877	-	5 907	
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6376	6 105	3 797	1311	-	997	
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 831	3 787	494	171	-	3 122	
3	Verteidigung	32 147	31 853	16 107	14769	-	977	
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 606	3 258	2 085	980	-	193	
5	Rechtsschutz	364	352	247	89	-	16	
6	Finanzverwaltung	4166	3 525	2 3 6 7	557	-	601	
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	16 933	13 759	480	801	-	12 478	
13	Hochschulen	3 423	2 428	10	9	-	2 409	
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 771	2 771	-	-	-	2 771	
15	Sonstiges Bildungswesen	555	480	9	67	-	404	
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 471	7 566	461	719	-	6386	
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	712	513	1	5	-	507	
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	160 005	153 698	224	200	-	153 273	
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	115 158	109 758	47	-	-	109 711	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 614	6 614	-	0	-	6614	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 587	2 3 4 6	-	36	-	2310	
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 912	33 783	49	93	-	33 641	
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	232	232	-	-	-	232	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 502	964	128	71	-	765	
3	Gesundheit und Sport	1 580	883	275	277	-	331	
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	444	370	146	151	-	72	
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	444	370	146	151	-	72	
32	Sport	132	113	-	5	-	108	
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	81	66	-	75	
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	594	177	47	54	-	76	
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 098	777	-	16	-	761	
41	Wohnungswesen	1 353	765	_	4	_	761	
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	_	_	
44	Städtebauförderung	732	12	-	12	_	_	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 163	749	28	165	-	557	
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	_	198	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	351	351	_	70	_	281	
533	Gasölverbilligung	-	-	_	-	_	-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	351	351	_	70	_	281	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	245	199	28	94		77	

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2011

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	983	2 588	3 038	6 610	6 576
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	7	0	271	271
2	Auswärtige Angelegenheiten	101	2 464	2 480	5 044	5 043
		217	78	2 480	294	261
3	Verteidigung	308	40	-	348	348
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung		40	-		12
5	Rechtsschutz	12	-	-	12	
6	Finanzverwaltung	82	0	558	640	640
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	178	2 986	11	3 175	3 175
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	75	75
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	176	1718	11	1 906	1 906
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	199	-	199	199
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	895	5 401	6 307	5 947
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	5 400	5 400	5 400
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	238	1	240	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	123	-	129	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	-	538	538
3	Gesundheit und Sport	467	231	-	697	697
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	57	17	-	74	74
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	57	17	-	74	74
32	Sport	-	19	-	19	19
33	Umwelt- und Naturschutz	7	180	-	187	187
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	15	-	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 317	3	1 320	1 320
41	Wohnungswesen		585	3	588	588
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	_	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	720	-	720	720
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	408	1	414	414
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	_	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	_	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		-	-	_	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	41	0	46	46

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 334	2 645	61	535	-	2 049
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	778	634	-	415	-	219
621	Kernenergie	282	202	-	-	-	202
622	Erneuerbare Energieformen	50	19	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	445	412	-	411	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 600	1 579	-	7	-	1 572
64	Handel	143	143	-	9	-	135
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	740	19	-	10	-	9
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 073	269	61	94	-	114
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	4 190	1 036	2 081	-	1 073
72	Straßen	7 2 6 2	1018	-	878	-	140
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1719	837	508	289	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	-	-	-	4
75	Luftfahrt	207	196	47	21	-	129
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 211	2 135	482	893	-	760
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 999	12 070	-	13	-	12 057
81	Wirtschaftsunternehmen	10716	6 787	-	13	-	6774
832	Eisenbahnen	3 877	77	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6839	6711	-	8	-	6 703
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
873	Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	35 462	36 581	597	371	35 343	270
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	308	270	-	-	-	270
92	Schulden	35 362	35 362	-	19	35 343	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-208	949	597	352	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	305 800	274 234	27 799	22 336	35 343	188 756

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Soll 2011

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	81	812	1 796	2 689	2 689
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	80	64	-	144	144
621	Kernenergie	80	-	-	80	80
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	33	-	33	33
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	21	-	21	21
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	721	-	721	721
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	7	1 796	1 804	1 804
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 775	1 771	-	7 546	7 546
72	Straßen	4832	1 412	-	6 244	6 244
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	882	-	-	882	882
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	12	-	-	12	12
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	49	27	-	76	76
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 929	-	3 929	3 929
81	Wirtschaftsunternehmen	-	3 929	-	3 929	3 929
832	Eisenbahnen	-	3 801	-	3 801	3 801
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	128	-	128	128
87	$\label{ligemeines} \textbf{Allgemeines Grund-} \textbf{und Kapitalverm\"{o}gen, Sonderverm\"{o}gen}$	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87		-	-	-	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe al	ller Hauptfunktionen	7 499	14 975	10 250	32 724	32 330

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³								
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
			l:	st-Ergebnisse			Soll	Soll
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5	305,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3	- 4,3
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9	257,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	- 7,3	7,6
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	-11,8	- 34,5	- 80,6	- 48,8
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 80,2	-48,4
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	- 0,3	-0,4	-0,3	- 0,3	- 0,4	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27,7	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	- 0,8	0,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8,7	9,1
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,3	14,7	14,8	15,1	14,4	14,0	
öffentl. Gesamthaushalts ³	70							•
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36,8	35,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 3,5	-3,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11,5	11,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	58,3	57,9	58,6	60,9	60,8	62,8	
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3	32,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	-7,2	11,5	4,4	14,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,9	10,6
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/0	9,1	0,7	9,7	0,0	9,3	0,5	10,0
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,0	25,7	32,3	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9	229,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,0	8,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,7	89,2
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	40,3	
Steueraufkommen ³								•
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 80,2	- 48,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25,1	15,8
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283,5	149,7
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	60,2	103,7	60,5	39,0	111,2	
öffentl. Gesamthaushalts ³ nachrichtlich: Schuldenstand ³								
	Mrd £	1 / 20 0	15/15 /	1552.4	15770	16941/2		
öffentliche Haushalte ² darunter: Bund	Mrd.€ Mrd.€	1 489,9 903,3	1 545,4 950,3	1 552,4 957,3	1 577,9 985,7	1694 1/2 1054		

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $^{^2\,\}mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$ deutschland.

³ Stand Finanzplanungsrat Dezember 2010; 2010 = Schätzung, Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	638,5	649,2	675,0	727,9
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	598,0	648,5	667,7	635,6
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-7,3	-92,3
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder ³							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,7
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,7
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,1
Gemeinden ³							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	161,5	167,3	177,2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	169,7	174,9	170,0
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,2	7,6	-7,2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,7	1,7	4,0	7,8
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,0	8,4	3,0	-4,8
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,2
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,6
Gemeinden							
Ausgaben	-0,0	0,1	2,1	2,8	2,6	3,6	5,9
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	6,0	3,1	-2,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,3	-3,8
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in%der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-1,1	-12,7
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,4
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,1	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,4	26,7	27,2	30,4
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,1	12,0
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ⁴	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,6	21,9

¹ Bund, Länder, Gemeinden (mit Zweckverbänden) und Extrahaushalte. Der ÖGH ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Folgende Extrahaushalte des Bundes sind berücksichtigt: Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsfonds und -rücklage des Bundes, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (BPS-PT), Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds (ITF), Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere, Energie- und Klimafonds, Restrukturierungsfonds.

Stand: Dezember 2010.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte, bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse. Ab 2008 Kassenergebnisse.

⁴ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	: -		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen							
	incoccemt	davon								
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern					
Jahr		in Mrd. €		in	%					
		Bundesrepubli	k Deutschland							
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9					
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0					
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1					
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5					
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2					
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6					
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5					
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4					
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3					
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6					
2010 ²	525,5	251,9	273,6	47,9	52,1					
2011 ²	537,3	260,1	277,3	48,4	51,6					
2012 ²	563,2	281,1	282,1	49,9	50,1					

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2010.

² Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zur	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,8
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,1	37,0
2005	22,0	39,7	20,2	36,8
2006	22,8	40,0	21,0	37,9
2007	23,7	40,1	22,1	37,5
2008	23,8	40,2	22,6	38,0
2009	23,5	40,6	21,9	37,9
2010	22 1/2	39 1/2	21	36 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2007 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: November 2010.

 $^{^3\,}Bis\,2007\,Rechnungsergebnisse.\,2008\,und\,2009\,Kassenergebnisse.\,2010\,Sch\"{a}tzung; Stand:\,November\,2010.$

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
	:	darunt	er
	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³
Jahr		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,7
1965	37,1	25,4	11,
1970	38,5	26,1	12,
1975	48,8	31,2	17,
1976	48,3	30,5	17,
1977	47,9	30,1	17,
1978	47,0	29,4	17,
1979	46,5	29,3	17,
1980	46,9	29,6	17,
1981	47,5	29,7	17,
1982	47,5	29,4	18,
1983	46,5	28,8	17,
1984	45,8	28,2	17,
1985	45,2	27,8	17,
1986	44,5	27,4	17,
1987	45,0	27,6	17,
1988	44,6	27,0	17,
1989	43,1	26,4	16,
1990	43,6	27,3	16,
1991	46,3	28,2	18,
1992	47,2	28,0	19,
1993	48,2	28,3	19,
1994	47,9	27,8	20,
1995	48,1	27,6	20,
1996	49,3	27,9	21,
1997	48,4	27,1	21,
1998	48,0	27,0	21,
1999	48,1	26,9	21,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

		Ausgaben des Staates	
	insgesamt	daru	inter
	nisgesami	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen ³
Jahr		in Relation zum BIP in %	
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002	48,1	26,4	21,7
2003	48,5	26,5	22,0
2004	47,1	25,9	21,2
2005	46,8	26,1	20,8
2006	45,3	25,4	19,9
2007	43,6	24,5	19,1
2008	43,8	24,7	19,0
2009	47,5	26,6	20,9
2010 ⁴	46 1/2	26	20 1/2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

 $^{2006\,}bis\,2008\,vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis\,der\,VGR; Stand: August\,2009.$

²⁰⁰⁹ vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2010.

²⁰¹⁰ Schätzung; Stand: November 2010.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden (in Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 694 660
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 813
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484922	526 745
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	505 346
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	503 009
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	233
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1124	1 3 2 5	20 82
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	100 534	107531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 38
Kassenkredite	10 670	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 761 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
			,	Anteil an den S	Schulden (in %)				
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,2	
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	58,5	
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	31,1	
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	9 6,	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,8	
			Ar	nteil der Schuld	den am BIP (in	%)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7	
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0	
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4	
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0	
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,7	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,7	
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	64,9	66,3	73,4	
				Schulden in	sgesamt (€)				
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 3 2 6, 5	2 432,4	2 481,2	2 397,	
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzui	Abgrenzung der Finanzstatistik					
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
Jahr		in Mrd.€		iı	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,2	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	2,8	-6,0	8,9	0,1	-0,2	0,4	-7,3	-0,3
2009	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-92,3	-3,8
2010 ⁴	-91	-91 1/2	1/2	-3,7	-3 1/2	0	94 1/2	-4

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2007 bis 2009 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2010. 2010 Schätzung; Stand: November 2010.

 $^{^3} Ohne Sozial versicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: Juli 2010.\\$

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,8	-0,3	-1,3	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,4	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,0	-7,3	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-3,0	-2,3	-4,8	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,4	-0,5	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-2,8	-2,9	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	0,0	-1,8	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,6	-2,0	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9
Bulgarien	-	-	-	-7,4	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,9	-0,9	-0,1	1,0
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4
EU	-	-	-	-5,1	-0,4	-2,5	-0,9	-2,3	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,1	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

 $^{^2 \}mbox{Alle}$ Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,4	75,7	75,9	75,2
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	98,6	100,5	102,1
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	8,0	9,5	11,7
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,0	110,3	126,8	140,2	150,2	156,0
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,2	64,4	69,7	73,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,8	67,5	78,1	83,0	86,8	89,8
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,3	65,5	97,4	107,0	114,3
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	103,6	106,3	116,0	118,9	120,2	119,9
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	62,2	65,2	68,4
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,5	18,2	19,6	20,9
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,9	61,7	63,1	68,6	70,4	70,8	70,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	64,8	66,6	67,3
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	59,3	62,5	67,5	70,4	72,0	73,3
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,7	61,7	62,7	65,3	76,1	82,8	88,8	92,4
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	42,1	45,1	47,4
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	23,4	22,5	35,4	40,7	44,8	47,6
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	49,0	51,1	53,0
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,5	69,4	70,0	66,0	69,7	79,1	84,1	86,5	87,8
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,7	18,2	20,2	20,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,3	34,1	41,5	44,9	47,5	49,2
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	45,7	51,9	56,6
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	37,4	42,8	48,3
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,5	57,2	59,6
Rumänien	-	-	-	7,0	22,5	15,8	12,6	13,4	23,9	30,4	33,4	34,1
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,2	53,2	50,2	40,0	38,2	41,9	39,9	38,9	37,5
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	40,0	43,1	45,2
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	78,5	80,1	81,6
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	52,1	68,2	77,8	83,5	86,6
EU	-	-	-	69,7	63,1	62,7	58,8	61,8	74,0	79,1	81,8	83,3
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	194,7	188,9	192,3	195,9	199,0
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92.2	98,4	102,1

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000 : EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

Stand: November 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

l a a d	Steuern in % des BIP												
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009		
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6		
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2		
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3		
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5		
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4		
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3		
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7		
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3			
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1		
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6			
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2		
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9		
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9			
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7			
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1		
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2		
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7		
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6		
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5		
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5		
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5		

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ der \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich¹

land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009			
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0			
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2			
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2			
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1			
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9			
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4			
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8			
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5			
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1			
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5			
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1				
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0			
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8			
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3				
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2				
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4			
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3			
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3			
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7			
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8			
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1			
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3			
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0			

 $^{^{1}}$ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in S	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland ¹	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,7	45,6	44,5
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,6	48,4	50,1	54,1	53,1	52,9	53,0
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	42,5	42,0	41,4
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	55,8	55,8	54,9	55,0
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,8	56,0	56,5	56,1	55,8
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,2	49,1	53,2	49,8	49,3	49,2
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,8	42,7	48,9	67,5	45,2	43,8
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	51,0	50,0	49,4
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	42,9	42,7	42,7
Malta	-	-	39,7	41,0	44,8	43,8	42,4	44,8	43,9	44,6	44,1	44,3
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,7	50,7	49,5
Österreich	53,5	51,5	56,2	52,0	50,1	49,3	48,3	48,7	52,3	52,7	52,3	52,1
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	43,7	43,5	48,1	49,3	46,8	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,2	44,5	42,4	44,1	49,0	49,7	49,0	48,3
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,7	43,4	42,9
Zypern	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,5	45,8	46,1	46,1	46,2
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	45,9	46,9	50,8	50,8	49,4	48,7
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,6	38,0	37,1	36,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	57,9	56,9	56,1
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,7	38,8	43,9	42,7	41,7	39,7
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	43,6	42,7	41,5	41,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,4	46,2	45,5	44,6
Rumänien	-	-	36,5	38,6	33,6	35,5	36,2	38,2	41,0	40,2	37,2	36,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,5	54,6	52,9	51,6	50,5
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	40,0	38,0	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,8	44,9	44,1
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,5	48,9	47,4	46,9
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,7	51,1	49,5	47,9
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,6	49,2	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,2	41,2	40,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,1	40,2	40,4	40,7	41,4

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2010.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 ¹			EU-Hau:	shalt 2011 ²	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

¹ EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	-3,0	-839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	-538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

² EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

Januar - Oktober 2009

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Oktober 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	177 852	147 866	49 985	40 422	31 433	26 726	253 334	210 18
darunter:								
Steuereinnahmen	134410	112945	25 5 1 9	21 538	18 977	16 431	178 907	150 91
Übrige Einnahmen	43 442	34921	24 465	18 883	12 456	10 296	74 427	59 27
Bereinigte Ausgaben	203 838	164 271	53 145	40 736	37 382	30 347	288 430	230 52
darunter:								
Personalausgaben	79 277	66 419	13 009	10 020	10 963	9 446	103 249	85 88
Lfd. Sachaufwand	13 342	9 3 3 9	3 827	2 866	7 8 2 4	6 636	24993	18 84
Zinsausgaben	13 761	11325	3 187	2 432	4110	3 434	21 058	17 19
Sachinvestitionen	4920	2931	2 074	1 050	1 250	679	8 244	4 65
Zahlungen an Verwaltungen	56 225	43 491	18 942	15 032	716	574	69 947	54 26
Übrige Ausgaben	36 314	30766	12 107	9336	12518	9 5 7 8	60938	49 68
Finanzierungssaldo	-25 984	-16 405	-3 160	- 314	-5 940	-3 621	-35 084	-20 34

Abbildung 1: Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010 in € 650 615 606 600 550 500 450 400 364 331 350 300 260 248 250 200 150 100 45 24 50 0 -50 -100 Flächenländer Flächenländer Stadtstaaten Länder insgesamt (West) (Ost)

■ Januar - Oktober 2010

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2010

						in Mio. €					
1.6.1		(Oktober 2009		Sej	otember 2010)	Oktober 2010			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
	Seit dem 1. Januar gebuchte										
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	204 784	206 140	396 960	181 230	192 991	362 484	200 042	210 185	396 746	
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	200 567	197 021	397 589	177 219	183 008	360 227	195 282	198 433	393 716	
111	Steuereinnahmen	179 728	152 995	332 723	158 813	138 183	296 996	175 754	150 914	326 668	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	8 441	35 567	44 008	1 984	35 982	37 966	2 192	38 427	40 619	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	3 434	3 434	-	2 018	2018	-	1 994	1 994	
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	4217	9 1 1 9	13 336	4010	9 983	13 994	4759	11 751	16511	
121	Veräußerungserlöse	2 412	222	2 635	1 898	245	2 143	2 552	288	2 840	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	2 045	45	2 090	1 490	64	1 554	2 106	67	2 173	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	361	6 184	6 545	423	7 266	7 689	427	8 810	9 237	
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	243 983	233 245	463 264	230 693	208 963	427 920	254 887	230 524	471 930	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	223 870	204 800	428 670	214237	188 481	402 718	235 809	207 310	443 118	
211	Personalausgaben	23 842	83 314	107 155	21 516	77 517	99 033	24 049	85 885	109 935	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6 615	23 563	30 178	6126	22 218	28 344	6737	24 599	31 335	
212	Laufender Sachaufwand	14 956	19 551	34507	13 383	18 019	31 402	15 042	18 841	33 883	
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	7 020	12 931	19 951	6 3 6 2	11 921	18 283	7 042	13 246	20 289	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	35 553	17 708	53 261	29 813	15 887	45 700	32 325	17 191	49 516	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	11 840	46 734	58 574	10 472	41 823	52 295	11 611	45 421	57 032	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	- 307	- 307	-	-309	- 309	-	- 320	- 320	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	16	43 865	43 881	14	39 512	39 526	14	42 769	42 783	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	20 113	28 445	48 558	16 456	20 482	36 938	19 078	23 215	42 293	
221	Sachinvestitionen	5 833	4 443	10 277	4 406	4028	8 435	5 1 1 0	4 659	9 769	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	4 202	7 393	11 594	2 972	7 780	10 752	3816	8 847	12 664	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	19716	28 046	47 762	16 086	20 051	36 137	18 696	22 767	41 463	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Oktober 2010

						in Mio. €					
		C	Oktober 2009		Sep	tember 201)	Oktober 2010			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-39 150 ²	-27 105	-66 255	-49 412 ²	-15 972	-65 384	-54 793 ²	-20 340	-75 133	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	229 643	72 117	301 761	231 315	62 178	293 494	253 690	70 198	323 887	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	205 356	65 314	270 670	190 560	60 779	251 339	214 269	64 294	278 563	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	24287	6 799	31 087	40 755	1 399	42 154	39 421	5 903	45 325	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	1 161	2 731	3 893	-13 004	7 116	-5 888	88 721	5 791	94 511	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16387	16387	-	16 399	16 399	-	15 682	15 682	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-1 159	-5 860	-7 018	13 005	-6 888	6 117	-86 134	-7 299	-93 433	

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{^2\,}Einschließlich\,haushaltstechnische\,Verrechnungen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
I	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	27 116	32 686 a	7 568	14 863	5 323	17 797	38 505	9 250	2 12
1	Einnahmen der laufenden Rechnung	25 991	31 167	7 024	14312	4874	16908	36 590	8 825	2 09
11	Steuereinnahmen	19 461	25 401	4 173	11923	2 716	13 042	30 168	6 644	1 69
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 935	2 999	2 436	1 506	1 905	2 083	4113	1 589	28
121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	147	-	120	112	107	108	3
122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	357	-	345	182	191	210	7
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	1124	1519 ª	544	551	450	889	1 915	425	3
21	Veräußerungserlöse	5	11	19	14	2	9	10	1	
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	5	-	-	7	1	-	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	858	1 214	331	495	279	794	1 526	317	7
	Bereinigte Ausgaben ¹									
2	für das laufende Haushaltsjahr	29 114	33 815 b	7 382	16 943	5 351	20 026	43 163	11 176	3 15
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	26328	30 171 b	6 3 3 3	15 446	4 641	18 619	39 184	10 014	285
111	Personalausgaben	12 482	14529	1 870	6 3 5 6	1 331	7754 2	16 636 ²	4570	1 18
111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 970	4 2 6 4	129	2 072	78	2 437	5 644	1 385	45
12	Laufender Sachaufwand	1 420	2 408 e	447	1311	335	135	2 673	792	17
121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 273	1945 °	365	1 053	299	1 134	1 974	668	15
13	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 609	921 f	593	1 236	305	1 721	3 782	832	44
14	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 623	8 677	2 421	4 0 4 1	1 705	4763	9 0 1 6	2 318	35
141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	810	2 851	-	1 531	-	-	90	-	
142	Zuweisungen an Gemeinden	5 764	5 761	2 031	2 483	1 444	4762	8 856	2 286	35
2	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 786	3 645	1 049	1 498	710	1 408	3 979	1 162	30
21	Sachinvestitionen	566	1 134	42	502	165	211	248	98	2
22	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 328	1 344	472	664	302	403	2 035	444	
23	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2717	3 579	1 049	1 461	710	1 407	3 830	1 139	28

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 998	-1 129 °	186	-2 081	- 28	-2 229	-4 657	-1 927	-1 02!
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	6170	4865 ^d	3 413	5 007	319	6 466	16 502	6 147	1 048
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 725	3 139	2 243	3 838	1 252	6303	15 903	6 064	683
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	2 444	1 726 ^d	1 171	1 170	- 933	163	598	83	365
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	600	-	-	-	1 656	990	- 239
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	928	3 197	235	679	990	2 552	849	2	59
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	19	-	-1 293	-233	134	324	-1 801	- 989	- 7

 $^{^{1}} In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}ndern \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$

²Ohne November-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 224,8 Mio. €, c -206,6 Mio. €, d 1539,2 Mio. €, e 1,3 Mio. €, f 223,5 Mio. €

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober

					in N	lio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 234	7 291	6 297	7 005	16 176	2 603	7 995	210 185
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	11 498	6 738	6 049	6 391	15 392	2 472	7 762	198 43
111	Steuereinnahmen	6 9 7 0	3 856	4 609	3 824	8 338	1 592	6 500	150 91
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4012	2 5 6 1	1 041	2 269	5 5 7 8	585	533	38 42
1121	darunter: Allgemeine BEZ	256	143	63	138	663	106	-	1 99
1122	Länderfinanzausgleich ¹	687	386	119	367	2 452	282	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 736	553	248	614	784	131	233	11 75
121	Veräußerungserlöse	0	4	2	13	182	0	13	28
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	2	1	-	47	-	2	6
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 442	300	191	315	437	99	187	8 81
2 21	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden	12 531 10 557	7 893	7 655	7 578 6 689	17 852	3 644 3 319	8 898 8 095	230 52 207 31
211	Rechnung Personalausgaben	2 973	1 941	2 903	1 905	5 5 6 9	1 144	2734	85 88
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	145	126	1 009	111	1 413	382	977	24 59
212	Laufender Sachaufwand	746	780	425	558	3 950	601	2 085	1884
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	563	282	368	321	1 863	280	702	13 24
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	290	677	777	568	2 067	539	828	17 19
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	4 2 0 7	2 174	1 925	2 420	221	73	130	45 42
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	48	- 32
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3 246	1 803	1 861	2 100	6	3	8	42 76
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 974	860	632	889	1 193	326	803	23 21
221	Sachinvestitionen	484	162	150	198	271	60	348	4 65
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	699	366	284	267	97	83	19	8 8 4
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 975	860	631	889	1 120	325	786	22 76

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Oktober

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	703	- 602	-1 358	- 573	-1 676	-1 042	- 903	-20 340
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-2 471	3 671	3 135	2 118	10 278	4 282	- 751	70 198
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	1 065	2 555	2 579	1 748	8 522	4 676	-	64 294
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 536	1 116	555	370	1 756	- 394	- 751	5 903
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 540	-	-	181	867	196	5 791
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 648	63	-	101	356	316	2 179	15 682
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-91	-1 603	- 656	223	- 172	- 934	- 152	-7 299

¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

²Ohne November-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 224,8 Mio. €, c -206,6 Mio. €, d 1539,2 Mio. €, e 1,3 Mio. €, f 223,5 Mio. €

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	inderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,8	0,6	-0,1	0,6	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^{\}rm 4}$ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005 = 100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	1.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,8	0,4	-1,4	0,9	1,1	1,6	-1,7
2007	4,6	1,8	0,5	1,7	1,9	2,3	-0,2
2008	2,0	1,0	-1,2	1,6	1,8	2,6	2,4
2009	-3,4	1,4	4,0	0,0	0,0	0,4	5,7
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,6	1,1	0,1	1,1	1,2	1,7	1,0

 $^{^{1}} Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	
	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %		
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5	
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1	
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1	
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6	
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3	
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7	
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4	
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7	
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2	
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3	
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0	
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1	
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1	
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8	
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2	
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6	
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7	
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7	
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0	
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1	
2009/04	2,9	3,1	135,9	141,6	43,4	37,6	5,8	6,0	

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer)	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	V	eränderung in % p.a	а.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991			•	71,0	71,0			
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2	
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2	
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4	
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6	
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1	
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6	
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6	
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5	
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2	
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5	
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2	
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8	
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0	
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0	
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2	
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6	
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4	
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3	
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5	
2009/04	1,4	1,1	1,5	66,2	67,7	1,0	-0,7	

 $^{^1}$ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^{2}\,\}mathrm{Korrigiert}\,\mathrm{um}\,\mathrm{die}\,\mathrm{Ver\"{a}nderung}$ in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche '	Veränderun	ıgen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	2,7	1,0	- 4,7	3,7	2,2	2,0
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,7	2,9	1,0	- 2,8	2,0	1,8	2,0
Estland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,3	4,3	1,3	- 2,3	- 4,2	-3,0	1,1
Griechenland	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	3,6	0,9	- 3,7	-0,2	0,7	1,7
Spanien	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,4	0,2	- 2,6	1,6	1,6	1,8
Frankreich	3,1	7,6	9,8	9,7	6,0	5,6	- 3,5	- 7,6	-0,2	0,9	1,9
Irland	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	1,5	- 1,3	- 5,0	1,1	1,1	1,4
Italien	-	-	9,9	5,0	3,9	5,1	3,6	- 1,7	0,5	1,5	2,2
Zypern	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	6,6	1,4	-3,7	3,2	2,8	3,2
Luxemburg	-	-	6,2	6,4	4,0	3,7	2,6	- 2,1	3,1	2,0	2,2
Malta	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,9	1,9	- 3,9	1,7	1,5	1,7
Niederlande	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,7	2,2	- 3,9	2,0	1,7	2,1
Österreich	1,6	7,9	2,3	3,9	0,8	2,4	0,0	- 2,6	1,3	- 1,0	0,8
Portugal	-	-	5,8	1,4	6,7	10,5	5,8	- 4,8	4,1	3,0	3,9
Slowakei	-	-	4,1	4,4	4,5	6,9	3,7	- 8,1	1,1	1,9	2,6
Slowenien	3,3	0,5	4,0	5,3	2,9	5,3	0,9	- 8,0	2,9	2,9	2,3
Finnland	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	2,9	0,4	- 4,1	1,7	1,5	1,8
Euroraum	-	-	2,9	5,7	6,4	6,4	6,2	- 4,9	-0,1	2,6	3,8
Bulgarien	4,0	1,6	3,1	3,5	2,4	1,6	- 1,1	- 5,2	2,3	1,9	1,8
Dänemark	-	-	4,5	10,0	9,4	6,9	- 5,1	- 13,9	2,4	4,4	3,5
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	10,0	- 4,2	- 18,0	-0,4	3,3	4,0
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	9,8	2,9	- 14,7	0,4	2,8	3,2
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,8	5,1	1,7	3,5	3,9	4,2
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	6,3	7,3	- 7,1	- 1,9	1,5	3,8
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,5	3,2	3,3	- 0,4	- 5,1	4,8	3,3	2,3
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,1	2,5	- 4,1	2,4	2,3	3,1
Ungarn	-	-	1,5	4,9	3,2	0,8	0,8	- 6,7	1,1	2,8	3,2
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,7	- 0,1	- 5,0	1,8	2,2	2,5
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,0	0,5	- 4,2	1,8	1,7	2,0
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,4	- 1,2	- 5,2	3,5	1,3	1,7
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	1,9	0,0	-2,7	2,7	2,1	2,5

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	1,8	2,3	2,8	0,2	1,1	1,8	2,0
Belgien	2,3	1,8	4,5	0,0	2,3	1,9	1,9
Estland	4,4	6,7	10,6	0,2	2,7	3,6	2,3
Griechenland	3,3	3,0	4,2	1,3	4,6	2,2	0,5
Spanien	3,6	2,8	4,1	-0,2	1,7	1,5	1,4
Frankreich	1,9	1,6	3,2	0,1	1,7	1,6	1,6
Irland	2,7	2,9	3,1	- 1,7	- 1,5	0,4	0,6
Italien	2,2	2,0	3,5	0,8	1,6	1,8	1,9
Zypern	2,2	2,2	4,4	0,2	2,8	3,3	2,5
Luxemburg	3,0	2,7	4,1	0,0	2,8	2,1	1,6
Malta	2,6	0,7	4,7	1,8	1,9	2,0	2,3
Niederlande	1,7	1,6	2,2	1,0	1,0	1,5	1,6
Österreich	1,7	2,2	3,2	0,4	1,7	2,1	1,8
Portugal	3,0	2,4	2,7	-0,9	1,4	2,3	1,3
Slowakei	4,3	1,9	3,9	0,9	0,7	3,2	2,8
Slowenien	2,5	3,8	5,5	0,9	2,1	2,0	2,2
Finnland	1,3	1,6	3,9	1,6	1,6	2,1	1,8
Euroraum	2,2	2,1	3,3	0,3	1,5	1,8	1,7
Bulgarien	7,4	7,6	12,0	2,5	2,9	3,2	3,1
Dänemark	1,9	1,7	3,6	1,1	2,2	2,1	2,0
Lettland	6,6	10,1	15,3	3,3	- 1,3	1,1	1,8
Litauen	3,8	5,8	11,1	4,2	1,2	2,3	2,8
Polen	1,3	2,6	4,2	4,0	2,6	2,9	3,0
Rumänien	6,6	4,9	7,9	5,6	6,1	5,5	3,2
Schweden	1,5	1,7	3,3	1,9	1,8	1,4	1,9
Tschechien	2,1	3,0	6,3	0,6	1,2	2,1	2,2
Ungarn	4,0	7,9	6,0	4,0	4,7	3,9	3,7
Vereinigtes Königreich	2,3	2,3	3,6	2,2	3,2	2,6	1,4
EU	2,3	2,4	3,7	1,0	2,0	2,1	1,8
Japan	0,3	0,0	1,4	- 1,4	- 0,9	-0,7	0,0
USA	3,2	2,8	3,8	-0,4	1,6	1,1	1,5

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	8,4	7,3	7,5	7,3	6,7	6,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,6	8,8	8,7
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	17,5	15,1	13,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,5	15,0	15,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,2	19,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,6	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	13,5	12,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,3	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,8	6,6	5,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	5,5	5,6	5,6
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,6	6,6	6,5
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,4	4,3
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	4,0
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	10,5	11,1	11,2
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,5	14,2	13,4
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,2	7,2	6,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,3	7,8	7,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	7,5	7,5	9,5	10,1	10,0	9,6
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	9,8	9,1	8,0
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	6,9	6,3	5,8
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	19,3	17,7	16,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	16,9	15,1
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,5	9,2	8,5
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,5	7,4	7,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,6	6,1	6,2	8,3	8,3	8,0	7,5
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	7,0	6,7
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,1	11,0	10,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	7,9	7,8
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,2	7,2	7,0	8,9	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	9,4	9,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

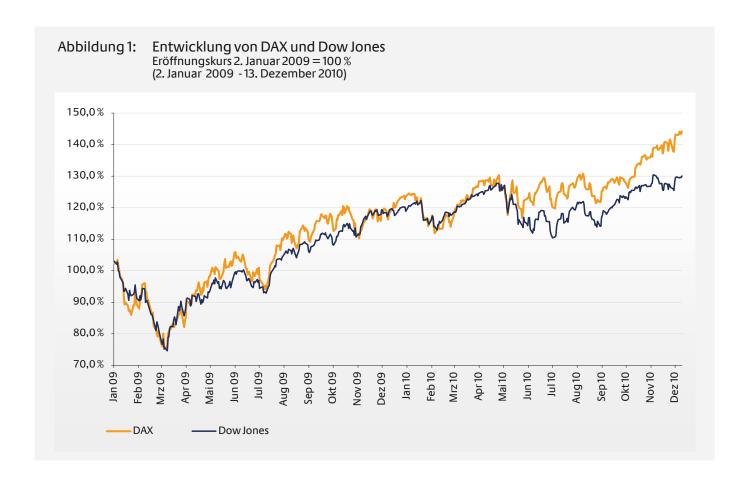
Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoir	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz			
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %				in % des n ruttoinlar	ominalen idprodukts	5
	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2008	2009	2010 ¹	2011 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	5,3	-6,5	4,3	4,6	15,6	11,2	7,0	7,9	4,9	2,6	3,8	3,0
darunter												
Russische Föderation	5,2	-7,9	4,0	4,3	14,1	11,7	6,6	7,4	6,2	4,0	4,7	3,7
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,5	25,2	15,9	9,8	10,8	-7,1	-1,5	-0,4	-1,3
Asien	7,7	6,9	9,4	8,4	7,5	3,1	6,1	4,2	5,9	4,1	3,0	3,0
darunter												
China	9,6	9,1	10,5	9,6	5,9	-0,7	3,5	2,7	9,6	6,0	4,7	5,1
Indien	6,4	5,7	9,7	8,4	8,3	10,9	13,2	6,7	-2,0	-2,9	-3,1	-3,1
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	5,1	5,5	0,0	2,0	0,9	0,1
Korea	2,3	0,2	6,1	4,5	4,7	2,8	3,1	3,4	-0,6	5,1	2,6	2,9
Thailand	2,5	-2,2	7,5	4,0	5,5	-0,8	3,0	2,8	0,6	7,7	3,6	2,5
Lateinamerika	4,3	-1,7	5,7	4,0	7,9	6,0	6,1	5,8	-0,7	-0,6	-1,2	-1,6
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	7,5	4,0	8,6	6,3	10,6	10,6	1,5	2,0	1,7	1,2
Brasilien	5,1	-0,2	7,5	4,1	5,7	4,9	5,0	4,6	-1,7	-1,5	-2,6	-3,0
Chile	3,7	-1,5	5,0	6,0	8,7	1,7	1,7	3,0	-1,5	2,6	-0,7	-2,0
Mexiko	1,5	-6,5	5,0	3,9	5,1	5,3	4,2	3,2	-1,5	-0,6	-1,2	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	7,8	3,6	10,4	6,3	8,7	5,7	-5,7	-2,3	-5,2	-5,4
Südafrika	3,7	-1,8	3,0	3,5	11,5	7,1	5,6	5,8	-7,1	-4,0	-4,3	-5,8

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

	••	
T-1 11- 0	Übersicht Weltfinan	
I andlid u.	I IDARCICHT WALTTINGN	7m2rvta
Tabelle 3.	UDELSICAL VVEH HIDAH	

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10.12.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	11 410	10 428	9,42	6 547	11 444
Euro Stoxx 50	2 840	2 966	-4,27	1 810	3 018
Dax	7 006	5 957	17,60	3 666	7 006
CAC 40	3 857	3 936	-2,01	2 5 1 9	4 0 6 6
Nikkei	10 212	10 546	-3,17	7 055	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	10.12.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,35	3,88	-	2,22	4,03
Deutschland	2,95	3,40	-0,40	2,11	3,70
Japan	1,27	1,30	-2,08	0,85	1,57
Vereinigtes Königreich	3,54	4,08	0,19	2,84	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	10.12.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,32	1,44	-8,07	1,19	1,51
Yen/Dollar	83,96	92,40	-9,13	73,47	101,11
Yen/Euro	110,80	133,16	-16,79	106,19	138,09
Pfund/Euro	0,84	0,89	-5,74	0,81	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	3,7	2,2	2,0	0,2	1,1	1,8	2,0	7,5	7,3	6,7	6,3
OECD	-4,7	3,5	2,5	2,2	0,2	1,0	1,2	1,4	7,4	6,9	6,3	6,2
IWF	-4,7	3,3	2,0	-	0,2	1,3	1,4	-	7,5	7,7	7,1	-
USA												
EU-KOM	-2,7	2,7	2,1	2,5	-0,4	1,6	1,1	1,5	9,3	9,6	9,4	9,0
OECD	-2,6	2,7	2,2	3,1	-0,3	1,6	1,1	1,1	9,3	9,7	9,5	8,7
IWF	-2,6	2,6	2,3	-	-0,3	1,4	1,0	-	9,3	12,8	9,6	
Japan												
EU-KOM	-5,2	3,5	1,3	1,7	-1,4	-0,9	-0,7	0,0	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-5,2	3,7	1,7	1,3	-1,4	-0,9	-0,8	-0,5	5,1	5,1	4,9	4,5
IWF	-5,2	2,8	1,5	-	-1,4	-1,0	-0,3	-	5,1	6,2	5,0	
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	1,6	1,6	1,8	0,1	1,7	1,6	1,6	9,5	9,6	9,5	9,2
OECD	-2,5	1,6	1,6	2,0	0,1	1,6	1,1	1,1	9,1	9,3	9,1	8,8
IWF	-2,5	1,6	1,6	-	0,1	1,6	1,6	-	9,4	11,0	9,8	
Italien												
EU-KOM	-5,0	1,1	1,1	1,4	0,8	1,6	1,8	1,9	7,8	8,4	8,3	8,2
OECD	-5,1	1,0	1,3	1,6	0,8	1,5	1,4	1,4	7,8	8,6	8,5	8,3
IWF	-5,0	1,0	1,0	-	0,8	1,6	1,7	-	7,8	8,8	8,6	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,0	1,8	2,2	2,5	2,2	3,2	2,6	1,4	7,6	7,8	7,9	7,8
OECD	-5,0	1,8	1,7	2,0	2,2	3,1	2,6	1,6	7,6	7,9	7,8	7,6
IWF	-4,9	1,7	2,0	-	2,1	3,1	2,5	-	7,5	9,4	7,4	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-2,5	3,0	2,3	3,0	0,3	1,6	1,7	1,5	8,3	8,1	7,8	7,4
IWF	-2,5	3,1	2,7	-	0,3	1,8	2,0	-	8,3	8,0	7,5	
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	1,7	1,5	1,8	0,3	1,5	1,8	1,7	9,5	10,1	10,0	9,6
OECD	-4,1	1,7	1,7	2,0	0,3	1,5	1,3	1,2	9,3	9,9	9,6	9,2
IWF	-4,1	1,7	1,5	-	0,3	1,6	1,5	-	9,4	10,1	10,0	
EZB	-4,1	1,7	1,4	1,7	0,3	1,6	1,8	1,5	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	1,8	1,7	2,0	1,0	2,0	2,1	1,8	8,9	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	1,7	1,7	-	0,9	1,9	1,8	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Dezember 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)		Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	2,0	1,8	2,0	0,0	2,3	1,9	1,9	7,9	8,6	8,8	8,7
OECD	-2,7	2,1	1,8	1,8	0,0	2,1	1,6	1,8	7,9	8,6	8,8	8,7
IWF	-2,7	1,6	1,7	-	0,0	2,0	1,9	-	7,7	8,7	8,5	-
Estland												
EU-KOM	-13,9	2,4	4,4	3,5	0,2	2,7	3,6	2,3	13,8	17,5	15,1	13,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-13,9	1,8	3,5	-	-0,1	2,5	2,0	-	13,8	17,5	16,4	-
Finnland												
EU-KOM	-8,0	2,9	2,9	2,3	1,6	1,4	2,1	1,8	8,2	8,3	7,8	7,2
OECD	-8,1	2,7	3,0	3,0	1,6	1,4	1,8	2,0	8,3	8,6	8,2	8,0
IWF	-8,0	2,4	2,0	-	1,6	1,4	1,8	-	8,3	8,8	8,7	-
Griechenland												
EU-KOM	-2,3	-4,2	-3,0	1,1	1,3	4,6	2,2	0,5	9,5	12,5	15,0	15,2
OECD	-2,3	-3,9	-2,7	0,5	1,3	4,7	2,5	0,7	9,5	12,2	14,5	15,2
IWF	-2,0	-4,0	-2,6	-	1,4	4,6	2,2	-	9,4	11,8	14,6	-
Irland												
EU-KOM	-7,6	-0,2	0,9	1,9	-1,7	-1,5	0,4	0,6	11,9	13,7	13,5	12,7
OECD	-7,6	-0,3	1,5	2,5	-1,7	-1,6	0,9	1,2	11,7	13,6	13,6	12,6
IWF	-7,6	-0,3	2,3	-	-1,7	-1,6	-0,5	-	11,8	13,5	13,0	-
Luxemburg												
EU-KOM	-3,7	3,2	2,8	3,2	0,0	2,8	2,1	1,6	5,1	5,5	5,6	5,6
OECD	-3,7	3,3	3,3	3,2	0,0	2,6	1,8	2,2	5,7	6,0	5,9	5,8
IWF	-4,1	3,0	3,1	-	0,4	2,3	1,9	-	6,0	5,8	5,6	-
Malta												
EU-KOM	-2,1	3,1	2,0	2,2	1,8	1,9	2,0	2,3	7,0	6,6	6,6	6,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	1,7	1,7	-	1,8	1,9	2,1	-	7,0	6,9	6,9	-
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	1,7	1,5	1,7	1,0	1,0	1,5	1,6	3,7	4,5	4,4	4,3
OECD	-3,9	1,7	1,7	1,8	1,0	0,8	1,4	1,4	3,4	4,1	4,4	4,3
IWF	-3,9	1,8	1,7	-	1,0	1,3	1,1	-	3,5	4,2	4,4	-
Österreich												
EU-KOM	-3,9	2,0	1,7	2,1	0,4	1,7	2,1	1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
OECD	-3,8	2,0	2,0	2,0	0,4	1,6	1,8	1,9	4,8	4,5	4,4	4,3
IWF	-3,9	1,6	1,6	-	0,4	1,5	1,7	-	4,8	4,1	4,2	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-2,6	1,3	-1,0	0,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,6	10,5	11,1	11,2
OECD	-2,5	1,5	-0,2	1,8	-0,9	1,4	2,3	1,3	9,5	10,7	11,4	11,1
IWF	-2,6	1,1	0,0	-	-0,9	0,9	1,2	-	9,6	10,7	10,9	-
Slowakei												
EU-KOM	-4,8	4,1	3,0	3,9	0,9	0,7	3,2	2,8	12,0	14,5	14,2	13,4
OECD	-4,7	4,1	3,5	4,4	0,9	0,8	3,4	2,9	12,1	14,1	13,4	12,5
IWF	-4,7	4,1	4,3	-	0,9	0,7	1,9	-	12,1	14,1	12,7	-
Slowenien												
EU-KOM	-8,1	1,1	1,9	2,4	0,9	2,1	2,0	2,2	5,9	7,2	7,2	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	0,8	2,4	-	0,9	1,5	2,3	-	6,0	7,8	8,1	-
Spanien												
EU-KOM	-3,7	-0,2	0,7	1,7	-0,2	1,7	1,5	1,4	18,0	20,1	20,2	19,2
OECD	-3,7	-0,2	0,9	1,8	-0,2	1,5	0,9	0,3	18,0	19,8	19,1	17,4
IWF	-3,7	-0,3	0,7	-	-0,2	1,5	1,1	-	18,0	19,8	19,3	-
Zypern												
EU-KOM	-1,7	0,5	1,5	2,2	0,2	2,8	3,3	2,5	5,3	6,8	6,6	5,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,7	0,4	1,8	-	0,2	2,2	2,3	-	5,3	7,1	6,9	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober 2010.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,9	-0,1	2,6	3,8	2,5	2,9	3,2	3,1	6,8	9,8	9,1	8,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,0	0,0	2,0	-	2,5	2,2	2,9	-	6,8	8,3	7,6	-
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	2,3	1,9	1,8	1,1	2,2	2,1	2,0	6,0	6,9	6,3	5,8
OECD	-4,7	2,2	1,6	2,1	1,3	2,3	1,4	1,5	5,9	7,2	7,2	6,5
IWF	-4,7	2,0	2,3	-	1,3	2,0	2,0	-	3,6	4,2	4,7	-
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,4	3,3	4,0	3,3	-1,3	1,1	1,8	17,1	19,3	17,7	16,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-1,0	3,3	-	3,3	-1,4	0,9	-	17,3	19,8	17,5	-
Litauen												
EU-KOM	-14,7	0,4	2,8	3,2	4,2	1,2	2,3	2,8	13,7	17,8	16,9	15,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,8	1,3	3,1	-	4,2	1,0	1,3	-	13,7	18,0	16,0	-
Polen												
EU-KOM	1,7	3,5	3,9	4,2	4,0	2,6	2,9	3,0	8,2	9,5	9,2	8,5
OECD	1,7	3,5	4,0	4,3	3,8	2,4	2,5	3,1	8,2	9,6	8,9	7,8
IWF	1,7	3,4	3,7	-	3,5	2,4	2,7	-	8,2	9,8	9,2	-
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,9	1,5	3,8	5,6	6,1	5,5	3,2	6,9	7,5	7,4	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,9	1,5	-	5,6	5,9	5,2	-	6,3	7,2	7,1	-
Schweden												
EU-KOM	-5,1	4,8	3,3	2,3	1,9	1,8	1,4	1,9	8,3	8,3	8,0	7,5
OECD	-5,1	4,4	3,3	3,4	-0,3	1,1	1,5	2,3	8,3	8,4	8,0	7,5
IWF	-5,1	4,4	2,6	-	2,0	1,8	1,9	-	8,3	8,2	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	2,4	2,3	3,1	0,6	1,2	2,1	2,2	6,7	7,3	7,0	6,7
OECD	-4,0	2,4	2,8	3,2	1,0	1,6	1,9	1,7	6,7	7,5	7,1	6,8
IWF	-4,1	2,0	2,2	-	1,0	1,6	2,0	-	6,7	8,3	8,0	-
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	1,1	2,8	3,2	4,0	4,7	3,9	3,7	10,0	11,1	11,0	10,3
OECD	-6,7	1,1	2,5	3,1	4,2	4,9	2,9	3,1	10,1	11,3	11,7	11,0
IWF	-6,3	0,6	2,0	-	4,2	4,7	3,3	-	10,1	10,8	10,3	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

 ${\sf OECD:}\ Wirtschafts ausblick,\ Dezember\ 2010.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \, (WEO), \, Oktober \, 2010 \, \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Europa \, (REO), \, Oktober \, 2010 \, und \, Regionaler \, Wirts chafts \, Ausblick \, Wirts \, Ausblick \, Ausblick \, Wirts \, Ausblick \,$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-3,0	-3,7	-2,7	-1,8	73,4	75,7	75,9	75,2	5,0	4,8	4,6	4,3
OECD	-3,0	-4,0	-2,9	-2,1	73,5	76,9	78,3	79,0	4,9	5,1	5,9	7,0
IWF	-3,1	-4,5	-3,7	-	73,5	75,3	76,5	-	4,9	6,1	5,8	
USA												
EU-KOM	-11,2	-11,3	-8,9	-7,9	84,7	92,2	98,4	102,1	-2,7	-3,4	-4,0	-4,2
OECD	-11,3	-10,5	-8,8	-6,8	84,4	92,8	98,5	101,4	-2,7	-3,4	-3,7	-3,7
IWF	-12,9	-11,1	-9,7	-	84,3	92,7	99,3	-	-2,7	-3,2	-2,6	
Japan												
EU-KOM	-6,3	-6,5	-6,4	-6,3	188,9	192,3	195,9	199,0	3,5	3,8	3,7	3,7
OECD	-7,1	-7,7	-7,5	-7,3	192,8	198,4	204,2	210,2	2,8	3,4	3,7	3,7
IWF	-10,2	-9,6	-8,9	-	217,6	225,9	234,1	-	2,8	3,1	2,3	
Frankreich												
EU-KOM	-7,5	-7,7	-6,3	-5,8	78,1	83,0	86,8	89,8	-2,9	-3,3	-3,4	-3,5
OECD	-7,6	-7,4	-6,1	-4,8	78,1	83,2	88,0	91,0	-1,9	-2,2	-2,3	-2,4
IWF	-7,6	-8,0	-6,0	-	78,1	84,2	87,6	-	-1,9	-1,8	-1,8	
Italien												
EU-KOM	-5,3	-5,0	-4,3	-3,5	116,0	118,9	120,2	119,9	-3,2	-3,2	-2,7	-2,4
OECD	-5,2	-5,0	-3,9	-3,1	116,0	119,5	120,9	121,2	-3,2	-3,3	-2,8	-2,3
IWF	-5,2	-5,1	-4,3	-	115,8	118,4	119,7	-	-3,2	-2,9	-2,7	
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-11,4	-10,5	-8,6	-6,4	68,2	77,8	83,5	86,6	-1,3	-2,2	-1,5	-0,2
OECD	-11,0	-9,6	-8,1	-6,5	68,2	77,1	84,3	90,3	-1,3	-2,2	-1,6	-1,2
IWF	-10,3	-10,2	-8,1	-	68,5	76,7	81,9	-	-1,1	-2,2	-2,0	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-5,5	-4,9	-3,4	-2,1	83,4	84,4	85,5	87,0	-2,8	-2,7	-2,8	-2,1
IWF	-5,5	-4,9	-2,9	-	81,6	81,7	80,5	-	-2,8	-2,8	-2,7	
Euroraum												
EU-KOM	-6,3	-6,3	-4,6	-3,9	79,1	84,1	86,5	87,8	-0,7	-0,5	0,0	0,1
OECD	-6,2	-6,3	-4,6	-3,5	79,0	84,3	87,4	88,9	-0,4	-0,2	0,3	0,9
IWF	-6,3	-6,5	-5,1	-	79,0	84,1	87,0	-	-0,6	0,2	0,5	
EU-27												
EU-KOM	-6,8	-6,8	-5,1	-4,2	74,0	79,1	81,8	83,3	-0,6	-0,5	-0,1	0,1
IWF	-6,7	-6,9	-5,5	-	-	-	-	-	-0,3	-0,1	0,1	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

 ${\sf OECD:} Wirtschafts ausblick,\ Dezember\ 2010.$

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober \ 2010 \ und \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa \ (REO), Oktober \ 2010.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-6,0	-4,8	-4,6	-4,7	96,2	98,6	100,5	102,1	2,0	1,7	2,0	2,0
OECD	-6,1	-4,9	-4,5	-3,6	96,3	98,4	100,2	101,0	0,8	1,0	1,0	1,1
IWF	-5,9	-4,8	-5,1	-	-	-	-	-	0,3	0,5	1,8	-
Estland												
EU-KOM	-1,7	-1,0	-1,9	-2,7	7,2	8,0	9,5	11,7	4,5	4,1	1,4	0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,1	-1,1	-1,7	-	7,1	8,1	7,8	-	4,5	4,2	3,4	-
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-3,1	-1,6	-1,2	43,8	49,0	51,1	53,0	1,3	1,3	1,6	1,4
OECD	-2,7	-3,3	-1,7	-0,7	43,8	49,5	53,8	56,9	2,7	1,5	1,7	2,0
IWF	-2,4	-3,4	-1,8	-	-	-	-	-	1,3	1,4	1,6	-
Griechenland												
EU-KOM	-15,4	-9,6	-7,4	-7,6	126,8	140,2	150,2	156,0	-14,0	-10,6	-8,0	-6,5
OECD	-13,7	-8,3	-7,6	-6,5	116,9	125,9	133,5	138,9	-11,4	-10,5	-7,5	-5,9
IWF	-13,6	-7,9	-7,3	-	-	-	-	-	-11,2	-10,8	-7,7	-
Irland												
EU-KOM	-14,4	-32,3	-10,3	-9,1	65,5	97,4	107,0	114,3	-3,1	-1,1	1,5	2,7
OECD	-14,2	-32,3	-9,5	-7,4	65,5	97,4	105,0	108,0	-3,0	-0,3	0,7	3,2
IWF	-14,6	-17,7	-11,2	-	-	-	-	-	-3,0	-2,7	-1,1	-
Luxemburg												
EU-KOM	-0,7	-1,8	-1,3	-1,2	14,5	18,2	19,6	20,9	6,7	8,4	9,4	9,9
OECD	-0,7	-2,2	-1,2	-0,3	14,5	17,7	22,5	24,7	6,7	7,8	5,1	5,7
IWF	-0,7	-3,8	-3,1	-	-	-	-	-	5,7	6,9	7,2	-
Malta												
EU-KOM	-3,8	-4,2	-3,0	-3,3	68,6	70,4	70,8	70,9	-6,1	-3,9	-2,9	-2,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,8	-3,8	-3,6	-	-	-	-	-	-6,1	-5,4	-5,3	-
Niederlande												
EU-KOM	-5,4	-5,8	-3,9	-2,8	60,8	64,8	66,6	67,3	3,4	5,2	6,8	7,9
OECD	-5,4	-5,8	-4,0	-3,1	60,8	65,9	68,9	70,9	4,6	5,3	6,2	6,7
IWF	-5,0	-6,0	-5,1	-	-	-	-	-	5,4	5,7	6,8	-
Österreich												
EU-KOM	-3,5	-4,3	-3,6	-3,3	67,5	70,4	72,0	73,3	2,6	3,0	3,5	4,1
OECD	-3,5	-4,4	-3,4	-3,0	67,7	71,0	73,0	74,7	2,7	2,6	3,1	3,8
IWF	-3,5	-4,8	-4,1	-		-	-	-	2,3	2,3	2,4	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-9,3	-7,3	-4,9	-5,1	76,1	82,8	88,8	92,4	-10,4	-10,7	-8,0	-6,7
OECD	-9,4	-7,3	-5,0	-4,4	76,1	82,7	88,5	90,3	-10,3	-10,3	-8,8	-8,0
IWF	-9,3	-7,3	-5,2	-	-	-	-	-	-10,0	-10,0	-9,2	-
Slowakei												
EU-KOM	-7,9	-8,2	-5,3	-5,0	35,4	42,1	45,1	47,4	-3,4	-2,9	-1,9	-1,7
OECD	-7,9	-8,0	-5,2	-4,0	35,3	42,6	46,6	48,8	-3,2	-3,1	-0,9	-0,3
IWF	-6,8	-8,0	-4,7	-	35,7	41,8	44,0	-	-3,2	-1,4	-2,6	-
Slowenien												
EU-KOM	-5,8	-5,8	-5,3	-4,7	35,4	40,7	44,8	47,6	-1,3	-0,7	-0,6	-0,8
OECD	-5,8	-5,7	-4,7	-3,9	35,4	38,0	39,8	40,8	-	-	-	-
IWF	-5,6	-5,7	-4,3	-	29,4	34,5	37,2	-	-1,5	-0,7	-0,7	-
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,3	-6,4	-5,5	53,2	64,4	69,7	73,0	-5,5	-4,8	-3,8	-3,6
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	53,2	62,9	68,9	70,3	-5,5	-5,5	-5,2	-4,9
IWF	-11,2	-9,3	-6,9	-	-	-	-	-	-5,5	-5,2	-4,8	-
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,9	-5,7	-5,7	58,0	62,2	65,2	68,4	-8,5	-6,1	-5,7	-5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,1	-6,0	-5,6	-	-	-	-	-	-8,3	-7,9	-7,4	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2010 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa (REO), Oktober 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,8	-2,9	-1,8	14,7	18,2	20,2	20,8	-8,4	-3,3	-2,5	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-4,9	-4,2	-	16,1	18,2	21,1	-	-9,5	-3,0	-3,1	-
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-5,1	-4,3	-3,5	41,5	44,9	47,5	49,2	3,6	4,5	4,2	4,0
OECD	-2,8	-4,6	-3,9	-2,8	41,4	43,3	44,8	47,6	3,6	4,4	4,4	4,8
IWF	-2,8	-4,6	-4,4	-	-	-	-	-	4,2	3,4	3,0	-
Lettland												
EU-KOM	-10,2	-7,7	-7,9	-7,3	36,7	45,7	51,9	56,6	8,6	3,9	-0,5	-2,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-11,9	-7,6	-	32,8	42,2	49,0	-	8,6	5,5	2,9	-
Litauen												
EU-KOM	-9,2	-8,4	-7,0	-6,9	29,5	37,4	42,8	48,3	2,6	2,6	1,3	1,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-8,9	-7,7	-7,7	-	29,5	39,5	42,3	-	4,2	1,9	0,2	
Polen												
EU-KOM	-7,2	-7,9	-6,6	-6,0	50,9	55,5	57,2	59,6	-1,9	-2,7	-3,3	-3,7
OECD	-6,8	-7,9	-6,7	-4,8	51,0	54,8	57,9	58,7	-2,2	-2,4	-3,2	-3,8
IWF	-7,1	-7,4	-6,7	-	50,9	55,2	57,4	-	-1,7	-2,4	-2,6	-
Rumänien												
EU-KOM	-8,6	-7,3	-4,9	-3,5	23,9	30,4	33,4	34,1	-4,5	-5,5	-5,6	-6,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,4	-6,8	-4,4	-	29,9	35,5	37,7	-	-4,5	-5,1	-5,4	-
Schweden												
EU-KOM	-0,9	-0,9	-0,1	1,0	41,9	39,9	38,9	37,5	7,3	6,6	6,5	6,1
OECD	-1,2	-1,2	-0,6	0,6	41,9	41,2	38,8	35,1	7,4	6,8	6,8	7,3
IWF	-0,8	-2,2	-1,4	-	-	-	-	-	7,2	5,9	5,7	
Tschechien												
EU-KOM	-5,8	-5,2	-4,6	-4,2	35,3	40,0	43,1	45,2	-1,2	-1,9	-1,5	-1,1
OECD	-5,8	-5,2	-4,2	-3,4	35,3	41,7	45,1	47,7	-1,0	-1,9	-0,8	-0,7
IWF	-5,9	-5,4	-5,6	-	35,3	40,1	44,4	-	-1,1	-1,2	-0,6	
Ungarn												
EU-KOM	-4,4	-3,8	-4,7	-6,2	78,4	78,5	80,1	81,6	-0,4	0,8	0,4	-0,4
OECD	-4,4	-4,2	-3,1	-2,9	78,4	82,1	83,3	83,1	0,3	-0,3	-1,1	-1,3
IWF	-4,1	-4,2	-4,5	-	78,3	78,4	78,8	-	0,2	0,5	0,7	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober\ 2010\ und\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa\ (REO), Oktober\ 2010.$

Verzeichnis der Berichte

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 ...

nach Veröffentlichungsdatum	
nach Themenhereichen	128

VERZEICHNIS DER BERICHTE IN DEN MONATSBERICHTEN DES BMF 2010 NACH VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 nach Veröffentlichungsdatum

Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2010

Veröffentlichung	Berichte	Seite
Januar 2010	Entwurf des Bundeshaushalts 2010	40
	Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz	56
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009	59
	Gerechtigkeitswahrnehmung von Steuer- und Sozialsystemreformen	63
	Aktuelle Arbeitsmarktentwicklungen in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums	73
Februar 2010	Deutsches Stabilitätsprogramm	36
	Jahreswirtschaftsbericht 2010: Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten	45
	Die gefühlte Steuerbelastung	61
	Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung	71
	Die Versicherung- und Feuerschutzsteuer	78
	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2009	81
	Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Zentralbankgouverneure in Iqaluit	87
März 2010	22. Subventionsbericht der Bundesregierung	41
	Haushaltsabschluss 2009	46
	Performanzindikatoren als Grundlage für die Evaluierung von Förderprogrammen	82
	Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung	93
April 2010	Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	32
	Economics of Happiness - ein neues Paradigma für die Finanzpolitik?	38
	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009	54
	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009	66
Mai 2010	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010	34
	Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)	40
	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2010	65
	Zollbilanz 2009	69
	Stabilität im Bundesstaat - Konstituierende Sitzung des Stabilitätsrates	76
	Treffen der Finanzminister und -Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)	84
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	89
uni 2010	Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin	40
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni in Busan, Südkorea	46
	Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	50
	Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums eingesetzt	59

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 nach Veröffentlichungsdatum

noch Register 1: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2010

Veröffentlichung	Berichte	Seite
Juli 2010	Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und der Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014	34
	Die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009	55
	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2009	70
	Wach stums a spekte von Verkehrs in frastruktur investitionen im Rahmen einer gestalten den Finanzpolitik	77
	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	89
	G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni in Toronto, Kanada	98
August 2010	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010	41
	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010	52
	Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	56
	Strategie Europa 2020	70
	Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen	77
September 2010	Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise	36
	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	40
	Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten	52
	Europäische Union - von der Konjunkturunterstützung zur Haushaltskonsolidierung	62
	Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte	70
Oktober 2010	Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Aktualisierte Modellrechnungen	34
	Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009	41
	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	46
	Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzminister-Treffen in Washington D.C.	67
November 2010	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010	38
	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2010	45
	Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009	54
	Die Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe	59
	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in Gyeongju	68
Dezember 2010	Die Reform der europäischen Finanzaufsichtsstrukturen	37
	Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	48
	Bildungsfinanzbericht 2010	58
	G20-Gipfeltreffen am 11. und 12. November 2010 in Seoul, Südkorea	67

VERZEICHNIS DER BERICHTE IN DEN MONATSBERICHTEN DES BMF 2010 NACH THEMENBEREICHEN

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 nach Themenbereichen

Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2010 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Europa	Europa	Januar 2010	Aktuelle Arbeitsmarktentwicklungen in ausgewählten Mitgliedstaaten des Euroraums	73
		August 2010	Strategie Europa 2020	70
		September 2010	Ohne Finanzmarktreformen keine Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise	36
		September 2010	Europäische Union - von der Konjunkturunterstützung zur Haushaltskonsolidierung	62
		Dezember 2010	Die Reform der europäischen Finanzaufsichtsstrukturen	37
	Wirtschafts- und Währungsunion	Februar 2010	Deutsches Stabilitätsprogramm	36
		November 2010	Die Ergebnisse der Van-Rompuy-Arbeitsgruppe	59
		Dezember 2010	Die Reform der europäischen Finanzaufsichtsstrukturen	37
inanz- und Virtschaftspolitik	Bundeshaushalt	Januar 2010	Entwurf des Bundeshaushalts 2010	40
		März 2010	Haushaltsabschluss 2009	46
		Mai 2010	Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)	40
		Juli 2010	Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und der Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014	34
		August 2010	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010	41
		August 2010	Kurz- u. mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	56
		November 2010	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2010	45
		Dezember 2010	Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	48
	Finanzpolitik	Januar 2010	Entwurf des Bundeshaushalts 2010	40
		Februar 2010	Ursachenanalyse der Verschiebung in der funktionalen Einkommensverteilung	71
		März 2010	22. Subventionsbericht der Bundesregierung	41
		März 2010	Haushaltsabschluss 2009	46
		März 2010	Perfomanzindikatoren als Grundlage für die Evaluierung von Förderprogrammen	82
		März 2010	Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung	93
		April 2010	Economics of Happiness - ein neues Paradigma für die Finanzpolitik?	38
		Mai 2010	Sollbericht 2010 (inklusive 1. Quartal)	40

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 nach Themenbereichen

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2010 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Finanz- und Wirtschaftspolitik	Finanzpolitik	Mai 2010	Stabilität im Bundesstaat - Konstituierende Sitzung des Stabilitätsrates	76
		Juni 2010	Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin	40
		Juni 2010	Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Reichsfinanzministeriums eingesetzt	59
		Juli 2010	Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und der Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014	34
		Juli 2010	Wachstumsaspekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Rahmen einer gestaltenden Finanzpolitik	77
		August 2010	Halbjahresbericht zum Bundeshaushalt 2010	41
		August 2010	Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	56
		August 2010	Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen	77
		September 2010	Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten	52
		September 2010	Europäische Union - von der Konjunkturunterstützung zur Haushaltskonsolidierung	62
		September 2010	Analyse und Prognose des Spar- und Konsumverhaltens privater Haushalte	70
		Oktober 2010	Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen: Aktualisierte Modellrechnungen	34
		November 2010	Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2010	45
		Dezember 2010	Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	48
		Dezember 2010	Bildungsfinanzbericht 2010	58
	Föderale Finanzbeziehungen	Februar 2010	Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2009	81
		September 2010	Bundespolitik und Kommunalfinanzen	40
	Öffentlicher Gesamthaushalt	August 2010	Kurz- und mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland	56
		Dezember 2010	Haushaltsüberwachung von Bund und Ländern	48
	Wirtschaftspolitik	Januar 2010	Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz	56
		Februar 2010	Jahreswirtschaftsbericht 2010: Mit neuer Kraft die Zukunft gestalten	45
Internationale Beziehungen	Weitere Informationen / Links	Februar 2010	Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Zentralbankgouverneure in Iqaluit	87
		April 2010	Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	32
		April 2010	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009	54
		Mai 2010	Treffen der Finanzminister und -Notenbankgouverneure der G20 und der G7 sowie des International Monetary and Financial Committee (IMFC)	84
		Mai 2010	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	89

Verzeichnis der Berichte in den Monatsberichten des BMF 2010 nach Themenbereichen

noch Register 2: Verzeichnis der Berichte im Monatsbericht des BMF 2010 nach Themenbereichen

Themenbereich 1	Themenbereich 2	Veröffentlichung	Berichte	Seite
Internationale Beziehungen	Weitere Informationen / Links	Juni 2010	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 4. und 5. Juni in Busan, Südkorea	46
		Juli 2010	G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni in Toronto, Kanada	98
		Oktober 2010	Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	46
		Oktober 2010	Jahrestagung von IWF und Weltbank und G7-Finanzminister- Treffen in Washington D.C.	67
		November 2010	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure am 22. und 23. Oktober 2010 in	68
		Dezember 2010	Gyeongju G20-Gipfeltreffen am 11. und 12. November 2010 in Seoul, Südkorea	67
Steuern	Aktuell	Januar 2010	Gerechtigkeitswahrnehmung von Steuer- und Sozialsystemreformen	63
		Februar 2010	Die gefühlte Steuerbelastung	61
		März 2010	Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung	93
		April 2010	Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2009	54
		Juni 2010	Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	50
	Steuerarten	Februar 2010	Die Versicherung- und Feuerschutzsteuer	78
	Steuerschätzung / Steuereinnahmen	Januar 2010	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im Jahr 2009	59
		April 2010	Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung 2009	66
		Mai 2010	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010	34
		Mai 2010	Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im 1. Quartal 2010	65
		Juli 2010	Die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009	55
		Juli 2010	Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	89
		Juli 2010	Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2009	70
		August 2010	Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2010	52
		Oktober 2010	Ergebnisse der Steuerfahndung im Jahr 2009	41
		November 2010	Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. November 2010	38
		November 2010	Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009	54
Zoll in Deutschland	Zoll in Deutschland	Mai 2010	Zollbilanz 2009	69

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Dezember 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X